Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

17. April 1974 Jg. 2 Nr. 8 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Tel. 0621/37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 53 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 17.4.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Kto.Nr.57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 14.4.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Brandts zehn Punkte

Nach drei Niederlagen bei Landtags- und Kommunalwahlen hat Willy Brandt jetzt eine Zehn-Punkte-Erklärung herausgegeben, auf die die SPD-Mitgliederschaft festgelegt werden soll. So soll ein geschlossenes Parteibild nach außen hergestellt werden. Gegenüber den CDU-Angriffen soll die SPD als bessere Ordnungspartei dargestellt werden:

"Wir sind für die entschlossene Verteidigung und Weiterentwicklung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates. Das bedeutet: Wir sind also für die klare Anwendung des Gesetzes überall – zumal dort, wo Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. Dies heißt auch: Wir stehen auf der Seite derer, die die Gesetze rechtsstaatlich anwenden."

Brandt und die SPD versprechen, besser für das Geschick eines Staates zu sorgen, in dem die Kapitalisten die Macht haben und die Regierung die Aufgabe hat, die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes zugunsten der Kapitalistenklasse zu sichern.

Die Unzufriedenheit im Volk wächst. Große Teile des Volkes sind nicht mehr bereit, sich auf morgen vertrösten zu lassen. Ihnen geht es nicht um die "entschlossene Verteidigung des Rechtsstaats", wie es Brandt in der Zehn-Punkte-Erklärung fordert. Sie vertreten ihre Interessen selbst und überall, wo sie nicht mehr stillhalten, auf die Straße gehen, Proteste aktiv vertreten, da müssen sie sich gegen den Staat durchsetzen, dessen Verteidigung für die SPD Pflicht ist. Brandt sagt: "Wir sind für die klare Anwendung des Gesetzes überall." Diese Gesetze stehen im Dienst der Reichen und Mächtigen, um weiterhin die Ausbeutung des Volkes zugunsten einer kleinen Schicht von Parasiten, der Kapitalisten, zu sichern. Gegen diese Gesetze verstoßen zwangsläufig zum Beispiel alle, die dem Lohnraub nicht tatenlos zusehen wollen und in selbständigen Streikaktionen für die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen; alle, die die Wohnraumzerstörung zugunsten der Spekulanten nicht hinnehmen wollen; alle, die die Entrechtung im Öffentlichen Dienst nicht hinnehmen. Gegen diese Entwicklung im Volk schwört Brandt die SPD ein: "Wir stehen auf der Seite derer, die die Gesetze rechtsstaatlich anwenden."

Wir fragen: Für wen werden die Gesetze angewandt? Und: Gegen wen werden die Gesetze und die Staatsmacht angewandt? Gegen die Mächtigen, Reichen? Gegen die kapitalistischen Ausbeuter? Oder gegen das Volk, das diese Ausbeutung und Unterdrückung nicht schweigend hinnehmen will? Mit dem Ausschluß derjenigen, die nicht vollständig parieren bei dieser Politik im Interesse der Ausbeuter, hat die SPD-Führung begonnen.

Die SPD soll verstärkt in den Gewerkschaften eingreifen. Derselbe Brandt, der die ÖTV-Forderung als unvereinbar mit der SPD-Wirtschaftspolitik bezeichnete, fordert: "Intensivere Gespräche mit den Gewerkschaften, darüber beraten, was wirtschaftspolitisch möglich und notwendig ist." Das heißt: Die Lohnforderungen der Kollegen sollen also noch weiter zurückgedrängt werden.

Die SPD will an der Regierung bleiben. Ebenso zäh wie die CDU an die Regierungspfründe heranzukommen versucht, ebenso zäh verteidigt die SPD für sich diese Pfründe. Um die Regierungspfründe weiterhin zu erhalten, werden Brandt und seine Partei immer rücksichtsloser gegen die Interessen des Volkes vorgehen, um sich als bessere Ordnungspartei zu beweisen. Alle Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Lohnabhängigen werden gegen diese Parteien durchgesetzt werden müssen. A.H.

Wieder höhere Benzinpreise!

Wieder wollen die Mineralölkonzerne die Benzinpreise erhöhen. In Süddeutschland wurde das Benzin an vielen Tankstellen schon teurer verkauft. Die Mineralölkonzerne nutzten den Osterreiseverkehr, um mehr abzusahnen. In Raten wollten sie den Preis für Superbenzin bis auf über eine Mark pro Liter erhöhen. Die Konzerne begründen ihre Preistreibereien mit dem Absatzrückgang für Heizöl. Nachdem sie die Heizölpreise im Lauf des letzten Jahres um das vierfache und mehr erhöht hatten, mußten sie jetzt einige Abstriche wegen des warmen Wetters machen.

Das wollen sie jetzt beim Benzinverbrauch wieder reinholen. Das können sie, weil das Benzin gebraucht wird, und allein die Konzerne über das Benzin verfügen, und weil sich die Konzerne untereinander über Preiserhöhungen schnell einig werden.

WAS SAGT DIE BUNDESREGIERUNG DAZU?

"Durch eine freiwillige Einschränkung des Benzinverbrauchs sollen die Autofahrer dazu beitragen, den Treibstoffpreis stabil zu halten", sagte Regierungssprecher Grünewald. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Autofahrer werden gezwungen sein, weniger Auto zu fahren, weil die Benzinpreise steigen und Autofahren zu teuer wird. Dann wird es heißen, die Autofahrer hätten zuwenig freiwillig auf das Auto verzichtet. Dann werden die Autofahrer noch dafür verantwortlich gemacht, daß die Preise nicht stabil geblieben seien. Aber es kommt noch besser. Regierungssprecher Grünewald sagte weiter: "Das Beispiel Heizöl zeige, daß man der Preispolitik der Mineralölkonzerne nicht machtlos ausgeliefert sei, sondern daß der Verbraucher durch Sparen auch etwas bewirken könne." Das heißt also: Wenn das Wetter warm ist, und man deshalb kein Heizöl braucht, dann ist die Macht des Volkes gegenüber den Mineralölkonzernen groß. Nach dieser Theorie sind allerdings die Toten am mächtigsten, weil sie nichts mehr zum Leben kaufen müssen. Die CDU/CSU steht den Herren Regierungsvertretern in nichts nach, wenn es um billige Erklärungen geht. Für die CDU/CSU erklärte der Abgeordnete Herrmann Müller: Eine weitere Erhöhung der Benzinpreise könne nicht unwidersprochen hingenommen werden. Hingenommen werden sollen die Preistreibereien – aber nur mit laut vernehmlichem Widerspruch der CDU/CSU.

DIE LOHNABHÄNGIGEN FREILICH WOLLEN DIE PREISTREIBEREIEN NICHT HINNEHMEN

Immer häufiger wird die Forderung erhoben, die Regierung solle einen Preisstop erlassen. Weder hat die SPD/FDP-Regierung bisher einen Preisstop erlassen, noch hat die CDU/CSU einen Preisstop gefordert.

Vielmehr hatten sie zunächst einmal einmütig das Sonntagsfahrverbot beschlossen und die Mineralölkonzerne öffentlich belobigt, die Versorgung aufrechterhalten zu haben. Gegenüber diesen Notstandsmaßnahmen, die die Regierung im Interesse der Konzerne durchgeführt hat, ist ihr öffentliches Wehklagen über den "Machtmißbrauch der Mineralölkonzerne" ein hilfloses Zugeständnis an die Empörung der Bevölkerung. Der sogenannte Machtmißbrauch der Ölkonzerne ist nichts anderes als der normale Gebrauch der Macht, die das Kapital im Kapitalismus hat. Jeder Kapitalist wird sich notwendig so verhalten. Profit, Profit, das ist das Gesetz der Kapitalistenklasse, das notwendig zu Unordnung, Krisen und Fäulnis des kapitalistischen Systems führt.

Um diese Tatsache zu verschleiern, unternimmt der kapitalistische Staat immer wieder Anstrengungen, die Krisenerscheinungen als Auswüchse, Einzelfälle von Mißwirtschaft und willkürliche Monopolmaßnahmen darzustellen und Scheinkämpfe gegen diese scheinbaren Auswüchse und irregulären Mißstände zu führen. Zugleich versucht der kapitalistische Staat damit, als neutraler, über den Klassen stehender Schiedsrichter zu erscheinen.

DER SCHEINKAMPF DES KAPITALISTISCHEN STAATES

Doch diese Scheinkämpfe mißlingen selbst wie eine Theaterschmiere mit unspielbaren Rollen. Ein großartiger Reinfall war das jüngste Theater, die öffentliche Befragung der Vertreter der Ölkonzerne durch das Bundeskartellamt. Nach den Verhandlungen stellte die Frankfurter Allgemeine, die Zeitung des Finanzkapitals, fest, daß die 'Verhandlungen keine Tatsachen ergaben, die den Verdacht auf Mißbrauch der Marktmacht durch die Mineralölkonzerne entscheidend erhärtet habe (es sei denn in jenen Teilen der Sitzung, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war)'. Das Bundeskartellamt verzichtete schließlich von sich aus auf vertraulichen Einblick in die Geschäftsbücher der Konzerne. Zuvor mußte das Kartellamt noch den Vorwurf der Konzernvertreter hinnehmen, daß die Kontrolle des Kartellamtes an die "Grundfesten der freien Marktwirtschaft" rühre. Dieser Argumentation schlossen sich besonders die Konzernvertreter der mehrheitlich im Besitz

Fortsetzung Seite 2

Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218



In zahlreichen Städten, wie hier in Köln, werden Unterschriften für die ersatzlose Streichung des § 218 gesammelt. In Köln unterschrieben in kurzer Zeit 3 000 Menschen. Siehe Artikel und Berichte auf Seite 12.

Maiaufruf des KBW Seite 3

Der Kommunistische Bund Westdeutschland fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, sich an den gewerkschaftlichen Maikundgebungen und Maidemonstrationen unter den Parolen der Arbeiterklasse zu beteiligen. In vielen Städten ruft der KBW darüberhinaus zu selbständigen Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen auf. Stellen wir den 1. Mai unter die Hauptlosung:

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Aus dem Inhalt

Wieder höhere Benzinpreise

Fortsetzung von Seite 1

des Bundes befindlichen Gelsenberg AG und VEBA AG an, denen die Aral-Tankstellen zugehören, die vorneweg bei den Preistreibereien sind. Das Bundeskartellamt will nun die Schlappe nicht auf sich sitzen lassen und verlangt eine Preissenkung um 5 Pfennig – aber nur für Dieselöl. Das Ölkartell reagiert darauf mit Preisschwankungen. Für Großabnehmer verkauft es Dieselöl schon längere Zeit wesentlich billiger. Außerdem haben die Mineralölkonzerne eine generelle Kürzung ihrer Raffinerieverarbeitung angekündigt, um durch Verknappung weitere Preissteigerungen für alle Mineralölprodukte durchsetzen zu können.

DIE LOHNABHÄNGIGEN HABEN VOM PREISSTOP DES KAPITALISTISCHEN STAATES NICHTS ZU ERWARTEN

An diesem ganzen Theater läßt sich relativ leicht erkennen, daß die Lohnabhängigen von Preisstop und Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch den Kapitalistenstaat nichts zu erwarten haben. Das trifft auch für den Fall zu, daß tatsächlich ein Preisstop, z.B. für Benzin, erlassen würde. Die Konzerne könnten die Preise für andere Mineralölprodukte anheben, sie können das Benzin verknappen, und wenn es knapp ist, einen schwarzen Markt aufbauen, es gäbe dann nur noch Benzin auf dem schwarzen Markt für noch viel höhere Preise. Selbst wenn sie nur eine Zeitlang einfach kein Benzin mehr verkaufen, könnten sie damit schnell die Aufhebung des Preisstops erzwingen.

Noch schlechter sieht die Lage aus bei einem generellen Preisstop, für den manche Lohnabhängige sogar auf Lohnerhöhungen verzichten wollen. Die Erfahrungen in allen kapitalistischen Ländern zeigen, daß die Regierungen Preisstops nur verkünden, um Lohnstops durchzusetzen. Daß dabei jedoch nur der Lohnstop durchgesetzt wird, während den Kapitalisten tausend Wege offen bleiben, die Preise zu erhöhen. In den USA gab es einen befristeten Preisstop, mit dem Ergebnis, daß die Händler die Waren zurückhielten. Bei Aufhebung des Preisstops stiegen die Lebensmittelpreise mit einem Schlag um durchschnittlich 35 %. Die Lohnabhängigen konnten nicht mehr verhindern, daß ihr Realeinkommen schlagartig zurückging. Ähnlich erging es den Lohnabhängigen in Italien und in Großbritannien. Lohn- und Preisstop ist immer ein Mittel, die Lohnabhängigen zu entwaffnen, indem er ihnen das wichtigste Mittel nimmt, um ihr Lebensniveau zu verteidigen – den Lohnkampf. Dagegen können die Kapitalisten nicht nur den Preisstop umgehen, sondern auch die Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit erhöhen. Deshalb ist der Lohnkampf unerläßlich, um gegen die Ausbeutung durch das Kapital sich zu verteidigen, solange die Herrschaft des Kapitals besteht. Um sie zu beseitigen, muß der Staat des Kapitals gestürzt werden.

– bb –

WILLY BRANDT – EIN SPORTLICHER KANZLER (IN DER ZDF-SPORTSCHAU AM 16. MÄRZ)

"Ich schwimme jetzt jeden Tag wieder, seit ich es mir nach der Ölkrise wieder leisten kann, das Wasser zu heizen."

Brandt auf Stimmenfang

WAHLKAMPFREISE DURCH STÄDTE NIEDERSACHSENS

Helmstedt. Wer am Dienstag, den 9. April, gegen 16 Uhr nachmittags durch die Helmstedter Innenstadt eilte, um noch schnell nach Feierabend einige Einkäufe zu erledigen, der mußte mit viel Gedränge rechnen. Eine Traube von etwa 1 000 Menschen (die Braunschweiger Zeitung schrieb von 2 500) hatte sich vor dem Rathaus aufgebaut. Die SPD-Wahlkampf-Werbetrommel war am Rollen: "Wir brauchen Dich, Willy"-kleine SPD-Fähnchen (von allein hätte sowieso niemand eines mitgebracht) wurden verteilt und für die Kleinsten hatte man sich etwas besonderes ausgedacht: Einige Tage vor "Willys" Auftritt wurden an Ehepaare Schreiben verschickt, worin man diese aufforderte, ihre Kinder doch zu Willy zu schicken, dort bekämen sie dann schöne, bunte (SPD-)Luftballons geschenkt.

War der Applaus zu Beginn der Rede noch laut, so wurde dieser von Wort zu Wort spärlicher. Das nimmt auch nicht Wunder angesichts des nichtssagenden Geplärrs von Brandt. Wollte Brandt doch nur versuchen, der Helmstedter Bevölkerung weiszumachen, daß es doch gar nicht so schlecht steht in Politik und Wirtschaft. Er wußte nur von der "schicksalsgeprüften Helmstedter Bevölkerung" etwas zu erzählen und nicht, wie die wirklich anstehenden Probleme der Bevölkerung (in Helmstedt gibt es 4,7 % Arbeitslosigkeit) gelöst werden sollen.
Auch zum Vorstand des einzigen hiesigen Großbetriebs, den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken, trieb ihn diese Reise. Nachdem er sich bei der Bevölkerung angepriesen hatte, tat er dies nun bei denen, die auf Kosten der Bevölkerung leben. Genau das zeigt den wahren Charakter seiner Frühjahrs-Reiselust: die Bevölkerung mit neuen Lügenmärchen zu beschwichtigen auf der einen Seite, und sich den Kapitalisten als ihr bester Sachwalter anzubieten auf der anderen.
Für uns kommt es darauf an, zu verhindern, daß die enttäuschten SPD-Wähler in das Fahrwasser der anderen bürgerlichen Parteien in dem bevorstehenden Wahlkampf für die Wahlen zum niedersächsischen Landtag geraten. H.H.A., OAG Helmstedt

Braunschweig. Am 8. April wurde den etwa 1 200 anwesenden Kollegen in der Lokhalle der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke (BKB) ein "hoher Besuch" zuteil. Der "Volkskanzler" hielt auf einer Belegschaftsversammlung, die als Ersatz für eine ordentliche Belegschaftsversammlung gewertet wurde, eine Rede. Wie vorher vom Betriebsratsvorsitzenden Banse (SPD, Aufsichtsratsmitglied) erklärt wurde, um "wichtige Fragen um den Fortbestand der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke" zu klären. Recht hat er! Denn schließlich fand aus diesem Grund ein Gespräch zwischen Brandt und dem Vorstand "unter vier Augen" statt. Jedoch wird es dort viel weniger um die Sicherung der Arbeitsplätze als um die Sicherung und Erhöhung der Profite der BKB-Kapitalisten gegangen sein.

Vorausgegangen waren Vorbereitungen wie z.B. die gründlichste Säuberung der Lokhalle, selbst in den engsten Winkeln. Dies, so muß man hier bemerken, ist in den letzten 20 bis 25 Jahren wohl kaum geschehen. Der Bau einer großen Rednertribüne für den "Volkskanzler" und seine Partei-"genossen" Schmalenbach (Arbeitsdirektor) und Banse (Betriebsratsvorsitzender). Weiterhin wurden sämtliche Dinge entfernt, die vorher immer rumlagen. Da wurde die Halle gestrichen, da wurde eine E-lok festlich geschmückt, da waren großartige Sicherheitsvorkehrungen getroffen.
Zu Beginn begrüßte der Betriebsratsvorsitzende den Kanzler sowie einige weitere "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", bei denen es auch etlichen Beifall gab, der von "Stimmungsmachern" in den ersten Reihen (zu bemerken wäre hier, daß dort die reservierten Plätze für höhere Funktionsträger im Betrieb und in der Gewerkschaft waren) sehr gut angeheizt wurde. Bei der Begrüßung des Geschäftsstellenleiters der IG Bergbau und Energie, L. Steinbach, vermochten sie aber trotz alledem keinen vernünftigen Beifall zu entfachen. Mit Ausnahme einiger weniger herrschte dort eine relativ große Ruhe. Zu klar stand den meisten Kollegen noch der 11,1 %-Abschluß vor Augen. Die weitere Rede des Betriebsratsvorsitzenden sowie auch die Rede des Arbeitsdirektors kann man in einem Satz zu- Brandts Politik.
Um die "herovrragende" Politik der Regierung zu bekräftigen, ging Brandt selbst darauf ein, welche "enormen sozialen Verbesserungen" doch gerade diese Regierung vollbracht habe. Er führte als Beispiel das "Mitbestimmungsmodell" an (die BKB-Kollegen haben allerdings schon seit etwa 20 Jahren ihre Erfahrungen mit der "Mitbestimmung" gemacht), weiter die geplante Steuerreform.

Brandt ging dann noch auf die Verbesserung der Lage der Jugendlichen ein: Das neue "Jugendarbeitsschutzgesetz" pries er überschwenglich! (Bemerkt werden muß dazu, daß es keinerlei Verbesserung gebracht hat). Insgesamt muß man so feststellen, daß der eigentliche Grund der Reise allen Beteuerungen der Regierungssprecher zum Trotz die Stimmenfängerei für die SPD war! Zelle BKB

Präsidentschaftswahlen in Frankreich

DIE POLITISCHE KRISE DER FRANZÖSISCHEN BOURGEOSIE TRITT OFFEN ZUTAGE

Paris. Am 5. Mai findet der erste Wahlgang für die Wahlen eines neuen Staatspräsidenten in Frankreich statt. Am 19. Mai folgt der zweite Wahlgang. Der zweite Wahlgang ist nach der Verfassung nur dann nicht durchzuführen, wenn im ersten Wahlgang bereits ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Das aber ist unwahrscheinlich. Die Präsidentschaftswahlen sind notwendig geworden durch den Tod Pompidous. Der Tod Pompidous hat die Krise der französischen Bourgeoisie offen zutage treten lassen.

Das zeigt sich heute besonders in der einfachen Tatsache, daß die Parteien, die die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie seit 1958 führen, also die Gaullisten im Bündnis mit den unabhängigen Republikanern, keinen einzigen Kandidaten für die Wahlen präsentieren können, bei dem von vornherein gesagt werden kann, daß er mit Sicherheit die Wahlen gewinnen würde. Es bewerben sich vielmehr alle möglichen Kandidaten aus dem Regierungslager, oft ziehen sie ihre Kandidatur genauso schnell wieder zurück, wie sie sie angemeldet haben. So war das der Fall z. B. bei dem Präsidenten der Nationalversammlung, Edgar Faure und so war es auch der Fall bei dem derzeitigen Ministerpräsidenten Pierre Messmer. So stehen heute auf der Kandidatenliste insgesamt 28 Bewerber um das Amt des Staatspräsidenten. Die Regierungsparteien sind so verschlissen, daß kaum einer ihrer erwägenswerten oder selbsternannten Kandidaten überhaupt noch Ansehen unter den breiten Volksmassen genießt.
Die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes wird tagtäglich schlechter. Die Profite der Kapitalisten dagegen sind besonders im letzten Jahr enorm gestiegen. Die Inflationsrate hat inzwischen auf das Jahr umgerechnet 15,6 % erreicht, die Arbeitslosigkeit steigt, besonders viele Jugendliche finden keinen Arbeitsplatz in Frankreich. Obwohl das Jahr 1973 ein Jahr der Hochkonjunktur war, lag die Arbeitslosigkeit über 2 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Gegenwärtig verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage rapide, die Arbeitslosigkeit steigt. Um der Lage Herr zu werden, hat die Regierung ein sogenanntes Stabilitätsprogramm verabschiedet, wonach die Lohnsteigerungen allenfalls den Inflationsverlust ausgleichen sollen. Die Löhne in Frankreich sind mit die niedrigsten in der Europäischen Gemeinschaft, während die Managergehälter mit weitem Abstand die höchsten sind. Die französischen Arbeiter müssen heute in der Woche 45 Stunden arbeiten, ihre Forderung nach 40 Stundenwoche lehnt die Regierung strikt ab. Die Regierung hat gerade in den letzten Monaten alle Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes mit Verschärfung der Unterdrückung beantwortet. Häufig läßt sie in den größeren Städten ihre Polizei und Mobilgarden tagelang vor den wichtigsten Gebäuden aufmarschieren. Neben der volksfeindlichen Politik zeichnen sich sämtliche Kandidaten der Regierungsmehrheit dadurch aus, daß sie in einen oder mehrere Skandale oder Affairen verwickelt



Gemeinsame Demonstration der Angestellten von verschiedenen Banken in Paris: Gegen den selben Patron den einheitlichen Kampf!

sind. Chaban Delmas z. B., der bis 1972 Ministerpräsident war und derzeit Bürgermeister in Bordeaux ist, steckt bis zum Hals in einem Weinschieberskandal. Trotzdem halten viele Gaullisten ihn noch für den besten Kandidaten.

DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK HOLEN SICH DAS WAS SIE BRAUCHEN, UM IHR LEBENSNIVEAU ZU VERTEIDIGEN

Die Arbeiterklasse und das Volk haben den Kampf in allen Teilen Frankreichs aufgenommen, um ihr Lebensniveau zu verteidigen. Bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen haben die Führer der Gaullisten kein Ansehen mehr. Ihre Autorität ist verschlissen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen nehmen in immer größerem Umfang selbständig den Kampf auf. So streiken seit Wochen die Bankangestellten der größten Banken Frankreichs und blockieren damit den Zahlungsverkehr der Kapitalisten. Am 19. April werden die Weinbauern in den südlichen Departements eine Demonstration durchführen, um ihrer Forderung nach höheren Erzeugerpreisen Nachdruck zu verleihen. Die Erzeugerpreise werden von der Regierung festgesetzt. Neuerdings sind die Angestellten der französischen Luftfahrtgesellschaften Air France und Air Inter in den Streik getreten. Die Angestellten der Börse haben die Arbeit niedergelegt. In Cherbourg in der Normandie sind die 1 300 Arbeiter eines Metallbetriebes erneut in den Streik getreten, sie haben das Werk besetzt. Sie protestieren gegen die 171 Entlassungen, die die Geschäftsleitung im Anschluß an den Streik im März verfügt hatte. Auf der Aluminiumhütte in Nogueres in den Pyrenäen ist die Belegschaft in den Streik getreten, weil die Vereinbarungen über eine wirksame Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne, die letztes Jahr im Sommer nach einem 53 tägigen Streik getroffen worden waren, immer noch nicht zur Zufriedenheit der Belegschaft durchgeführt worden sind. (Damals sind die Hochöfen ausgegangen, weil selbst der Notdienst von den Streikenden mit in den Streik einbezogen wurde.) Neben der wirksamen Erhöhung der Löhne haben die Arbeiterklasse und das Volk den Kampf aufgenommen für die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen. An den Schulen und Hochschulen haben Zehntausende von Schülern und Studenten Kampfaktionen eingeleitet gegen ein reaktionäres Militärdienstgesetz. Im Sommer vergangenen Jahres hatten sich 100 000 Menschen im Larzac, im Süden Frankreichs, versammelt, um die Bauern dort zu unterstützen im Kampf gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes, ein Plan, den die französische Regierung seit Jahren verfolgt.

DIESE LAGE WIRD VON DEN REFORMISTEN UND REVISIONISTEN AUSGENUTZT

Diese ausgezeichnete Lage, wo breite Teile der Arbeiterklasse und des Volkes den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen durch die Kapitalisten und ihren Staat aufgenommen haben, wird von den Reformisten und Revisionisten der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Frankreichs ausgenutzt, um den Protest und die große Unzufriedenheit auf ihre Mühlen zu lenken. Sie können das augenblicklich ziemlich unumschränkt tun, weil es eine marxistisch-leninistische Organisation, die die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes umfassend anleiten könnte, derzeit in Frankreich noch nicht gibt. Die Reformisten und Revisionisten präsentieren sich in holder Eintracht und schlagen Francois Mitterand, den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, als "Einheitskandidaten der Linken" vor. Er wird von den beiden größten Gewerkschaften Frankreichs unterstützt, der Confederation Generale des Travailleurs (CGT) und der Confederation Democratique des Travailleurs (CFDT).

Außerdem haben verschiedene weitere linke Parteien und Organisationen – besonders die Trotzkisten – zur Unterstützung Mitterands aufgerufen, beziehungsweise sich auf seine Unterstützung im zweiten Wahlgang festgelegt, nachdem sie im ersten Wahlgang eigene Kandidaten präsentieren.
Mitterand hat eine lange politische Vergangenheit: Von 1947 bis 1957 war er Minister in 11 Regierungen, u. a. Innenminister. In dieser Funktion hat er 1954 eine breit angelegte Hetzjagd auf Kommunisten und fortschrittliche Menschen in Frankreich veranstaltet. Als damals das algerische Volk den bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung gegen die französischen Kolonialisten aufnahm, hat er zu der Möglichkeit von Verhandlungen mit den Führern des algerischen Volkes erklärt: "Die einzige Verhandlung ist der Krieg, Algerien ist Frankreich". 1965 war er Präsidentschaftskandidat einer bürgerlichen Wahlkoalition und vor einem Jahr hat er mit der revisionistischen Kommunistischen Partei Frankreichs das sogenannte Gemeinsame Programm vereinbart, eine Plattform für eine gemeinsame Regierung. In diesem Programm sind Maßnahmen zur Reform der Wirtschaft und der verschiedenen Einrichtungen des Staates festgehalten, die eine "größere Mitwirkung der arbeitenden Bevölkerung" erreichen sollen. Der Revisionisten-Chef Marchais hat jetzt dazu folgendes erklärt: *"Wir wollen eine Regierung, die die Angelegenheiten der Nation wahrnimmt und wir wollen ein Parlament, das nicht mehr eine Registrierkammer ist. (...) Die Kommunistische Partei formuliert keine übermäßigen Forderungen. Sie ist eine Kraft, ohne die die notwendigen Reformen nicht durchgeführt werden können, aber sie beansprucht nicht, eine Vormachtstellung dabei einzunehmen."*
Was die Revisionisten in Frankreich wollen, das sagt Marchais also klipp und klar: Sie wollen in die Regierung, sie wollen das Staatsschiff wieder auf den richtigen Kurs bringen. Sie wollen den kapitalistischen Staat reformieren, sie wollen den Kapitalismus erträglicher machen für die Arbeiterklasse und das Volk, nicht aber den Kapitalismus beseitigen und den kapitalistischen Staat zerschlagen. Eines der Mittel, die sie dafür parat haben, ist die Verstaatlichung. Sie werden aber nur jene Betriebe verstaatlichen, die ohnehin am Ende sind, so daß sie entweder zugrunde gehen und vom Staat übernommen werden müssen oder von ausländischen Kapitalisten aufgekauft werden. Das sind die maßvollen Forderungen, von denen der Generalsekretär der KPF spricht! Und Mitterand ist der beste Gewährsmann, daß dieser Weg eingehalten wird. Das zeigt sein ganzer Lebensweg. Mitterand ist keine Alternative für die Arbeiterklasse und das Volk. Freilich sind große Teile der französischen Bourgeoisie nicht bereit, diese Politik hinzunehmen. Sie fürchten jede Veränderung, weil sie meinen, daß ihnen die in Bewegung geratenen Verhältnisse nur allzu leicht aus der Hand gleiten.

Die Lage für den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes also ist insgesamt so oder so günstig. Wenn die Reformisten und Revisionisten über die Präsidentschaftswahlen tatsächlich Einfluß auf die Regierungspolitik bekommen, wenn ihr Kandidat gewinnt, dann beschleunigt das zweifellos den Loslösungsprozeß der Massen vom Einfluß der Reformisten und Revisionisten.
Das ist eine der Voraussetzungen dafür, daß tatsächlich der Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, die die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Frankreich umfassend anleiten kann, beschleunigt wird. Eine solche Klassenpartei wird umso notwendiger sein in einer solchen Lage. Aber keinsfalls ist es so, daß umgekehrt bei einer Wahlniederlage Mitterands diese Entwicklung nicht eintreten werde. Wenn die Gaullisten sich an der Macht behaupten, wird sich der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes in der nächsten Zeit ganz zwangsläufig verschärfen.

D.T.

Das Bild zeigt die Vulkan-Kollegen, Bremen, bei der Abstimmung für Streik im Sommer letzten Jahres. →



Ein Postkollege schreibt:

HOLDE RATIONALISIERUNG SINGT UNS DIE SPD-REGIERUNG

Frankfurt. Ich bin Postbeamter in Frankfurt und lese seit einiger Zeit die Kommunistische Volkszeitung. Was mir sofort aufgefallen ist: Ihr schreibt über viele Dinge, die man in den bürgerlichen Tageszeitungen nie lesen kann.

Daß man über Rationalisierung, d. h. verschärfte Arbeitshetze bei der Post in der FR und FAZ nichts finden kann, ist auch nicht weiter verwunderlich. Denn soweit ich weiß, veröffentlichen die Tageszeitungen nichts von der Post, was von der Pressestelle der Oberpostdirektion (OPD) nicht vorher durchgesehen und genehmigt wurde.

So ist es auch zu erklären, daß über die jüngsten Rationalisierungsbestrebungen, die SPD-Postminister Ehmke angeordnet hat, nichts berichtet wird. Seit einigen Tagen kann man in Frankfurt früh morgens folgendes Bild beobachten: Briefträger kommen aus der Post und hinter ihnen her, Beamte mit einem schiebbaren Meterzählwerk. Was passiert da? Der Kontrollbeamte hat die Aufgabe, jeden Schritt, den der Briefträger tut, in Metern zu messen und aufzuschreiben. Ebenso Wartezeiten an der Straßenbahn und die Fahrzeit (in Minuten). Der Briefträger spürt praktisch von hinten schon wieder den nächsten Würgegriff der Rationalisierung. Bei den Briefträgern und selbst bei der Frankfurter Bevölkerung, die das Schauspiel miterlebt, ist der Unmut über solche Methoden groß. Das zeigen Bemerkungen wie: "Man sollte nach Bonn fahren und dort die Wasserköpfe aufstechen", "Was wird bei diesem System noch alles auf die Leute zukommen?".

Wie nun die Rationalisierung im einzelnen aussehen wird, ist noch nicht bekannt; auf jeden Fall sollen im Herbst neue Bemessungen folgen. Meiner Meinung nach ist eines klar: Zweck soll sein, noch mehr Leistung (Ausbeutung) aus jedem rauszuholen. Hat Ehmke nicht selbst gesagt: Er werde noch weitere 30 000 bei der Post wegrationalisieren!

Die Urheber solcher Schandmaßnahmen sind nicht nur in den Reihen der SPD zu suchen, sondern ebenso bei den Gewerkschaftsführern selbst, weil sie nichts dagegen tun. Schrien sie zwar schon im letzten Jahr: "Der schwarze Mann (Refa-Mann) kommt zu jedem", haben sie sich auf der anderen Seite zum Handlanger solcher Aktionen gemacht und nicht die Interessen der Kollegen vertreten.

In allen Ämtern der Post herrscht zur Zeit große Unruhe; es rumort unter den Leuten. Überall: Bemessungen, Bemessungen!

All das zeigt deutlich: In diesem System dient der Fortschritt, Rationalisierung, nicht zur Erleichterung der Arbeit, sondern um noch mehr und noch mehr aus den Menschen herauszuschinden. Wie weit ist es noch, bis der Mensch zu einem totalen sprachlosen Objekt an seinem Arbeitsplatz gemacht wird?

Was ich hier schreibe, ist auch die Meinung der meisten Kollegen bei der Post.

FÜR EINEN KÄMPFERISCHEN 1. MAI! Ein Postbeamter aus Frankfurt



Antwort auf eine Broschüre der IG Chemie, Verwaltungsstelle Hamburg. Bestellungen siehe unten.

PROGRAMM UND STATUT DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

Preis. 80 Pfennig

Beide Broschüren zu beziehen über: Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29.

1.Mai - Kampftag der internationalen Arbeiterklasse

AUFRUF DES ZENTRALEN KOMITEES DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

Niemand tritt für die Interessen der Arbeiterklasse ein, wenn die Arbeiter es nicht selber tun. Dies ist eine alte Erfahrung der Arbeiterklasse. Diese Erfahrung gerät manchmal in Vergessenheit. Aber die Verhältnisse selber sorgen dafür, daß diese Erfahrung nicht lange in Vergessenheit bleibt. Die Tradition der Arbeiterbewegung und die Geschichte ihrer Kämpfe, ihrer Siege und Niederlagen bleibt lebendig, weil immer neue Generationen von Arbeitern diese Erfahrung machen und den Kampf fortsetzen, bis sich die Arbeiterklasse schließlich selbst befreit und die klassenlose Gesellschaft errichtet hat.

Was wurde nicht alles versucht, um den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse aus dem Gedächtnis der Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin zu verdrängen! Die Kapitalisten und der bürgerliche Staat haben ihn zum offiziellen Feiertag erhoben, der sich in nichts von Himmelfahrt oder Fronleichnam unterscheiden soll. Ließen sie früher an diesem Tag mit Gewehren auf die streikenden und demonstrierenden Arbeiter schießen, so schießen sie gegenwärtig in Westdeutschland noch hauptsächlich mit Zuckergeschossen. In anderen Ländern ist das anders. In Spanien und Griechenland, in Portugal und Chile herrscht am 1. Mai der offene Terror gegen die kämpfenden Arbeiter. In Westdeutschland und Westberlin wird die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat ebenfalls zu offenem Terror gegen die Arbeiter übergehen, wenn sich der Klassenkampf weiter entfaltet. Gegenwärtig wollen sie aus dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse einen Tag der Versöhnung, einen Tag von Kapital und Arbeit machen. Die Gewerkschaftsführer tun ebenfalls alles, um den 1. Mai in Watte zu packen. Nicht vom Gegensatz von Kapital und Arbeit sprechen sie in ihren Reden, sondern von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. In ihren Taten gehen sie noch weiter als in ihren Reden: sie unterwerfen die Interessen der Arbeiterklasse dem Interesse der Kapitalistenklasse an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft und der in dieser Gesellschaft herrschenden Ausbeuterordnung. Das zeigt sich in jedem Tarifkampf und erst recht in jedem nicht genehmigten Streik, wo sie den Arbeitern direkt in den Rücken fallen.

Aber der in der kapitalistischen Gesellschaft herrschende Klassengegensatz läßt sich nicht versöhnen. Obwohl der 1. Mai zum offiziellen Feiertag erklärt wurde und obwohl er den Gewerkschaftsführern nichts weiter ist als ein Anlaß zu Festtagsreden: die Arbeiter beginnen dem 1. Mai seine eigentliche Bedeutung zurückzugeben. Sie gehen nicht auf die Straße, um den Klassenfrieden zu feiern, sondern um für die Ziele der Arbeiterklasse einzutreten. Diese Ziele aber sind nur im Klassenkampf durchzusetzen.

Die Ziele der Arbeiterklasse unterscheiden sich grundsätzlich von den Zielen der Kapitalistenklasse. Das gilt nicht nur für das Endziel der Arbeiterklasse, die klassenlose Gesellschaft. Das gilt für jede einzelne Frage des Klassenkampfes. Die Kapitalistenklasse will den Lohn drücken und die Arbeitshetze steigern. Das Interesse der Arbeiterklasse ist gerade entgegengesetzt. Die Kapitalistenklasse will kein Streikrecht der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse braucht das Streikrecht. Die Kapitalistenklasse will keine Gewerkschaften oder nur solche Gewerkschaften, die ihr nicht wehtun. Die Arbeiterklasse braucht die Gewerkschaften und sie kann nur solche Gewerkschaften brauchen, die ausschließlich die Interessen der Arbeiter vertreten und in denen die Arbeiter die Macht haben. Sie braucht klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften.

In allen Fragen des Klassenkampfes zeigt sich: die Arbeiterklasse muß selbständig denken und handeln. Nur dann kann sie ihre Interessen wahrnehmen und für ihre Ziele eintreten.

Das gilt nicht nur im wirtschaftlichen Kampf. Das gilt vor allem im Kampf um Rechte und im Kampf um die politische Macht.

Niemals kann die Arbeiterklasse sich auf eine bürgerliche Regierung oder auf den kapitalistischen Staat verlassen. Die Regierung Brandt/Scheel hat allen eine Lektion erteilt, die Vertrauen in den kapitalistischen Staat und in die gegenwärtige Regierung dieses Staates hatten. Diese Regierung hat der Arbeiterklasse nichts gebracht als zusätzliche Fesseln: Wollen die Arbeiter für ihren Lohn kämpfen, dann kommen die Sozialdemokraten daher und sagen: Kämpft nicht für euren Lohn. Das schadet der Regierung. Treten die Arbeiter für ihre Rechte ein, dann kommen die Sozialdemokraten und sagen: Laßt das, denn es schadet der Reformpolitik der Regierung.

Selbständigkeit und Einheit sind die wichtigsten Bedingungen für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse.

Selbständigkeit der Arbeiterklasse bedeutet, daß die Arbeiter von ihren Interessen ausgehen und von nichts anderem.

Einheit der Arbeiterklasse bedeutet, daß die Arbeiter zusammenstehen, gleichgültig, ob sie deutsche oder ausländische Arbeiter, ob sie Männer oder Frauen, ob sie jung oder alt sind.

Am 1. Mai kommt es darauf an, daß die Arbeiter sich hinter Losungen sammeln, die ein selbständiges und einheitliches Handeln zulassen.

Wenn die Arbeiterklasse selbständig und einheitlich handelt, dann wird sie auch die breiten Volksmassen zusammenschließen können im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für die Herrschaft der Arbeiterklasse. Der Kapitalismus und der bürgerliche Staat sind nicht in der Lage, die Zukunft des Volkes zu sichern. Dazu ist nur die Arbeiterklasse in der Lage. Sie vertritt die Mehrheit der Gesellschaft und sie ist in der Lage, die Gesellschaft neu zu ordnen, als Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Die Arbeiterklasse kann die alte Gesellschaftsordnung umwälzen und eine neue Gesellschaftsordnung schaffen. Sie hat nichts zu verlieren als ihre Ketten und sie hat eine Welt zu gewinnen.

Sie kann sich nur befreien, wenn sie die ganze Menschheit befreit.

In den täglichen Kämpfen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung entwickelt die Arbeiterklasse die Kraft und die Organisation, die sie braucht, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen. Um diese Kraft und Organisation zu entwickeln, braucht die Arbeiterklasse eine klare Perspektive, die sie allen Ausgebeuteten und Unterdrückten aufzeigen kann. Diese Perspektive ist die Eroberung der politischen Macht und der Aufbau des Sozialismus. Der einzige Weg zur Eroberung der politischen Macht ist der Kampf um Rechte, die durch die Herrschaft der Arbeiterklasse umfassend verwirklicht werden. Deshalb ist es richtig, den 1. Mai unter die Hauptlosung zu stellen:

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Mannheim, den 6.4.1974

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

In dem Beschluß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland vom 10.2. über Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai wurden die folgenden Parolen festgelegt (Auszug aus dem Beschluß vom 10.2.):

Am 1. Mai kommt es darauf an, die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat gegenüberzustellen und nicht einfach die Arbeiter den Kapitalisten. Ausgehend von unserer Hauptparole und auf der Linie unseres Programms propagieren wir deshalb bei der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai:

Den Kampf zur Durchsetzung von Arbeiterschutzforderungen und Arbeiterrechten, vor allem

- den Kampf für den 7–Stundentag
- den Kampf für eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 80 % des Nettolohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit
- Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter
  Keine Lohneinbuße bei Kurzarbeit

Am 1. Mai kommt es darauf an, daß sich die Arbeiterklasse als führende Klasse an das ganze unterdrückte Volk wendet und dieses zum Kampf aufruft gegen den bürgerlichen Staat. Ausgehend von unserer Hauptparole und auf der Linie unseres Programms propagieren wir deshalb bei der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai:

Den Kampf für die Rechte des Volkes und hier vor allem

- den Kampf für die Einheitsschule und die Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung
- den Kampf für uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit und für das uneingeschränkte Streikrecht
- den Kampf für völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik arbeiten oder ausgebildet werden
- den Kampf für die Abschaffung aller indirekten Steuern und die Bestreitung der öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft
- Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland
  Westdeutschland raus aus der NATO

Der Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes muß in den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten hineingetragen werden. Für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten stellen wir am 1. Mai folgende Forderungen und Parolen auf:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Kampf dem Lohnabbau! Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle gleich!
Raus aus der Konzertierten Aktion!
Keinerlei Stabilitätspakt mit den Kapitalisten und der Regierung!

Allgemeine Losungen für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse sind:

Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften!
Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront!

Arbeiter, Angestellte und Beamte eine Kampffront!

Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

190 DM: Das Mindeste

VERHANDLUNGEN IN RHEINLAND-PFALZ GESCHEITERT

Am 4.4.74 wurden dieTarifverhandlungen für die Chemie-Industrie Rheinland-Pfalz für gescheitert erklärt. Die Tarifkommission hielt ihre Forderung nach 15 % Lohnerhöhung, mindestens 190 DM aufrecht. Die Chemie-Kapitalisten boten 10 % und lehnten die Mindestforderung kategorisch ab. Am Mittwoch, 18.4., soll nun die Landesschlichtung stattfinden.

Das 10 %-Angebot ist das höchste Angebot, das bisher zu Beginn von Tarifverhandlungen von den Kapitalisten gemacht wurde. Sie wollen damit den Spielraum der Tarifkommission einschränken. Denn bisher liefen 15 %-Forderungen stets auf Abschlüsse bei 11 bis 12 % hinaus. Die BASF-Kollegen kennen noch gut die Argumente einiger Gewerkschaftsführer aus der letzten Tarifrunde: Für 1 bis 2 % lohnt es sich doch nicht zu streiken.

Gerade das ist es, was die Chemie-Kapitalisten gegenwärtig am meisten fürchten: Einen Streik der Kollegen für eine ausreichende Lohnerhöhung. Er würde sie bei ihrer derzeitigen guten Geschäftslage hart treffen. Aufgrund des guten Auslandsgeschäfts sind z. B. bei der BASF die Produktionsanlagen voll ausgelastet.

Darum lehnten sie auch die Forderung nach einer Mindestlohnerhöhung ab, die geeignet ist, die Kollegen zu einem einheitlichen Kampf zusammenzufassen.

DIE KOLLEGEN STEHEN HINTER DER 190 DM–MINDESTFORDERUNG

Auf einer Versammlung, die am 5.4. in Ludwigshafen auf Einladung des Tarifausschusses stattfand, gaben die Kollegen der Tarifkommission gegenüber klar zu verstehen, was sie wollen. Auf der Veranstaltung, besucht von ca. 600 Kollegen, mehrheitlich Vertrauensleute, wurde in den meisten Beiträgen betont: Wir müssen uns hinter die 190 DM–Forderung stellen.

Viele Kollegen kritisierten, daß die Schlichtung in Mainz und nicht am Ort des kampfstärksten Betriebs, in Ludwigshafen stattfindet. Es wurde aufgefordert, von allen Abteilungen, Vertrauensleutegremien usw., Resolutionen zur Unterstützung der Mindestforderung an die Tarifkommission zu schicken.

In den Betrieben wird jetzt aber noch darüberhinaus in die Diskussion gebracht werden müssen, wie weitere Kampfschritte wie Warnstreiks in die Wege geleitet werden können.

P.S., BASF-Aufbauzelle

DIE SOZIALBEITRÄGE SOLLEN ERHÖHT WERDEN

Noch in diesem Jahr wollen die Ärzte um 10 % und die Zahnärzte um 8,5 % höhere Behandlungsgelder kassieren. Die Krankenhäuser verlangen seit dem 1.1.74 unbegrenzt hohe Pflegesätze (in der Fachsprache "kostendeckend").

Damit stehen wieder einmal Beitragserhöhungen an, ohne daß sich dadurch irgendetwas für die Versicherten verbessert,

Wir müssen jetzt entschieden gegen die nächste Beitragserhöhung auf Kosten des Lohnes kämpfen. Auf der Tagesordnung steht die Forderung nach Zahlung der Beitragserhöhung durch die Kapitalisten mit dem ausdrücklichen Ziel, daß diese alle Kosten der Sozialversicherungen zahlen.

Auch wo keine Sozialwahlen stattfinden, müssen wir die Gewerkschaftskandidaten verpflichten, diese Forderungen zu unterstützen und vor den Mitgliedern Rechenschaft abzulegen. Auf einer Veranstaltung des DGB zu den Sozialwahlen in Heidelberg wagten die anwesenden Gewerkschaftsbosse gegen diese richtigen Forderungen nichts einzuwenden. Sie gaben auch zu, daß es keine "echte" Selbstverwaltung sei, wenn die Kapitalisten in den Versicherungen sitzen. Aber auf solche Herrschaften können wir uns nicht verlassen: Als ein Arbeiter auf der Veranstaltung kritisierte, daß immer nur von den Angestellten gesprochen wurde und fragte, wie denn alle Lohnabhängigen und vor allem die Arbeiter die wirkliche Selbstverwaltung durchsetzen könnten, meinte DGB-Vorsitzender Neumann, Heidelberg: "Ich halte es für keinen Beinbruch, wenn hier auch Arbeiterkollegen anwesend sind."

Wir brauchen solche Gewerkschaftskollegen in den Versicherungen, die jetzt klipp und klar dafür kämpfen, daß die Kapitalisten die nächste Beitragserhöhung bezahlen und daß die Kapitalisten aus den Versicherungen verschwinden.

W.B. GUV Heidelberg

Blitzabschluss: 11,3 %

DIE KOLLEGEN SIND SAUER
UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG GEGEN ABSCHLUSS

Am 3. April ist nun bestimmt worden, wieviel Geld die Kollegen der Druckindustrie in den nächsten 12 Monaten mehr bekommen sollen: 11,3 % (+ 1 bzw. 1,5 % für die unteren Lohngruppen). Darüber sind sehr viele Kollegen zu Recht sauer. In erster Linie deshalb, weil die Gewerkschaftsführung die Tarifrunde in einem rasanten Tempo abgeschlossen hat, ohne die Mitglieder auch nur zu fragen und zweitens, weil so niedrig abgeschlossen wurde und dieser Abschluß nichts mehr mit unseren Forderungen zu tun hat.

Denn in den meisten großen Städten waren die Forderungen in Mark und Pfennig und lagen meist bei 1,50 DM pro Stunde, bei uns in Berlin bis zu 320 DM pro Monat. Die Mehrzahl der der Großen Tarifkommission (GTK) vorliegenden Entschließungen war ebenfalls in Mark und Pfennig – und trotzdem hat die GTK 15 % aufgestellt. Als wir von einem unserer GTK-Mitglieder Rechenschaft verlangten, nannte er uns zwar die Abstimmungszahlen in der GTK, aber wollte keinesfalls preisgeben, wie er sich verhalten hat. So sieht es also aus, wenn unsere Vertreter nur ihrem Gewissen verantwortlich sind.

Die Taktik der Gewerkschaftsführung, ganz leise und unbemerkt abzuschließen, war für sie wegen der positiven Kampferfahrung durch die Warnstreiks voriges Jahr notwendig geworden; schon damals drohte der Tarifkampf ihrer Kontrolle zu entgleiten. Begünstigt wurde diese Taktik durch die Kapitalisten, die aus der letzten Tarifrunde gelernt hatten, gleich ein etwas höheres Angebot von 9,7 % zu machen. Die Kapitalisten konnten härter verhandeln, weil sie die Arbeitsplatzunsicherheit als Druckmittel vorschieben konnten; und in der Tat glauben offenbar noch viele Kollegen, wenn sie sich mit weniger Lohn begnügen, fliegen sie nicht so leicht auf die Straße.

Das erste, was die Kollegen und wir in Berlin gemacht haben, war, eine Unterschriftensammlung gegen die Nacht-und-Nebel-Taktik und die 11,3 % zu beginnen. Und dann müssen wir in Berlin an der allgemeinen Mitgliederversammlung festhalten – eine nicht beschlußfähige Versammlung aller Berliner Drupa-Mitglieder auf Landesebene –, auch wenn die Forderung danach seit Januar ignoriert wurde. Dort können wir Rechenschaft fordern von unseren Vertretern, dort können wir unserer Empörung Ausdruck verleihen und überlegen, was zu tun ist, dort können wir uns für eine sofortige Urabstimmung aussprechen.

Wir werden gezwungen sein, die Sache selbständig in die Hand zu nehmen, denn sehr bald sind die 11,3 % aufgefressen bei den Preissteigerungen, Mieterhöhungen, Steuererhöhungen etc. 12 Monate werden wir wohl nicht still halten und ruhig zusehen, wie immer größere Leere sich in den Geldbeuteln breitmacht. Ein Metall-Kollege aus Bremen formulierte das so: "Wir werden uns unser Geld holen, mit oder ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung. Die Gewerkschaft – das sind wir."

Unser Ziel: Selbständigkeit und Einheit unter den Kollegen zu erreichen, das ist der wesentliche Schritt hin zum Sieg.

Für sofortige Einberufung einer Mitgliederversammlung

Sofortige Rechenschaftslegung der Gewerkschaftsführung vor den Kollegen

Für sofortige Urabstimmung über den Abschluß!

– Aufbauzelle Druck der KG Westberlin –

11,3 % VÖLLIG UNZUREICHEND

Speyer. Aus einem Beschluß: "Die Vertrauensleute der IG Druck und Papier des Ortsvereins Speyer/Germersheim verurteilen den Abschluß von 11,3 % sowie die Art und Weise, wie dieser Beschluß zustande kam!. . .

Dieser Abschluß von 11,3 % beziehungsweise 12,3 % für Lohngruppe 4 und 5 und 12,8 % für Lohngruppe 1, 2 und 3 ist völlig unzureichend. . .

Dies bedeutet, daß wir bei diesem Abschluß unser Lebensniveau nicht werden halten können, sondern noch schlechter dastehen als nach dem von uns mehrheitlich abgelehnten 10,8 %-Abschluß vom letzten Jahr.

Dies zeigt eindeutig, daß erstens Prozentforderungen immer in eine Niederlage führen und zweitens, daß die Mehrheit der "Kollegen" in der Tarifkommission nicht fähig oder nicht willens ist, die elementarsten Interessen der arbeitenden Kollegen zu vertreten. . .

Dieser Abschluß bedeutet:

a. Ein Betrug an den Lohnabhängigen in der Druckindustrie

b. Die zugenommene Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen soll abgebremst werden

c. Die Notwendigkeit, durch Eigeninitiative der Kollegen sich das zu holen, was notwendig ist, um den Lebensstandard zumindest zu halten, wozu die Gewerkschaftsführung nicht willens war.

Deshalb lauten unsere Forderungen für die Zukunft:

Forderungen in Mark und Pfennig aufstellen und durchsetzen!

Ständige Information der Mitglieder über laufende Tarifverhandlungen!

Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß".

Explosion bei Dow-Chemical

UNERTRÄGLICHER CHLORGESTANK / KOPFSCHMERZEN UND ÜBELKEIT BEI DER BEVÖLKERUNG / BAU DER ZWEITEN CHLORANLAGE EINGESTELLT

Stade. Im Elbe-Schwinge-Werk der Dow Chemical gab es in der vergangenen Woche eine Staubexplosion, bei der zwar die anwesenden Arbeiter nicht verletzt wurden, aber riesige Metall-Teile bis an die naheliegende Landstraße geschleudert wurden. Die Unglücksursache wird bisher mit "technischem Versagen" angegeben, aber weitere Untersuchungen laufen.

Das ist aber nicht der erste Unglücksfall gewesen, fast alle 14 Tage gibt es größere Leckagen in der Chloranlage. Die Bevölkerung aus diesem Gebiet klagt über ständige Kopfschmerzen und Übelkeit; oft müssen die Schüler nach Hause geschickt werden, weil der Chlorgestank unerträglich ist "Umweltmanager" der Dow Chemical hatten auf einer Bürgerversammlung Anfang März dazu gesagt, daß die Leute immer versuchen, einen "Kausalzusammenhang" herzustellen, etwa so, daß die wenigen Störche dafür verantwortlich sind, daß so wenig Kinder geboren werden! Als sich das die über 200 anwesenden Bürger nicht bieten ließen, sagte er, durch das Einatmen von Chlor würde nur Salzsäure entstehen und das sei nicht schädlich. Aber auch das war gelogen und sollte die tatsächliche Gefahr vertuschen, denn das Einatmen von Chlor führt zu starken Oxidationsgiften.

Die Bevölkerung fordert jetzt, daß mit dem Bau einer zweiten Chloranlage sofort aufgehört wird, daß ein besonderer Katastrophenplan für die betroffenen Gebiete ausgearbeitet wird und daß scharfe Sicherheitsauflagen für alle Dow-Werke auferlegt werden und auch nachträglich durchgeführt werden.

Einen ersten Erfolg haben die Bürger erreicht: mit dem Bau des 2. Chlorwerkes wurde aufgehört. Die anderen Forderungen werden sie dann durchsetzen, wenn sie sich nicht von den bürgerlichen Politikern und den Konzernen vertrösten lassen.

B.L., Hamburg

IG-CHEMIE-TARIFFORDERUNG

Hamburg. Am 3. April legte die Große Tarifkommission der IG Chemie für das Tarifgebiet Hamburg die Forderungen fest: 16 %, mindestens 190 DM. Die Lehrlinge sollen in allen Lehrjahren 100 DM mehr bekommen.

KOLLEGEN PROTESTIEREN GEGEN MIETERHÖHUNGEN

Die Mieten für die Personalunterkünfte der Beschäftigten in den öffentlichen Krankenhäusern sind drastisch erhöht worden. In Hannover fand am 10. April eine Versammlung von Bediensteten der Medizinischen Hochschule statt. 120 Kollegen sprachen sich gegen die Mieterhöhung aus und marschierten geschlossen zum Kurator der Medizinischen Hochschule. Protestaktionen sollen am Mittwoch, 17. April, beschlossen werden, wenn die Mieterhöhungen bis dahin nicht zurückgenommen sind. Betroffen davon sind 600 Bedienstete. Aus Bremen schreibt die Zelle Gesundheitswesen:

Die Mieten in den Personalunterkünften in Bremens kommunalen Krankenhäusern sind drastisch erhöht worden. Dies bedeutet für die betroffenen Pfleger und Schwestern Mieterhöhungen um 100 bzw. 180 DM. Das sind Erhöhungen bis zu 200 % und macht bei einem durchschnittlichen Lohn einer Schwester ca. 25 % aus. Dazu kommt noch, daß die Erhöhungen rückwirkend ab 1. Januar gezahlt werden müssen.

Diese Erhöhung wurde in einem Tarifvertrag zwischen der ÖTV-Führung und den Krankenhausträgern ausgehandelt. Er betrifft die Mieten in Personalunterkünften und gehört mit zum 11 %-Abschluß. Über ihn wurde aber erst nach der Urabstimmung verhandelt; bei der Urabstimmung war nur bekannt, was in den ÖTV-Nachrichten stand: "Mit der Einführung dieser Zulage ist gleichzeitig eine bundeseinheitliche Regelung der Personalunterkünfte verbunden."

Damit alle ihren Mund halten, hat sich der Bremer Senat einen besonderen Weg zur Durchsetzung der Erhöhung ausgedacht: Den Kollegen soll das Geld nicht auf einmal aus der Tasche gezogen werden, sondern im ersten Jahr muß nur ein Viertel mehr gezahlt werden und die restlichen drei Viertel der Erhöhung zahlt der Senat, im zweiten Jahr zahlen die Kollegen die Hälfte und der Senat die andere Hälfte, usw. Diese Rechnung ist aber nicht aufgegangen. Im Krankenhaus "links der Weser" war die Empörung so groß, daß sich der Personalrat gezwungen sah, die Forderung der Kollegen nach einer Personalversammlung zu erfüllen. Im Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße wurde eine Flugblattverteilung mit einer Unterschriftensammlung verbunden, bei der die Kollegen gegen die Mieterhöhung protestierten und eine Personalversammlung forderten.

IGM-Ausschlüsse wegen KVZ-Verkauf

SPD-GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG BESPITZELTMITGLIEDER

"Durch meine Unterschrift protestiere ich gegen den Versuch der IGM Ortsverwaltung Wolfsburg, Kollegen wegen des Verkaufs der "Kommunistischen Volkszeitung" aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Gleichzeitig erkläre ich, daß ich mir das Recht, jede beliebige Zeitung öffentlich zu lesen und zu verkaufen, als Gewerkschaftsmitglied nicht nehmen lasse."

Mit diesem Kopf versehene Unterschriftenlisten unterschreiben zur Zeit Wolfsburger Gewerkschaftsmitglieder. Sie protestieren gegen den Versuch der IGM Ortsverwaltung, klassenbewußte Kollegen aus der IGM zu drängen.

Die IG-Metall Mitglieder Schuleit, Stenzel und Götze bekamen einen Brief der IGM Ortsverwaltung ins Haus geschickt, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß gegen sie ein Ausschluß ohne Verfahren beim Bundesvorstand der IGM beantragt wurde. Ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung bestand nach Auffassung der Wolfsburger Ortsverwaltung darin, daß sie öffentlich die KVZ verkauften bzw. einer von ihnen eine Betriebszeitung des KBW verteilte.

Feststeht damit, daß auch in Wolfsburg Gewerkschaftsmitglieder durch die SPD-Gewerkschaftsführung bespitzelt und denunziert werden.

Daß die KVZ nicht gewerkschaftsfeindlich ist, wird jeder zugeben, der sie gelesen hat. Im Gegenteil. Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung geht es mit den Ausschlußdrohungen darum, alles das zu verbieten und als gewerkschaftsfeindlich abzustempeln, was ihnen nicht in ihr politisches Konzept paßt, sich gegen ihre Politik der "Klassenversöhnung" in den Gewerkschaften richtet.

Zu nichts anderem dient der Unvereinbarkeitsbeschluß des IGM-Beirats. Und deswegen muß dieser Beschluß fallen. Es wäre äußerst falsch, als Mitglied einer DGB-Gewerkschaft auf den Verkauf der KVZ zu verzichten, weil einem der Beiratsbeschluß im Nacken sitzt. Die Maßnahmen der IGM Ortsverwaltung gegen die Kollegen Schuleit, Stenzel und Götze zeigen doch eins recht deutlich. Die haben Angst vor den Aussagen der KVZ, haben Angst davor, daß die KVZ den Gewerkschaftsmitgliedern Leiter ihres Handelns werden könnte.

Die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaften versucht, die Gegner ihrer Politik auszuschließen und die Mitglieder einzuschüchtern. Nichts anderes hat es zu bedeuten, daß in einem Info-Blatt der IGM für das VW-Werk steckbriefartig der Ausschluß von zwei anderen Kollegen bekanntgegeben wurde.

Die in den Wolfsburger Betrieben umgehenden Unterschriftenlisten sind ein richtiger Ansatzpunkt, um gegen die Ausschlußpraktiken der sozialdemokratischen Führung anzugehen.

Weg mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß!

Für kampfstarke und klassenbewußte Gewerkschaften! W.K., Wolfsburg

KRITIK AM ABSCHLUSS – 55 DM MEHR IN DER WOCHE

Essen. Schwere Kritik mußten auf dem Essener Bezirkstag der IG Druck und Papier Landesfürst Fritz Gent und der Bezirksvorsitzende Helmut Karnath (SPD) einstecken. Sie hatten mit dafür gesorgt, daß die Tarifkommission eine Prozentforderung aufgestellt hatte, obwohl die meisten Kollegen für Forderungen in Mark und Pfennig waren. Mehrere Sprecher betonten, daß durch die spalterische Prozentforderung die Lohnkluft zwischen Ecklöhnern und den Maschinensetzern und Korrektoren weiter wachsen würde und so eine einheitliche Kampffront verhindert würde. Der Bezirkstag forderte demgegenüber 55 DM für alle in der Woche. Außerdem wurde ein Streikrecht für Lehrlinge gefordert. Karnath (SPD) wurde nur mit ganz knapper Mehrheit (26:22) wiedergewählt. B., Essen

Angestellte des DGB: Streik!

Mit Urabstimmung und Streik drohen Angestellte des DGB, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. 450 DM und 15 % Lohnerhöhung hatten sie gefordert. Dabei beriefen sie sich auf eine Veröffentlichung des DGB, die diese Forderung als angemessen bezeichnete. Doch der DGB-Vorstand stand in Verhandlungen mit den Betriebsräten der DGB-Angestellten lediglich 11,5 % ohne Teuerungszulage zu. Die obersten Funktionäre fordern Idealismus von den unteren Angestellten des DGB. IG-Bergbau Organisationsleiter Manfred Schneider: "Wer bei uns mit machen will, muß als Idealist kommen." Personalsekretär der IG Chemie Karl Ebert: Berufsgewerkschafter haben ihren "Wunsch nach gerechter Bezahlung der gemeinsamen Sache zu opfern." Das gilt freilich nicht für die Gewerkschaftsführer, die monatlich rund 6 000 DM Gehalt beziehen. Von ihren Aufsichtsratsvergütungen müssen sie zwar die Hälfte als Spenden an die "Stiftung Mitbestimmung" oder ähnliche Einrichtungen abführen. Aber es bleiben noch Spitzenbezüge. Dazu DGB-Vorstandsmitglied Schmidt: "Warum soll nicht derjenige ein Gehalt wie Innenminister Genscher bekommen, dessen Verhandlungspartner bei Tarifstreitigkeiten nun mal Genscher ist?"

Insgesamt verdient der DGB-Vorsitzende Vetter 98 500 DM, ÖTV-Kluncker 72 000 DM und IG Metall Vorsitzender Eugen Loderer 117 000 DM im Jahr (nach "Stern" Nr.15/74). –hb–

WERKSSCHUTZ – DACHTE ICH!

Als ich beim Verkauf der letzten KVZ gerade mit ein paar Lehrlingen sprach, wurde ich plötzlich provozierend angerempelt und angebrüllt: "Runter vom Werksgelände!" Aha, Werksschutz, dachte ich, fragte aber trotzdem: "Was heißt hier Werksgelände?" Darauf folgende Antwort: "Ich bin hier Betriebsrat und wenn wir von der Gewerkschaft etwas zu verteilen haben, was dem Betrieb nicht angenehm ist, dann verteilen wir das auch nicht auf dem Werksgelände. Wir halten uns an die Gepflogenheiten!" R.K., Friedrichshafen

Wilhelmshütte: Gegen Entlassungen

GESAMTBETRIEBSRATSVORSITZENDER MACHT VORSCHLÄGE FÜR DIE KAPITALISTEN

730 Kollegen der Wilhelmshütte in Wolfgruben/Kreis Biedenkopf sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Wilhelmshütte, die zum Flickkonzern gehört, soll innerhalb der nächsten 12 Monate geschlossen werde. An Aufträgen fehlt es nicht, angeblich sind die Kosten in der veralteten Anlage zu groß. Gleichzeitig werden jedoch kostspielige Entstaubungsanlagen und eine neue Produktionsstraße gebaut.

Als die Nachricht von der geplanten Stillegung im Werk bekannt wird, ist die Empörung der Kollegen groß. Am 4.3. organisiert die Frühschicht eine Protestversammlung auf dem Betriebshof. Auf den selbstgemachten Transparenten steht: "Buderus zeigt sein wahres Gesicht", "Das ist Willkür". Über der Hütte ist eine große schwarze Fahne gehißt, um die Leute, die auf der Straße sind, auf die Lage der Arbeiter aufmerksam zu machen.
Anschließend Betriebsversammlung. Dr.Ringenberg, Vorstandsmitglied des Konzerns, erzählt, was geplant ist: Produktionsverlagerung innerhalb der nächsten 9 bis 12 Monate, weil die Hütte nicht mehr rentabel ist. Als Beruhigungspille macht Ringenberg den Kollegen Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in den umliegenden Konzernbetrieben (Ludwigshütte, Werk Breidenbach). Die Masche verfängt nicht! Viele Kollegen wissen nur zu genau, daß in der Ludwigshütte zwar Modellbau, Leichtmetallfertigung und die Blechstahlproduktion ausgedehnt werden sollen, gleichzeitig aber die Gießerei dichtgemacht werden soll. 730 Kollegen werden dort sicher nicht gebraucht und auch nicht in den Werken in Breidenbach und Eibelshausen. Je länger Ringenberg redet, umso saurer werden die Kollegen. Es werden Rufe laut, man solle ihm ein Gußteil ins Kreuz werfen.

Die Empörung der Kollegen kann auch Gesamtbetriebsratsvorsitzender Krämer nicht dämpfen. Sein Vorschlag: Fortsetzung der Produktion mit weniger Tonnen (anstatt 2200 im Monat 1500 bis 1600 mit 400 statt 730 Beschäftigten.

Der ganze Vorschlag läuft daraufhinaus, daß gut die Hälfte der Belegschaft 3/4 der Produktion machen sollen und die "restlichen" Kollegen auf der Straße sitzen. Solche "Kompromisse", die für die Arbeiter eine Schinderei ohne gleichen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite bedeuten, sind nur für die Profite der Kapitalisten gut. Ein Teil der Kollegen rechnet denn auch fest damit, daß die Kapitalisten so ziemlich genau das vorhaben, was der Gesamtbetriebsrat vorgeschlagen hat.

Die Hütte für kurze Zeit ganz zuzumachen und die Produktion dann mit einem Teil der Belegschaft und "verbesserten" Anlagen wieder anlaufen zu lassen.
Wozu sonst die neue Produktionsstraße und die teuren Entstaubungsanlagen, an denen zur Zeit noch gebaut wird?
Keine Entlassung auf der Wilhelmshütte!
Keine Stillegung!

H.B., H.R.

Elefantenhochzeit

DEMONSTRATION GEGEN THYSSEN-RHEINSTAHL-FUSION



Unter den Kollegen und Kolleginnen wurde heftig diskutiert über die Zusammenlegung.



Hattingen. Gegen die geplante Zusammenlegung der beiden Stahlriesen August-Thyssen-Hütte AG und Rheinstahl AG haben am 29. März 3 000 Arbeiter und Angestellte der Hattinger Henrichshütte demonstriert. Morgens um acht zogen die Kollegen aus dem Werk auf den Platz am Verwaltungsgebäude zu einer Protestkundgebung gegen die Zusammenlegung, die für sie unsichere Arbeitsplätze, Rationalisierungen = und schlechtere Bedingungen im Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet. Der Arbeitsdirektor Heese, der die Kollegen beschwichtigen wollte, erntete laufend Pfiffe und Buhrufe. "Für jeden Mist gibt es sonst Rundschreiben, von diesen Plänen wurden wir alle überrascht! Das ist eine Schweinerei!" meinten die Kollegen.
Mit der Eingliederung der 8 000 Mann starken Henrichs-Hütte (bisher Rheinstahl) in die Thyssen-Gruppe wollen sich die Stahlkapitalisten "beträchtliche Rationalisierungsreserven (eröffnen), mit denen sich die Kosten senken und die Marktkraft beider Konzerne stärken" lassen (Westfälische Rundschau vom 28. März).
Gegen diesen Schritt haben der Betriebsrat und die IG-Metall-Führung in Hattingen ein Gejammer über den den "Verlust der Mitbestimmung" angestimmt. Unter der Parole "Hände sie den berechtigten Protest der Hüttenwerker gegen den Kuhhandel auf und hinter ihrem Rücken in die Sackgasse der Mitbestimmung lenken, wo einige Funktionäre in Vorstandssesseln sitzen, die Kampfkraft der Arbeiter gegen Entlassungen und Stillegungen nicht aufgebaut und gestärkt wird. Gerade diese selbständige Kampfkraft wollen die bürgerlichen SPD-Politiker und ihre DKP-Partner verhindern.

HDM

460 Kollegen fliegen

ÜBERRUMPELUNGSMANÖVER DER GESCHÄFTSLEITUNG

Heilbronn. Die Firma F.C. Weipert ist eine Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei, die vor über 100 Jahren als Landmaschinenfabrik gegründet wurde.
Nachdem im letzten Jahr im März



Die Weipert-Kollegen auf ihrer Protestversammlung in der Werkshalle

und April bereits 7 Wochen kurzgearbeitet wurde und damals die Geschäftsleitung alle Vermutungen zurückwies, die Firma stünde vor dem Bankrott, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Heinz Kimmler am Montag, den 1.April: "Die Firma F.C. Weipert wird in absehbarer Zukunft nicht mehr bestehen!" Der Vergleichverwalter Dr.Rudolf Denser erklärte der Belegschaft: "Einer Hochrechnung nach könne die Firma auf längere Sicht nicht aus der Verlustzone kommen, und die Geschäftsleitung habe deshalb beim Amtsgericht Heilbronn die totale Liquidation beantragt."
Vor allem die älteren Kollegen, über die Hälfte der Beschäftigten arbeiten schon 2 Jahrzehnte und mehr bei der Firma, sind besonders hart betroffen. Sie, wie auch die Lehrlinge, werden es in Heilbronn besonders schwer haben, eine neue Stelle zu bekommen. Die Pfiffe, die auf der Versammlung durch die Halle gellten, machten deutlich, daß die Kollegen wütend waren über die Überrumpelungsmanöver der Geschäftsleitung. Vielen Kollegen wurde auch bewußt, was die Schweigepflicht ihrer gewählten Vertreter im Betriebsrat für eine Funktion hat und wie wichtig es ist, daß in solchen Situationen fortschrittliche Kollegen diese Fesseln des von der SPD verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetzes durchbrechen.

Wie rücksichtslos die Kapitalisten mit den Arbeitern umzuspringen gedenken, machte der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Sektion Heilbronn, und Vorstandsmitglied der Audi NSU AG, Dr.Günter Henn deutlich, als er im Zusammenhang mit der Liquidation der Firma Weipert erklärte, man könne es den Unternehmern heute nicht übel nehmen, wenn sie die Lust am Investieren verlieren und ihr Geld lieber ins Ausland schaffen.

Während sicher auch die Herren Weipert ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben, soll aus den Arbeitern noch so viel wie möglich herausgepreßt werden. Stück für Stück soll die Belegschaft abgebaut, in den nächsten Tagen sollen bereits 150 rausfliegen, und mit einem Sozialplan, d. h. mit ein paar lumpigen Monatslöhnen abgespeist werden. Diese Taktik müssen die Arbeiter durchkreuzen und solidarisch und geschlossen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Betriebskollektiv der Sympathisanten des KBW in Heilbronn

BUDERUS: NEUER UNFALL WEGEN DER SCHINDEREI

Wetzlar. Am 6. April wurde bei Buderus einem ausländischen Arbeiter der linke Arm und das linke Bein von einer Kipplohre abgetrennt. In diesem Jahr ist das schon der zweite schwere Unfall. Beim ersten Unfall wurden 3 Arbeiter lebensgefährlich verbrannt. Letzes Jahr starben 4 Arbei-
der Fälle wurde nachher an den Arbeitsbedingungen etwas geändert, alles blieb beim alten. Kein Wunder, denn die Arbeiter haben nicht das Sagen. Daran wird sich erst was ändern, wenn die Überwachung der Sicherheit der Belegschaft in die Hände des Betriebsrates gelegt wird und Flick (Eigentümer von Buderus) dafür bezahlen muß, so wie es in unserem Programm gefordert wird.

Betriebsaufbauzelle Buderus

Offene Tyrannei

DER LUFTBALLONKAPITALIST SCHWINGT DIE PEITSCHE

Datteln. In seinem Betrieb, in dem Luftballons hergestellt werden, schwingt der Kapitalist Wilhelm Everts die Peitsche. Was in einem großen Betrieb durch eine umfassende Leitungsmaschinerie von Abteilungsleitern, Meistern, Vorarbeitern, gekauften Betriebsräten und anderen gut geölt abläuft: die Ausbeutung, Schweißauspressung und Unterdrückung, das bewerkstelligte der Seniorchef Everts (79) mit direkter Offenheit. In einem Anschlag am Schwarzen Brett droht er den 240 Beschäftigten: "Weihnachten, Ostern und Pfingsten sind Feiertage, die wir gesetzlich bezahlen müssen. Alle Feiertage müssen wir durch Überstunden oder durch Arbeit am Sonnabend herausholen. Wer sich nicht daran beteiligt, bekommt pro Feiertag einen Urlaubstrag gestrichen." Kranken droht er in einem Anschlag: "Die Zeit zum Faulenzen und Ausruhen ist längst vorbei, beeilen Sie sich von dieser Pest loszukommen." Daß die Arbeiter und Angestellten überhaupt krank werden, ist für den alten Knochenschinder ein Alptraum. Er schrieb am Schwarzen Brett: "70 v.H. hat eine andere Bewandtnis als wirkliches Kranksein. 1. Unlust an der Arbeit. 2. Beim Kranksein verdient man genauso viel Geld wie sonst. 3. Neue Angestellte sind 14 Tage bis 4 Wochen fleißig, dann feiern sie krank. Das ist eine Gewohnheitskrankheit."
In der Luftballonsfabrik arbeiten 75 % Frauen, die der Kapitalist Everts terrorisiert.
Nach einer Kundenreklamation holte Everts einige Arbeiterinnen zur Besprechung. Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 6.4.74 schreibt dazu: "Nach dem später bei der Gewerkschaft verfertigten Protokoll fiel Elli V, bei der 'brüllenden Einleitung' ihres Chefs in Ohnmacht. (...) Christel O. wollte der am Boden Liegenden helfen. Everts versuchte sie zu hindern. 'Laß die liegen, wir haben hier eine Besprechung'. Als Christel O. mit dem Vorwurf, 'Sie können über Leichen gehen, wir nicht', dennoch half, verkündete Everts: 'Du bist entlassen'. Einige Tage später wurde auch der Elli V. die Lösung des Dienstverhältnisses angetragen und in dem Brief festgestellt, '... und ist Ihr Zusammenbruch nur auf Herzschwäche zurückzuführen."
Auf Betreiben der IG Chemie wurden die beiden Arbeiterinnen wieder eingestellt. Doch Everts gab nicht Ruhe: "Die haben mich bei der Gewerkschaft verpfiffen." Er forderte sie auf, sofort aus der Gewerkschaft auszutreten. Als die beiden Frauen das nicht taten, kündigte ihnen der Chef. Die IG Chemie stellte jetzt eine Anzeige gegen Everts.
Dieser Fall der offenen und direkten Tyrannei des Kapitalisten gegen die Arbeiter ist sicherlich kein Einzelfall und in vielen kleinen und mittleren Betrieben anzutreffen.

Red.

KURZARBEIT IM PRESSWERK KREFELD-LINN

Krefeld. Beim Verkauf der KVZ in der Krefelder Innenstadt erzählte uns ein Kollege, daß in der Woche vom 25.3. bis 30.3. im Presswerk in Krefeld Linn kurzgearbeitet wird. Das Presswerk ist ein Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie mit 1 000 Kollegen. Davon müssen in dieser Woche ein Drittel der Kollegen 18 Stunden weniger arbeiten. Was das heißt ist klar: Bei ständig steigenden Preisen werden die Arbeiter noch mehr ihre Bedürfnisse einschränken müssen. In Zeiten des Booms müssen die Kollegen ungemein schuften, um die Lieferungszeiten einzuhalten, in der darauffolgenden Krise müssen sie kurzarbeiten oder werden ganz auf die Straße gesetzt.

B.W., Kommunistische Gruppe Krefeld

Gleiche Arbeitsbedingungen

WIE BEI SIEMENS WESTBERLIN IST ES ÜBERALL

Auf der letzten Hauptversammlung der Siemens-AG vom 21.3. tat der Vorstandsvorsitzende Plettner kund, daß für das Geschäftsjahr 1973/74 mit einem Umsatz von 17 Milliarden Mark zu rechnen sei. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 1,6 Milliarden (Geschäftsjahr 1972/73: 15,4 %). Schon in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres sei eine Steigerung des Auftragseingangs um 13 % zu verzeichnen gewesen. (Tagesspiegel, 22.3.74)
Insgesamt sind in Westdeutschland und Westberlin in der Siemens AG 2 000 Kollegen rausrationalisiert worden. Damit die Siemens-Kapitalisten trotzdem ihren Reibach machen können, müssen sie natürlich aus jedem einzelnen Kollegen mehr rausholen. Die Kollegen, die von der Rationalisierungswelle noch verschont bleiben, müssen die Arbeit der entlassenen Kollegen mitmachen. So arbeitet praktisch jeder Kollege für zwei. Und muß trotzdem täglich damit rechnen, rausgeschmissen zu werden. Von dieser verstärkten Ausbeutung und Arbeitshetze sind alle Kollegen gleichermaßen betroffen. Ganz besonders aber werden die ausländischen Kollegen ausgenommen. Die Siemens-Geschäftsleitung versteht es ausgezeichnet, sich die Unkenntnis der ausländischen Kollegen zunutze zu machen.
Bei Siemens Mariendorf werden die türkischen Kollegen erst mal mit dem Abschluß eines Jahresvertrages geködert. Die Kollegen unterschreiben. Im Vertrag wird ihnen ein Einheitslohn von 5,64 DM garantiert.
Das geht die ersten drei Monate gut. Am Ende des vierten Monats aber kriegen die türkischen Kollegen auf einmal weniger raus als in den ersten drei Monaten. Auf dem Lohnstreifen ist auch nichts mehr von den zugesicherten 5,64 DM zu sehen. Da stehen nur noch 4,76 DM. Da sie sich diesen plötzlichen Lohnrückgang nicht erklären können, gehen sie zum Meister und fragen ihn, wie denn dieser neue Lohn zustande kommt. Der erklärt ihnen dann, daß sie ihren Akkord nicht geschafft hätten. Die Sache ist nur, daß die türkischen Kollegen zum ersten Mal erfahren, daß sie im Akkord arbeiten. Man hat ihnen vorher nichts davon gesagt. Und hätten sie sich nicht erkundigt, wäre das natürlich so weiter gegangen, und die Siemens-Geschäftsleitung wäre wohl die letzte gewesen, die sie darauf aufmerksam gemacht hätte.

Damit aber die ausländischen Kollegen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen gegen die Willkür der Kapitalisten durchsetzen zu können und damit sie mit den deutschen Kollegen Schritte besprechen können, wie jeweils vorzugehen ist und sich nicht spalten zu lassen, fordern wir bei Siemens Mariendorf:
Einstellung eines ständigen Dolmetschers, der von der Arbeit freigestellt ist!
Darüber hinaus muß erkämpft werden, daß alle ausländischen Kollegen die deutsche Sprache erlernen können. Mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland fordern wir: Kostenlose und obligatorische Sprachkurse von 4 Stunden in der Woche während der Arbeitszeit für alle Arbeiter aus dem nicht deutschsprachigen Ausland während der ersten 3 Jahre ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik. Bezahlung der Arbeitszeit und der Kurskosten durch die Kapitalisten. Einrichtung und Durchführung der Kurse durch den Betriebsrat; Anstellung der Lehrer durch den Betriebsrat. Doch falls dieser Lehrer den ausländischen Kollegen nicht beibringt, wie sie gegen den Kapitalisten die Waffe "Sprache" im Interesse aller Kollegen handhaben müssen, sondern die Interessen der Kapitalisten wahrnimmt, muß die Belegschaft den Lehrer abwählen können.

Zelle Siemens / KG Westberlin

Die Krise des Kapitalismus verschlechtert die Lage der Lohnabhängigen von Tag zu Tag

Geht es in diesem Jahr mit der westdeutschen Wirtschaft weiter bergab oder gibt es Anzeichen für einen Aufschwung? Beide Auffassungen kann man in diesen Wochen ständig wechselnd von Regierung, bürgerlichen Zeitungsschreibern und Fernsehkommentatoren und den "wissenschaftlichen" Sterndeutern des Kapitals hören. Pessimismus und Optimismus geben sich die Ehre. Der Kanzler sagt, er beurteile die wirtschaftliche Entwicklung optimistischer, ein "düsteres Bild" malen die Wirtschaftsinstitute. Diese Idioten des Kapitals starren alle gebannt auf das schwindende Wachstum des Sozialprodukts, wächst es wieder oder nicht. Zunächst hieß es Nullwachstum, jetzt heißt es 2 % Wachstum. Eines aber steht schon fest, daß die Preise weiter steigen und daß auch bei ansteigendem Wirtschaftswachstum die steigende Arbeitslosigkeit bleibt. Einige Wirtschaftsinstitute sprechen dann auch offen aus, was die Kapitalisten meinen, daß nämlich ein größeres Arbeitslosenheer für das Kapital nützlich ist, um die Löhne zu drücken. Das aber ist die allgemeine gesellschaftliche Form der Krise des Kapitalismus, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital sich immer mehr zuspitzt. Selbst wenn der produzierte Reichtum noch wächst, steigt die Arbeitslosigkeit und vermindert sich das kaufkräftige Einkommen der Lohnabhängigen.

Die Krise des Kapitalismus führt nicht notwendig dazu, daß die kapitalistische Wirtschaft von selbst zusammenbricht. Notwendig aber führt die Krise des Kapitalismus dazu, daß die Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmassen sich immer mehr verschlechtert. Die kapitalistische Wirtschaft wird immer unfähiger, die notwendigsten Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. Die kapitalistische Ausbeutung schafft das Millionenheer der ausgebeuteten Lohnarbeiter, die nur durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung sich aus den immer tiefer einschneidenden Fesseln der kapitalistischen Krise befreien können. Selbst wenn die kapitalistische Krise zu einem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft führt, was auch heute nicht ausgeschlossen werden kann, so ist damit der Kapitalismus noch nicht von selbst beseitigt. Die Arbeiterklasse muß sich im Kampf für die politische Macht vereinen und in diesem Kampf gegen den Kapitalismus und seine Staatsmacht das Volk an seiner Seite zusammenschließen, um den Sozialismus aufbauen zu können, und damit die Ausbeutung zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so bedeutet das Fortbestehen des Kapitalismus nur vermehrtes Leid für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk, Krieg und blutige Unterdrückung, wie die Geschichte eindeutig lehrt. Eine Weltwirtschaftskrise wie in den 30-er Jahren ist heute keineswegs auszuschließen, aber es wäre falsch, darauf gebannt zu warten wie das Kaninchen auf den Biß der Schlange. Vielmehr gilt es die führende Kraft der Arbeiterklasse zu organisieren und die Volksmassen im demokratischen Kampf zu sammeln, um aus der Krise der kapitalistischen Gesellschaft auszubrechen und den Sturz der Ausbeuterherrschaft vorzubereiten. Die Krise des Kapitalismus führt die Notwendigkeit dieser revolutionären Aufgabe der Arbeiterklasse immer deutlicher vor Augen.



Bundeskanzler Brandt erklärte, er käme zu günstigeren Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung wie das jetzt veröffentlichte Gutachten der 5 Wirtschaftsinstitute.

DIE ENTWICKLUNG DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK

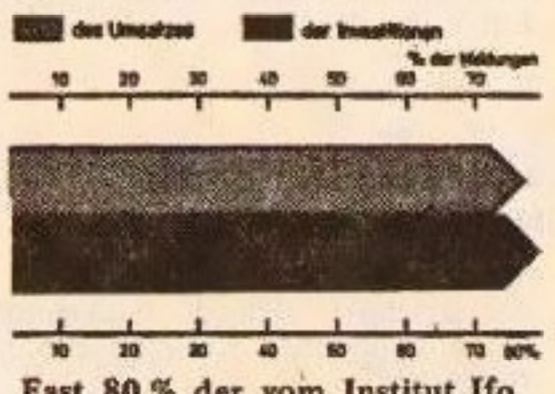
Während die Preise weiter steigen, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unvermindert hoch ist und der Reallohn weiter sinkt, erwarten die Kapitalisten für 1974 schon wieder eine Steigerung ihrer Profite. Nach einer Studie der 'Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung' sollen die Gewinne der großen Aktiengesellschaften, die 1973 schon um 17 % gestiegen waren, sich 1974 nochmals um ca. 5 % erhöhen. Allerdings sehr unterschiedlich in den einzelnen Branchen. Die Gewinne der Elektroindustrie sollen um 6 %, die der Elektrizitätswerke um 12 %, der Chemieindustrie um 10 % und der Stahlindustrie gar um 55 % steigen, während im Fahrzeugbau, in der Textilindustrie und in der Bauwirtschaft mit sinkenden Gewinnen gerechnet wird. In den Industrien also, die zu einem großen Teil für den Verbrauch produzieren, wird mit sinkenden Erträgen gerechnet, weil der Reallohnabbau schon jetzt zu einem absoluten Rückgang des privaten Verbrauchs geführt hat.

Dies trifft wieder die kleinen Kapitalisten anders als die großen, wie besonders deutlich die Lage in der Textilindustrie zeigt. Während viele Textilkapitalisten pleite gehen, machen diejenigen, die sich auf Kosten der anderen Bebehaupten, steigende Profite. Ähnlich ist die Lage in fast jeder Branche, die Konkurse auf der einen Seite und die Konzentration und Zusammenschlüsse auf der anderen nehmen ungeheuer zu. Auszubaden haben diese Krisenentwicklung die Lohnabhängigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren.

KAPITALEXPORT UND WARENEXPORT

Zunehmend gehen die westdeutschen Kapitalisten dazu über, Teile der Produktion in Westdeutschland stillzulegen und die Arbeiter auf die Straße zu setzen, aber nicht um die Produktion einzustellen oder zu vermindern, sondern um Werke im Ausland aufzubauen, wo die Löhne niedriger sind und die Ausbeutung noch höher ist. Mit den Profiten, die sie aus der Arbeit der Lohnabhängigen hier gepreßt haben, die sie jetzt auf die Straße setzen, bauen sie im Ausland neue Werke, um dort die Arbeiterklasse noch mehr auszubeuten. 75 % der von dem Wirtschaftsinstitut IFO befragten Firmen wollen in den nächsten 5 Jahren in ihre ausländischen Produktionsstätten mehr investieren als in Westdeutschland. Daß in Brasilien, Südafrika und Indonesien die Löhne noch niedriger sind als in Westdeutschland, ist aber nicht der einzige Grund für diesen Kapitalexport. Vielmehr geht sogar der größte Teil des Kapitalexportes in die industriell hoch entwickelten kapitalistischen Länder Europas und Amerikas. Das westdeutsche Kapital ist dabei, seine imperialistische Weltmachtposition überall auf der Welt entscheidend auszubauen und tritt dabei in erbitterte Konkurrenz zu den anderen kapitalistischen Monopolen.

Die Verschärfung der internationalen imperialistischen Konkurrenz führt zu einer Zuspitzung der weltweiten Krise des Kapitalismus und Imperialismus, wovon die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern betroffen wird.



Fast 80 % der vom Institut Ifo befragten westdeutschen Firmen wollen zwischen 1974 und 1978 Umsatz und Investitionen in ihren ausländischen Betrieben mehr ausweiten als in den inländischen Produktionsstätten. (Quelle: Handelsblatt vom 19. März).

"Allein in den ersten sechs Monaten 1973 schaufelten deutsche Unternehmen Investitionen in Höhe von 3,2 Milliarden Mark nach draußen; 400 Millionen mehr als im letzten Jahr. 1966 betrugen die deutschen Direkt-Investitionen im Ausland 10 Milliarden Mark. Im vergangenen Herbst waren daraus 31 Milliarden geworden."

Die beliebtesten Länder der westdeutschen Kapitalisten für Auslandsniederlassungen sind vom Imperialismus beherrschte Länder, von willfährigen Regimes regiert, die das Volk unterdrücken und "ideale" Ausbeutungsbedingungen garantieren: **Argentinien, Brasilien, Griechenland, Iran, Irland, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Portugal, Senegal, Singapur, Spanien, Thailand, Türkei, Tunesien.**

"Brasilien, Spanien und Irland, Singapur und Taiwan gehören zu den deutschen Vorzugsländern. In Spanien stellt Deutschland schon ca. ein Viertel aller ausländischen Kapital-Zuflüsse. Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums hatten sich bis 1971 rund 15 000 deutsche Unternehmer Gewinn-Verstecke in Form von Scheinfirmen und Briefkasten-Unternehmen in Steueroasen wie Liechtenstein oder den Bahamas geschaffen. Mehr als 5 000 Republikaner – darunter 300 Millionäre – reichten ihren endgültigen Abschied beim deutschen Finanzamt ein und verzogen über die Grenze. Wer nicht selbst ins Ausland wechselte, der versuchte wenigstens, einen Teil seines Vermögens dorthin zu transferieren. Täglich fliegen Koffer voll Moneten aus der Republik. Beliebteste Anlagen: Gold in der Schweiz (im Schließfach, nicht im Depot) und Immobilien in Übersee (vor allem USA und Kanada)." (Zitate und Länderangaben aus: Wirtschaftswoche vom 5. April 1974).

Neben dem Kapitalexport ist der Warenexport das zweite Bein der Offensive des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt. Das einzige, was derzeit noch die Inlandproduktion belebt, ist der Export, ein Geschäft nur für die Kapitalisten. Doch auch dies Geschäft steht nicht auf sicheren Füßen, weil der Wirtschaftsabschwung der anderen Länder den Export schwächen wird. VW z. B. muß schon jetzt einen absoluten Exportrückgang in die europäischen Länder und nach USA hinnehmen. Der Exportüberschuß hat in den letzten Jahren von einer Rekordmarke nach der anderen zugenommen. In den Monaten Januar/Februar hat der Exportüberschuß um 29 % in diesem Jahr über dem der Vergleichsmonate im Jahr 1973 gelegen. Der Importwert ist nur um 5 % im gleichen Zeitraum gestiegen, gleichzeitig sind jedoch die Importpreise um 35 % gestiegen. Das heißt, der Import an Gütern ist absolut zurückgegangen.

STEIGENDER WAREN– UND KAPITALEXPORT VERSCHÄRFEN DIE KRISE FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN

Der gewaltige Exportüberschuß ist ein Beweis für die steigende Ausbeutung der Lohnarbeit, die den westdeutschen Kapitalisten solche Konkurrenzvorteile ermöglicht. Der Exportüberschuß bedeutet zudem für die Kapitalisten blanken Profit und für die Lohnabhängigen Minderung ihres Realeinkommens. Denn die Minderung der im Inland produzierten Waren durch den Exportüberschuß führt zwangsläufig zu Preissteigerungen. Das durch die Inlandproduktion erzielte Einkommen steht einem Warenangebot gegenüber, das geringer ist, als das was produziert wurde; das Einkommen ist aber nur soviel wert wie das, was man dafür kaufen kann. Der Exportüberschuß ist eine Ursache der Inflation, der Kaufkraftminderung der Löhne. Und die sinkenden Reallöhne sind zugleich die wichtigste Grundlage für die Konkurrenzvorteile der westdeutschen Kapitalisten und für die Ausweitung ihres Exportes.

Kapitalexport und Warenexport sind die beiden Mittel der westdeutschen Kapitalisten für ihre Offensive auf dem Weltmarkt. Beide verschärfen die Krisensituation für die Lohnabhängigen. Der wachsende Exportüberschuß treibt die Preise hoch und senkt die Reallöhne. Der wachsende Kapitalexport, den die Kapitalisten zum Teil noch aus ihren Exportprofiten, die sie der Arbeiterklasse hier abgepreßt haben, tätigen, führt zur Stillegung ganzer Fabriken und zu steigender Arbeitslosigkeit. Steigende Arbeitslosigkeit wiederum ist das schärfste Mittel der Kapitalisten, um den Lohnabbau durchzusetzen.

LOHNABBAU BEI STEIGENDER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

Der Abbau des Reallohns ist nur die eine Seite der Ausbeutung und der sich verschärfenden Krise für die Arbeiterklasse. Die andere Seite der Ausbeutung ist die Verschärfung des Arbeitstempos und der Intensität der Arbeit. Für die Kapitalisten drückt sich das in einer steigenden Produktivität der Arbeit aus. Nach Berichten des 'Industrieinstituts' hat das Jahr 1973 mit einem Produktionswachstum von 7 % abgeschlossen (Handelsblatt vom 11.3.74). Bedenkt man, daß zugleich die Beschäftigung in der Industrie zurückgegangen ist, so bedeutet das, daß pro Arbeitsstunde über 7 % mehr im Durchschnitt geschafft werden mußte. Wenn 7 % mehr Güter produziert wurden, zugleich aber der Reallohn nicht mehr gestiegen ist, die Lohnabhängigen also weniger Güter kaufen konnten, so bedeutet das, daß die Kapitalisten und ihr Staat das gesamte Wirtschaftswachstum zusätzlich zu den bestehenden Profiten eingesackt haben. Diese beträchtliche Profitsteigerung findet man natürlich in keiner Statistik ausgerechnet. Der Profit der Kapitalisten ist zudem noch höher einzuschätzen, weil ja zugleich viele Kapitalisten pleite gemacht haben, der Profit sich also auf weniger Kapitalisten verteilt. Daß in der Krise die Großkapitalisten ihre Profite sogar noch mehren können, ist gar nicht selten. 1966/67 war es genauso.

DER LOHNABBAU 1973

Die meisten Lohnabhängigen wissen es aus bitterer Erfahrung, daß die Löhne real weniger waren. Im folgenden wird es auch an den offiziellen statistischen Daten gezeigt.

1973 stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme um 13 %. Darin enthalten sind aber auch die gestiegenen Managergehälter und die Gehälter der höheren Angestellten und Beamten. Darin enthalten sind auch die Unternehmeraufwendungen für Pensionskassen und ähnliche "freiwillige Sozialleistungen", sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung. Die freiwilligen Sozialleistungen sind zum größeren Teil versteckte Gewinne, die meisten Pensionskassen bleiben in der Verfügungsgewalt der Kapitalisten, wie man vor allem bei Konkursen sehen kann, wo diese Kassen meist leer sind. Außerdem muß bei dieser Bruttolohn- und Gehaltssumme beachtet werden, daß sie eine gestiegene Zahl von Lohnabhängigen beinhaltet (nicht in der Industrie, wo die Beschäftigtenzahl zurückgegangen ist). Pro Lohnabhängigen ist die Bruttolohn- und Gehaltssumme um 12,5 % gestiegen.

Zieht man nun die Steuer- und Sozialabgaben ab, so bleibt die Summe der Nettolöhne und -gehälter. Pro Beschäftigten sind die Nettolöhne und -gehälter um 8,4 % im Durchschnitt 1973 gestiegen. In dieser Zahl sind wiederum Manager, höhere Angestellte und Beamte mit erfaßt.

Um die Entwicklung der Reallöhne einzuschätzen, müssen wir nun noch die Preissteigerungen abziehen. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten haben sich nach offiziellen Angaben des statistischen Bundesamtes 1973 um 6,9 % verteuert. Um diese Zahl zu erreichen, hat aber das statistische Bundesamt einen Trick angewandt. Es hat nach dem August die Berechnungsgrundlagen geändert, so daß die Preissteigerung, die im August 7,2 % betrug, im September nur noch mit 6,2 % angegeben wurde. Auch auf dieser veränderten Basis aber errechnete sich bis Dezember schon wieder eine Preissteigerung von 7,8 %. Real, gemessen an der Kaufkraft sind also sämtliche Löhne und Gehälter um weniger als 1 % im Durchschnitt gestiegen. Das sagt auch der DGB in einer jüngst veröffentlichten Berechnung. Diese Durchschnittsrechnung, in die, wie schon gesagt, auch die Spitzengehälter miteingehen, täuscht aber über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der großen Mehrheit der Lohnabhängigen hinweg.

Bei der Beurteilung dieser Zahlen über das Absinken der Reallöhne muß auch gesehen werden, wie hoch das Durchschnittslohnniveau absolut ist. Der Durchschnittsnettolohn je Arbeiter betrug 1973 984,– DM. Gemessen an dem Durchschnittseinkommen von Angestellten und Beamten beträgt das Durchschnittseinkommen der Arbeiter ungefähr 68 %. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß die Masse der unteren und kleinen Angestellten und Beamten ebenfalls nicht mehr verdient wie ein Arbeiter. Die Masse der Lohnabhängigen hat 1973 ein Einkommen bezogen, das real, an der Kaufkraft gemessen, abgenommen hat. Denn es sind gerade die mittleren und unteren Einkommen, die verstärkt in die Lohnsteuerprogression geraten und vom Staat geschröpft wurden. Zusätzlich ist bei vielen Familien aufgrund der nicht der Inflation angepaßten Meßbeträge das Wohngeld, die Ausbildungsbeihilfen und das Zweitkindergeld weggefallen und gekürzt worden. Das wird durch die offizielle Statistik gar nicht erfaßt (sämtliche Zahlen aus 'Nachrichten' 3/74 nach den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes).

Die Berechnungen einer Planungsgruppe des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums kommt zu dem Ergebnis, daß eine Arbeitnehmerfamilie mit 2 Kindern von den nominalen Lohnerhöhungen 2,5 % für zusätzliche Steuern, 2,5 % für zusätzliche Sozialabgaben, 7 % für Inflationsverlust und 2 % zum Ausgleich der Kürzungen bei Wohngeld und Kindergeld abgezogen bekam, so daß sie real 0,4 % weniger hatten (Handelsblatt vom 12.3.74). Noch krasser fällt die Rechnung bei Arbeiterfamilien mit mehr Kindern aus.

DER VERBRAUCH DER LOHNABHÄNGIGEN GING ABSOLUT ZURÜCK

Der deutlichste Beweis für den Rückgang der Reallöhne ist die Tatsache, daß schon im 2. Halbjahr 1973 der Inlandsverbrauch absolut zurückgegangen ist, daß die Arbeiterhaushalte seit 1972 real weniger Lebensmittel oder Lebensmittel geringerer Qualität kaufen können, wofür sie jedoch meistens mehr Geld ausgeben müssen. Z. B. der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch ist absolut von 79,6 Kilo pro Kopf auf 78,3 kg zurückgegangen, und sicher haben nicht die Großverdiener ihren Fleischverbrauch einschränken müssen (FAZ vom 2.4.74).

Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt (in jeweiligen Preisen) in Prozent:

Jahr	%
1950	14,5
1955	13,3
1960	13,6
1965	15,2
1970	15,9
1971	17,2
1972	17,7
1973	18,3

Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 in Prozent (real, gütermäßig):

Jahr	%
1950	17,2
1955	13,3
1960	13,8
1965	14,2
1970	13,0
1971	13,6
1972	13,8
1973	13,6

(Quelle: Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates, Bundestagsdrucksache 7/1273, S. 218; Wirtschaft und Statistik, 1/1974, S. 18)

STEUERN: AUSPLÜNDERUNG DURCH DEN KAPITALISTISCHEN STAAT

Wesentlichen Anteil am Abbau des Reallohns hat die gestiegene Ausplünderung durch den Staat. Insgesamt ist der Staatsanteil am erarbeiteten Reichtum gewaltig angewachsen. Der Staatsverbrauch (ohne Personalausgaben) hat sich von 1950 bis 1970 von 14,5 % auf 18,3 % des Sozialprodukts erhöht. Doch unter Berücksichtigung der Preissteigerungen für die Güter und Leistungen des Staatsverbrauchs, vor allem sind das Rüstungsgüter und

Bauten, so hat sich real, gütermäßig gesehen, der Anteil des Staatsverbrauchs von 17,2 % auf 13,6 % vermindert. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Preise für die Güter, die die Kapitalisten an den Staat verkaufen, mehr als alle anderen Preise gestiegen sind. Die Kapitalisten sind also die großen Profiteure der steigenden Staatsausgaben und werden in besonderer Weise begünstigt durch die Aufträge, die ihnen ihre Staatsdiener zukommen lassen. Wer hätte es anders erwartet. Die andere Seite der gleichen Medaille ist, daß die Einnahmen, die der Staat an die Kapitalisten verschleudert, in zunehmendem Ausmaß direkt den Lohnabhängigen abgeschröpft wurden. Während vor 10 Jahren die Unternehmersteuern noch um 7,3 Mrd. DM höher waren als die Lohnsteuern, ist das Lohnsteueraufkommen heute um 24 Mrd. DM höher als die Kapitalistensteuern. Einkommenssteuer und Lohnsteuer waren 1963 ungefähr gleich. Heute ist die Lohnsteuer über doppelt so hoch wie die Einkommenssteuer. Zugleich sind die indirekten Steuern gewaltig erhöht worden. Die indirekten Steuern – Mehrwertsteuer, Benzinsteuer, Tabaksteuer usw. – müssen ca. 90 % von den Lohnabhängigen und ihren Familien (= 85 % der Bevölkerung) und den kleinen Produzenten und Gewerbetreibenden, die keine Lohnarbeit ausbeuten, (ca. 10 % der Bevölkerung) bezahlt werden. Indirekte Steuern lasten nur auf den Gütern des privaten Verbrauchs, nicht auf Investitionsgütern der Kapitalisten, abgesehen davon, daß die Kapitalisten einen großen Teil ihres privaten Verbrauchs über die Rechnung ihrer Firmen laufen lassen, **Autos, Häuser, Benzin,** so daß sie dabei auch keine Mehrwertsteuer usw. bezahlen müssen. Denn die Mehrwertsteuer auf Firmenmittel kann abgezogen werden von den Mehrwertsteuern, die der Kapitalist beim Verkauf seiner Waren einnimmt und an den Staat abführen muß.

Was von den letzten Tarifabschlüssen übrig bleibt, wird weniger sein, als durch Preissteigerungen und Abzüge verlorengeht. Nach den Abzügen bleiben von jeder Mark brutto mehr nur 53 Pfennig im Durchschnitt übrig. Bei der bestehenden Preissteigerungsrate von 7,6 % und Tarifabschlüssen um 11 % bleibt beim Nettolohn gemessen an der Kaufkraft schon jetzt ein Weniger von mehr als 1% im Durchschnitt. Gerechnet werden muß aber mit Preissteigerungen von über 10 %, wie die Bundesregierung selbst gesagt hat (Frankfurter Allgemeine vom 22.3.74). Ab und zu sagt sie dann auch wieder, sie wolle die Preissteigerungsrate unter 10 % halten. Aber schon jetzt sind die industriellen Erzeugerpreise, die bis 1973 immer weniger als die Lebenshaltungskosten gestiegen sind, schneller gestiegen und zwar gleich um 11,4 % (Süddeutsche Zeitung vom 2.4.74). Diese Steigerung der Industriepreise wird notwendig preistreibend auf die Verbraucherpreise wirken.

Zweitens wird die Lage der Lohnabhängigen durch weiter steigende Arbeitslosigkeit verschlechtert. Ende März ist die absolute Zahl der Arbeitslosen leicht von über 620 000 auf 561 800 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aber wesentlich geringer ausgefallen als der in dieser Jahreszeit übliche Rückgang. Die Bundesanstalt für Arbeit sagt, daß die Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit weiter gestiegen ist, wenn man die jahreszeitliche Schwankung berücksichtigt. Die Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie im Frühjahr letzten Jahres. Der krisenhaft verschärfte Konkurrenzkampf und der wachsende Kapitalexport wird zu weiteren Pleiten und Stillegungen führen. Nach einer Berechnung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit vom Dezember 1973 (Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und -berufsforschung) wird die Arbeitslosigkeit bei einem Rückgang des Wirtschaftswachtums um 2 % 610 000 betragen. Weitere 330 000 sind ohne Arbeit, aber nicht arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosigkeit betrug aber schon über 620 000 zusätzlich über 300 000 Kurzarbeitern, als die Industrieproduktion noch um 1,8 % im Januar gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat. Es ist also nicht auszuschließen, daß die Industrieproduktion und damit das Wirtschaftswachstum zunimmt zugunsten der großen Kapitale bei gleichzeitigen zunehmenden Pleiten und Stillegungen, und das bedeutet bei steigender Arbeitslosigkeit. Bei sinkendem Wirtschaftswachstum wird jedoch die Arbeitslosigkeit mehr zunehmen als die angeführte Modellrechnung annimmt. In jedem Fall bewirkt die ungeheuer verschärfte Konkurrenz, daß die Zeiten relativ sicherer Beschäftigung vorbei sind.

Steuereinnahmen 1973–1974 in Mrd.DM

	Vorausschätzung 1974	Zunahme geg. Istzahlen von 1973 in %
Lohnsteuer	74,0	+ 20,7
Umsatzsteuern	56,4	+ 13,9
Mineralsteuer	18,0	+ 8,4
Tabaksteuer	9,3	+ 4,5
Branntweinmonopol	3,3	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	28,4	+ 7,2
Körperschaftsteuer	11,0	+ 0,1

(Quelle: BMF Finanzbericht 1974, S. 62; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, S. 56f.)

Direkte Steuern in Mio.DM

	Lohnsteuer I	Veranlagte Einkommensteuer II	Körperschaftsteuer III	I-(II+III)
1963	13 844	13 451	7 688	– 7 295
1966	19 055	16 075	7 687	– 4 707
1969	27 057	16 989	10 895	– 827
1972	49 770	23 140	8 495	+ 18 135
1973	61 255	26 451	10 888	+ 23 916

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 56)

Indirekte Steuern in Mio.DM

	Umsatzsteuern	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinsteuer
1963	20 733	4 139	4 311	1 335
1966	25 877	8 016	4 982	1 779
1969	33 718	10 601	6 233	2 142
1972	46 982	14 227	7 826	2 870
1973	49 487	16 589	8 872	3 173

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1974, S. 56)

Steuerspirale 1973 — Steuereinnahmen in der BRD in Mill. DM

Lohnsteuer 61 255
Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer 49 487
Einkommensteuer 26 452
Gewerbesteuer 17 777
Mineralölsteuer 16 589
Körperschaftsteuer 10 887
Tabaksteuer 8 872
Kfz-Steuer 4 989
Vermögensteuer 3 234
Grundsteuer 3 209
Branntweinmonopol 3 175
Zölle 3 172
Lohnsummenst. 2 535
Kapitalertragst. 2 024
Ergänzungsabgabe 1 853
Stabilitätszuschlag 1 597
Grunderwerbst. 1 484
Lastenausgleichsfonds (LAF) 1 297
Biersteuer 1 269
Kaffeesteuer 1 231
Versicherungst. 1 054
Lotteriesteuer 562
Erbschaftsteuer 468
Investitionssteuer 339
Schaumweinst. 330
Gesellschaftst. 298
Wechselsteuer 219
Feuerschutzst. 188
Zuckersteuer 135
Leuchtmittelst. 115
Börsenumsatzst. 107
Gemeindegetränkest. 95
Vergnügungst. 85
78 Hundesteuer
55 Totalisatorst.
43 Teesteuer
42 Salzsteuer
37 Sportwettst.
28 Schankerlaubnisst.
17 Rennwettst.
16 Zündwarenmonopol
15 Jagd- u. Fischereist.
9 Zündwarenst.
6 Spielkartenst.
5 Kinosteuer
4 Essigsäurest.
3 Straßengüterverkehrst.
Sonstige 10

Fast die gesamte Steigerung des Steueraufkommens kommt aus der Lohnsteuer. Die indirekten Steuern, die die Lohnabhängigen überwiegend beim Kauf von Verbrauchsgütern und Lebensmitteln zahlen, machen rund die Hälfte des Steueraufkommens aus, das insgesamt 226 739 Millionen DM betrug.

LOHNKAMPF, KAMPF GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT KAMPF GEGEN DIE STAATLICHE STEUERAUSPLÜDERUNG

Der Kampf gegen die Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen wird auf mehreren Ebenen geführt. Mit Notwendigkeit wird der Kampf gegen Lohnabbau auch gegen und ohne die Gewerkschaftsführung aufflammen. Zugleich werden die Arbeiter notwendig gezwungen sein, die Kämpfe gegen Stillegungen, Entlassungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu führen.

In diesen Kämpfen kommt es darauf an, eine einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse aufzubauen, um vom Staat Arbeiterschutzgesetze zu erzwingen, vor allem, um die Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich an fünf Wochentagen zu beschränken und um mehr Schutz bei Arbeitslosigkeit durchzusetzen mit der Forderung nach Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Nettolohns für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit.

Wir sind nicht der Meinung, daß mit der Durchsetzung dieser Forderungen das kapitalistische Ausbeutersystem je erträglich werden könnte für die Arbeiterklasse. Aber dieser Kampf um diese Forderungen muß geführt werden, um die Arbeiterklasse zu stärken und um ihre Einheit herzustellen gegenüber der Kapitalistenklasse und dem Staat der Kapitalisten. Die Arbeiterklasse muß diesen Staat stürzen, um die Ausbeutung beseitigen zu können. Um dies zu erreichen, muß sie auch die breiten Volksmassen um sich sammeln und gegen den kapitalistischen Staat führen. Um diese Einheit aufzubauen, ist die Steuerfrage gegenwärtig eine entscheidende Frage. Die wachsende Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat brennt den Arbeitern genauso wie den kleinen Beamten, Angestellten, Bauern und Kleingewerbetreibenden auf den Nägeln. Weg mit allen indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Diese Forderung kann die Ausbeutung nicht beseitigen. Aber sie schafft klare Verhältnisse über den Staat. Sollen diejenigen die Staatsausgaben tragen, deren Staat er ist, der Staat der Kapitalisten und des ganzen hochbezahlten Gesindels, das die Kapitalistenklasse um sich schart. Weg mit allen indirekten Steuern, die nur diejenigen treffen, die ihr ganzes Einkommen ausschließlich dazu verwenden, um ihren notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Mindestens 1 500 DM monatlich steuerfrei! Gerade mit diesen eindeutigen, klaren Steuerforderungen kann die Arbeiterklasse auch der Demagogie der bürgerlichen Parteien entgegentreten, der SPD und FDP, die mit der geplanten Steuerreform mehr Steuergerechtigkeit verspricht und der CDU/CSU, die versucht, die Unzufriedenheit mit den wachsenden Steuerlasten auf ihre Mühlen zu lenken, und doch nur fordert, daß der ganze Schwindel mit der Steuerreform vorgezogen wird.

Die Arbeiterklasse muß sich in allen Fragen an die Spitze der unzufriedenen Volksmassen mit klaren Kampfzielen stellen, um die breiten Volksmassen für den Sturz der Kapitalistenherrschaft und für die soziale Revolution zu gewinnen.

–bb–

Erneute Angriffe auf KVZ-Verkauf

DIE POLIZEI VERSUCHT VERGEBLICH, DIE MEINUNGSFREIHEIT EINZUSCHRÄNKEN

Mönchengladbach. Wie in anderen Städten versuchen Polizei und Behörden in Mönchengladbach jetzt die Meinungsfreiheit auf den Straßen einzuschränken. Immer wieder tauchen jetzt Beamte der politischen Polizei oder uniformierte Polizisten bei den Verkäufern der KVZ (in Mönchengladbach werden inzwischen fast 300 Zeitungen verkauft) auf, und versuchen sie einzuschüchtern. Mal fragen sie nach dem Gewerbeschein, mal nach der Genehmigung für den Verkauf durch das angeblich zuständige Straßentiefbauamt.

Natürlich haben die Genossen weder das eine noch das andere. Und die Menschen, die die Polizeiüberfälle mitbekommen, sind sich fast immer einig: Die bürokratischen Auflagen für den Verkauf sind nicht etwa ein Mittel, Übersicht und Ordnung auf der Straße zu erhalten, sondern gezielte Versuche, die KVZ vom Volk fernzuhalten. Oder hat vielleicht schon mal jemand einen Polizeieinsatz gegen die Wachturm-Verkäufer am Bahnhof miterlebt?

Auch an der Fachhochschule in Mönchengladbach wird daran gegangen, die Verbreitung kommunistischer Ansichten unter den Studenten massiv zu behindern. Alle Anschläge, Plakate, Büchertische, Veranstaltungen usw. sollen ab sofort mehrere Tage vorher beantragt werden. Man stelle sich vor, wie da etwa die Studenten noch das Mittel der Wandzeitung zur aktuellen Information nutzen sollen. Die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) tat denn auch das einzig Richtige in solchen Fällen. Gemäß der Einsicht: "Wir kämpfen für unsere Rechte, indem wir sie uns nehmen!" veranstaltete sie zur gewohnten Zeit und am gewohnten Ort ihren Büchertisch.

Weg mit allen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, welche die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse- und Versammlungsfreiheit einschränken oder unterdrücken!

Weg mit der reaktionären Landesstraßenordnung!

Weg mit dem reaktionären Hausrecht in öffentlichen Gebäuden!

H., KBW-Sympathisanten
Mönchengladbach

Hildesheim. Nach einer Reihe von Polizeiübergriffen in Hildesheim auf Verkäufer der "Kommunistischen Volkszeitung", die bis hin zu gewaltsamen Festnahmen der Verkäufer gingen, hatte die Polizei sich am letzten Samstag (6.4.) eine ganz besondere Sache ausgedacht.

Wir hatten wie jeden Samstag, wenn die KVZ erscheint, einen Info-Stand in der Fußgängerpassage aufgebaut, als plötzlich ein Polizeikommando mit zwei Wagen auf der Passage auf uns zukam. Etwa 7 Polizisten sprangen aus ihren Wagen, die Zivilen standen schon bereit. Dann holte man einen Polizeihund aus einem Wagen hervor, den man zum Angriff bereit machte.

Sofort begann ich laut zu reden, um die Bevölkerung aufmerksam zu machen. Als ich dabei immer wieder auf den Polizeihund zeigte, machte sich die Polizei schnell daran, den Hund verschwinden zu lassen. Es hatten sich etwa 50 bis 70 Menschen angesammelt, denen ich die Ereignisse der letzten Woche, wo die Polizei wiederholt gegen Rede-, Presse- und Informationsfreiheit vorgegangen war, darlegte. Die Umstehenden waren über die Vorgänge so aufgebracht, daß immer wieder die Polizei beschimpft wurde und spontan Zeitungen gekauft wurden. Ein hoher Polizeioffizier, der diesmal dabei war – die anderen haben schon alle versagt –, versuchte die Angelegenheit herunterzuspielen. Als ich ihn fragte, was das alles zu bedeuten hat, sagte er, es sei eine Routine-Kontrolle.

Nach kurzer Zeit mußte die Polizeihorde wieder abziehen, da sie immer mehr beschimpft wurde und sich lächerlich machte.

Bei diesem Vorgang habe ich begriffen, daß nur die Massen helfen können, wenn es darum geht, mit den Polizisten fertig zu werden und nicht eine Handvoll "Karatekämpfer".

A.B., Hildesheim

KASSELER BAHNPOLIZEI MIT GEWALT GEGEN KVZ-VERKAUF

Kassel. Am Mittwoch, den 10.April wurden am Kasseler Hauptbahnhof zwei KVZ-Verkäufer von Bahnpolizisten aufgefordert, sofort das Gelände zu verlassen. Als sie sich mit lautem Protest an die umstehenden Menschen wandten, wurde einer von ihnen von den Polizisten gepackt und zur Wache geschleppt. Währenddessen rief er, so laut er konnte: "Seht, was mit einem passiert, der seine Meinung zu vertreten wagt!" Aus den weit über 200 Menschen, die den Vorfall beobachteten, bildeten sich Diskussionsgruppen. Viele KVZ's wurden weiter verkauft.

Der Protest der Bevölkerung zeigte sich daran, daß die zurückgebliebene KVZ-Verkäuferin noch rechtzeitig von einer Frau vor den wieder anrückenden Polizisten gewarnt wurde. Der festgenommene KVZ-Verkäufer wurde nach Aufnahme seiner Personalien wieder entlassen.

Nach einem Bericht
von Holger Arend, Kassel

Hausverbot für KVZ-Verkäuferin

Frankfurt. Keine noch so gehässige Maßnahme war dem Prodekan Müller, Univerwaltung Frankfurt, zu schade, um den Verkauf der KVZ auf dem Klinikgelände zu verhindern. Er ließ gegen Ulrike Gallmeier, die mit dem Verkauf der KVZ vor der Uniklinik offen für ihre politische Auffassung eintrat, eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs stellen, setzte Polizei gegen sie ein, und verhängte am 13. März gegen sie ein Hausverbot. Er wollte verhindern, daß sie auf der Personalversammlung, die am gleichen Tag stattfand, ihren Fall vorträgt. Eine Woche später wurde ihr gekündigt. Begründung: "Das Hausverbot dient der Sicherheit des Betriebsfriedens, der in einer Universitätsklinik im Interesse der Patienten wichtiger ist als in jeder anderen Verwaltung." (aus einem Brief des Prodekans Müller vom 26. März an die Kollegin Gallmeier), Daß dieser Vorwand, der nur die wahre Absicht der politischen Disziplinierung, nicht verfing, bewies der breite Protest und Widerstand der Kollegen, der den Maßnahmen der Klinikverwaltung folgte. 231 Kollegen der Uniklinik forderten in einer Resolution die sofortige Wiedereinstellung von U. Gallmeier. Der Vertrauensleutekörper der Uniklinik erklärte mehrheitlich, daß "das Recht auf politische Meinungsäußerung, Diskussion und Betätigung nicht an den Pforten des Universitätsklinikums enden darf." Die Disziplinierungsversuche und die heuchlerische Erpressung mit dem Wohl der Patienten haben viel erreicht. Der Kampf um die Rechte der Kollegen und gegen die Gesundheitsversorgung in der BRD hat in Frankfurt viel an Stärke gewonnen. Es wurde ein Komitee gegründet, das in Versammlungen und Diskussionen gegenwärtig den Kampf gegen die Entlassung von U. Gallmeier organisiert.

Westberlin. In der Woche vor Ostern wurde ein Anschlag auf einen Buchladen der Jungsozialisten in Westberlin verübt. Die Täter fuhren mit dem Auto vor den Laden und schossen mit Pistolen in die Buchhandlung durch Türen und Fenster. Die acht Menschen in dem Laden warfen sich platt auf den Boden. Nur durch die Geistesgegenwart der acht Personen konnte verhindert werden, daß jemand getroffen wurde.

Göttingen. In der Nacht vom 30.3. legten faschistische Terroristen im Lager des Polibula, Göttingen, Weenderstra.77, Feuer, das Bücher im Werte von ca. 20 000 DM vernichtete. Der Anschlag war offenbar sorgsam geplant und vorbereitet. Mit einem Nachschlüssel hatten sich die oder der Täter Zugang verschafft. Nach einer gewaltigen Explosion, die die Trennwände zu den anliegenden Räumen platzen ließ und die Anwohner aus dem Schlaf riß, türmten die Täter. In der Hast mußten sie die Tatwerkzeuge zurücklassen, u. a. auch einen Totschläger.

Dieses war nicht der erste Anschlag von Faschisten auf den Polibula und die anderen politischen Buchläden in Göttingen. In den letzten acht Monaten wurden mehrmals die Schaufenster eingeschlagen. Außerdem wurden in der Zeit vom 25.3. bis 3.4. in Göttingen auf dem jüdischen Privatfriedhof 108 Grabstätten in großem Ausmaß verwüstet. Wir müssen annehmen, daß diese Verwüstungen auf dieselben Täter zurückzuführen sind.

Breite Proteste gegen Munitionsdepot

DIE BUNDESWEHR WILL IN EINEM NAHERHOLUNGSGEBIET MUNITION LAGERN

Braunschweig. Im Landschaftsschutzgebiet Zweidorfer Holz, einem beliebten Naherholungsgebiet, soll ein Munitionsdepot der Bundeswehr errichtet werden. Das Zweidorfer Holz ist Genossenschaftseigentum der Bauern, denen ebenso die umliegenden Felder gehören. Nur ein kleiner Teil des Waldes ist Staatsforst. Davon ist ein ca. 15 ha großer Waldzipfel der Bundeswehr zur Errichtung eines Munitionsdepots verkauft worden. Der Landkreis Braunschweig stimmte schon 1968 der Errichtung des Munitionsdepots zu (laut Braunschweiger Zeitung vom 11.4.74.).

Die davon betroffene Bevölkerung, vor allen Dingen die der Dörfer Wendeburg und Sophiental, wurde nicht weiter informiert, sie konnte nur ahnen, was auf sie zukommt.
Vor einigen Monaten sollte dann Ernst gemacht werden. Der Waldzipfel mit seinem 100-jährigen Fichten- und Eichenbestand, in dem obendrein noch so seltene Vogelarten wie der Kolkrabe, der Schwarzspecht und der Rote und Schwarze Milan beheimatet waren, wurde völlig abgeholzt und Bulldozer räumten die Baumstubben weg.
An diese Stelle sollen nun über 30 Munitionsbunker gebaut werden. Ca. 8 bis 10 Lastzüge mit Munition sollen täglich mitten durch das Dorf Wendeburg über die Feldwege der Bauern in den Wald fahren, so die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums. Dies bedeutet, daß nicht nur die Hauptstraße auf über 10 Meter verbreitert werden soll, ebenso die Feldwege, sondern daß ebenso ein Sperrgürtel von 450 Meter um das Depot gelegt werden soll, "aus Sicherheitsgründen", wie es offiziell heißt. Doch das ist blanker Hohn, denn man kann sich leicht überlegen, was passiert, wenn so ein Munitionslastzug im Dorf verunglückt oder wenn es im Depot selbst zu einer Explosion kommt. Die Entfernung zwischen dem geplanten Depot und den Dörfern Wendeburg und Sophiental beträgt nur 700 bis 800 Meter, dazwischen freies Feld! Viele können sich bestimmt noch an die Explosion auf dem Güterbahnhof von Hannover erinnern, wo nur ein einziger Munitionswaggon in die Luft geflogen war und wo ein Trümmerfeld und Tote zurückblieben.
Weil die Bevölkerung das weiß wehrt sie sich dagegen: die Anlieger der Durchgangsstraße und des Feldweges, der den Landwirten gehört, wollen ihr Land nicht für eine Verbreiterung der Straße zur Verfügung stellen. Deshalb soll dieses Land jetzt enteignet werden. Die Bevölkerung wehrt sich gegen die akute Gefährdung für die 3 500 Einwohner Wendeburgs, gegen die Gefährdung des Schulweges der 1 500 Kinder, die zur Mittelpunktschule durch Wendeburg gehen. Die Landwirte wehren sich gegen die Beschneidung ihres Wegerechts, gegen die Behinderung ihrer Feldarbeiten, da der Weg zum geplanten Munitionsdepot ständig für Ernte- und Weidefahrten benutzt wird.

Doch die Gemeinde soll nicht nur das Land für die Verbreiterung der Straßen zur Verfügung stellen, nein, sie soll auch alle Folgelasten tragen wie Straßenschäden usw.!
Deshalb rief die Feldmarkinteressengemeinschaft Zweidorfer Landwirte zu einer Protestkundgebung am 10. April auf, weil hier zu diesem Zeitpunkt die Enteignungskommission aus Vertretern der Gemeinde und des Regierungsbezirks tagen sollte.
So versammelten sich am Mittwoch, den 10.4., über 100 Wendeburger Bürger, Schulkinder, Hausfrauen und Landwirte mit ihren Traktoren und selbstgemalten Plakaten vor der Gemeindeverwaltung und protestierten gegen die geplante Errichtung des Munitionsdepots. Auf den Plakaten war zu lesen: "Bomben und Granaten nicht auf den Schulweg" oder "Bonn hat einen Trick entdeckt, Munition wird im Landschaftsschutzgebiet versteckt" und "Empfehlung des Bundesverteidigungsministeriums für den Speiseplan der Wendeburger Bürger: täglich blaue Bohnen!". Mit Hupen- und Sirenengeheul wurde dem Unmut Luft gemacht.
Vorsorglich war uniformierte und zivile Polizei erschienen, um die in der Gemeindeverwaltung tagenden "Volksvertreter" vor dem Volk zu schützen, denn aus der Protestversammlung durfte keine Delegation zu der Enteignungskommission zugelassen werden.
Ebensowenig hielten es diese Herren "Volksvertreter" für nötig, trotz mehrmaliger lauter Aufforderung durch die Versammelten, zu erscheinen und sich den Protest und die Argumente der Bevölkerung gegen dieses Projekt anzuhören, geschweige denn Rechenschaft abzulegen über die Verhandlungen. Auch hier zeigt sich wieder, wie wichtig es ist, daß wir dafür kämpfen, daß die Volksvertreter an die Beschlüsse der Bevölkerung gebunden, der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sind und abgewählt werden können, wenn sie nicht mehr die Interessen des Volkes vertreten.
Es ist schon ein bodenloser Zynismus, wenn die Vertreter der staatlichen Organe sagen, daß die Transporte durch das Dorf geführt werden müssen, weil die Zufahrt über die Bundesautobahn-Raststätte Zweidorfer Holz aus **Verkehrssicherheitsgründen** und die Zufahrt über einen noch auszubauenden Waldabfuhrweg von der Bundeswehr aus **Kostengründen** abgelehnt werden müßten.
Doch der massive Protest der Bevölkerung hat einen ersten Erfolg gezeigt: unter dem Druck der Protestversammlung mußte sich die Enteignungskommission vertagen.

W.K., Braunschweig



Die Bevölkerung von Wendeburg und Sophiental demonstriert gegen die Errichtung des Munitionslagers

NATO-Feiern

25 JAHRE UNTERDRÜCKUNG DER VÖLKER

Emden. Wie bekannt, wurde am 4. April das 25-jährige Bestehen der NATO gefeiert. In vielen Kasernen wurde dieser Tag zum Anlaß genommen, den Soldaten mal wieder etwas von der "guten friedfertigen westlichen Welt" zu erzählen.

Auch in unserer Kaserne ließ es sich der Kompaniechef der 1. nicht entgehen, eine Rede zum Anlaß dieses "Ehrentages" zu halten.
Er begann mit der Entwicklung nach 1945, der Gefahr der "Bolschewisierung" Deutschlands und dem Schutzwall, den die Alliierten in die BRD legten. Um eben die "Weltrevolution" zu verhindern, mußte die NATO gegründet werden. Auch die BRD mußte natürlich ihren Beitrag leisten, als es gelungen war, sie wieder kapitalistisch zu restaurieren. Der Grund war klar, es sollte ein Übergreifen des Sozialismus verhindert werden und ein Bollwerk gegen den Sozialismus aufgebaut werden. Deutschland hatte allein aus seiner geographischen Lage eine wichtige Bedeutung.

Er betonte dann in seiner Rede, daß wir ja kein Feindbild hätten, im Gegensatz zu den "sozialistischen" Staaten (DDR usw.). Bemerkenswert war aber, daß seine Rede durchzogen war von einer einzigen Hetze gegen die "sozialistischen" Staaten.
Besonderen Wert legte er darauf, daß die NATO in der Lage gewesen wäre, Kriege in Europa zu vermeiden.
Er vergaß aber leider zu sagen, daß die führenden Staaten in der NATO aber in vielen Ländern außerhalb Europas Kriege inszeniert haben, und überall versuchen Länder der Dritten Welt und des Nahen Ostens zu unter-
Welt und des Nahen Ostens zu unter-
drücken, auszubeuten, ihre Freiheitsbewegungen zu zerschlagen und sie unter ihre imperialistische Fuchtel zu bringen. Auf diese Punkte ging er natürlich nicht ein, sondern forderte uns auf, doch mal nachzudenken, ob die "kleinen Nachteile" in der BRD nicht weitaus geringer wären als die "katastrophalen" Zustände in den "sozialistischen" Staaten. Als Beispiel führte er die Ausweisung Solschenyzins an. Doch wo ist der Unterschied zwischen der Handlungsweise der sozialimperialistischen Sowjetunion und der kapitalistischen BRD?
Hier, in der BRD, werden Ausländer auf Grund politischer Betätigung ausgewiesen!
Hier ist noch immer die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, verboten.
Hier ist es den Soldaten verboten, sich zu versammeln und sich frei politisch zu betätigen.

Mit seinem ganzen Gerede wollte er nur klarmachen, daß wir die Interessen der imperialistischen Staaten der NATO schützen sollen, und die Bundeswehr einen großen Teil mit ihren Soldaten dazu beitragen soll.
Wir Soldaten dürfen uns aber nicht für die Interessen der herrschenden Klasse einsetzen lassen, sondern müssen uns im Gegenteil gegen diese Bestrebungen wehren!
Darum:

- **Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland!**
- **Westdeutschland raus aus der NATO!**
- **Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch allgemeine Volksbewaffnung!**
- **Wahl der Offiziere durch das Volk!**

—M.A., Emden—
—M.A., Emden—

Gegen Patenschaft

PROTESTAKTIONEN GEGEN MILITARISTEN

Bielefeld. Im Namen der Bielefelder Bevölkerung hat Oberbürgermeister Hinnendahl am 29. März die Patenschaft für das Kriegsschiff "Zerstörer 5" der Bundesmarine übernommen. Das Ziel dieser 4-tägigen Militaristenschau – Platzkonzert, Marineball, Wettschießen mit der Polizei standen auf dem Programm – ist nach seinen Worten: "Die Bundeswehr darf nicht isoliert und kein Staat im Staate sein. Darum sind ständig Kontakte zwischen den Verteidigungsstreitkräften und der zivilen Bevölkerung notwendig." Der Zerstörerkommandant Workacz meinte ergänzend: "Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr muß gewonnen werden."
Diesem Geschwätz versuchten wir entgegenzutreten. Eine Agitation unter der Bevölkerung gegen die Patenschaft und ihre Ziele wurde entfacht. Daß ein Transparent entrollt und durch Sprechchöre der Protest geäußert wurde, war den Militaristen vom Bielefelder Marineverein, der Politischen Polizei (ca. 20) und einer Hundertschaft Polizisten Anlaß genug, gegen uns vorzugehen. Vier wurden verhaftet, nachdem sie vorher brutal von den politischen Polizisten verprügelt worden waren. In der Diskussion mit der Bevölkerung konnte jetzt ansatzweise aufgezeigt werden, welche Funktion Polizei und Bundeswehr haben, weil Empörung über den brutalen Polizeieinsatz aufkam. Passanten erklärten, daß sie für die Verhafteten aussagen wollten.
Am nächsten Tag mußte sogar die bürgerliche Presse am Ort erklären, daß diese Auseinandersetzung von den Mitgliedern des Marine-Vereins ausgelöst wurde. Aber gegen die vier Verhafteten wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, wogegen am nächsten Tag ein Flugblatt und Straßenagitation eingeleitet wurde. Das letzte Mittel war wieder die Polizei, um die Menschenansammlungen, die sich um die Informationsstände gebildet hatten, aufzulösen, indem die Stände abgebaut wurden.
Unsere Aktionen haben gezeigt, daß es richtig war, gegen die Militaristen vorzugehen, denn keineswegs ist die ganze Bielefelder Bevölkerung für die Patenschaft, was die bürgerliche Presse zu erklären versuchte. Der Gegensatz zu Militär und Polizei konnte verschärft werden.

Ortsaufbaugruppe
Bielefeld

Der Einsatz der ABC-Waffen

DIE BRD IST DER KAMPFBODEN DER NATO / BREITER GÜRTEL VON KAMPFGASEN AN DER WESTGRENZE

Vor einiger Zeit hörten wir bei der Bundeswehr einen Vortrag von einem ABC-Fachmann über die Möglichkeiten und Wirkungen der atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffe. Obwohl darüber schon vieles bekannt ist, möchte ich doch über die neusten Forschungen berichten, da nur so deutlich wird, daß im Falle eines Krieges, dem Staat und den Militärs das Leben der Soldaten und der Zivilbevölkerung vollständig egal ist.
Nach kurzen Informationen über die Atombomben in Hiroshima und Nagasaki im II. Weltkrieg, erfuhr man, daß noch heute (29 Jahre später) die Spätfolgen, besonders die Leukämie (Blutkrebs) bei den Überlebenden und ihren später geborenen Kindern unheimlich hoch ist. Aber gegen diese Strahlenschäden haben die Mediziner in den letzten Jahren einige Abwehrmaßnahmen entwickeln können. Deshalb mußten die Militärs neue A-Bomben erfinden. Heute ist die NATO und der Warschauer-Pakt schon mit diesen "Neutronenbomben" ausgerüstet, die in ihrer Wirkung mit der Hiroshima-Bombe überhaupt nicht mehr zu vergleichen ist.
Die Amerikaner lagern Atomsprengköpfe an geheimen Orten auch bei uns in der BRD, z. B. in der Eifel und in der Pfalz. Diese Lager finden sich in den amerikanischen NATO-Quartieren, sind aber direkt Washington unterstellt.
Die bakteriologischen Waffen sind heute die furchtbarsten und tödlichsten Waffen, die es gibt und die ausschließlich ihre Verwendung gegen die Zivilbevölkerung finden sollen. Sie bestehen aus gezüchteten Krankheitserregern und ihren Giften, gegen die die Medizin heute kein Mittel kennt. Von Flugzeugen als Aerosol zerstäubt, können sie die Bevölkerung ganzer Landstriche absolut sicher ausrotten. Falls Mediziner gegen einzelne Mittel Gegengifte entwickelt haben, ist das nur ein Ansporn für die Militärforscher, noch giftigere Bakterien zu züchten. Immer wieder wird betont, daß in der BRD keine B-Waffenforschung betrieben wird. Tatsache ist jedoch, daß heute in jedem zoologischen, pharmakologischen und hygienischen Institut bestimmte Teilforschungen unkontrolliert ablaufen können, wo selbst der Forscher nicht weiß, was später damit angestellt werden kann.
Auch die chemischen Kampfstoffe sind heute zu absolut tödlichen Kampfmitteln geworden. Auch hiervon lagern in der BRD große Vorräte. Die ganze Brutalität zeigt sich aber in den Schutzmaßnahmen: der einfache Soldat ist trotz ABC-Umhang und ABC-Maske kaum geschützt, da geringste Mengen der Gifte auf die Haut tödlich sind. Die hohen Militärs sichern sich durch ABC-Schutzschleusen und besonders geschütze atomsichere Keller. Ebenso die Politiker. Die Zivilbevölkerung ist dagegen vollkommen ungeschützt. Sie könnte sich nicht einmal freiwillig eine ABC-Schutzmaske, die zumindest 100 %-ig die Einatmung derartiger Stoffe verhinden würde, kaufen, da diese – hergestellt bei den Dräger-Werken in Lübeck – nur an die Bundeswehr ausgegeben werden dürfen. Im Ernstfall bekommen nur die Politiker zusätzlich diese Masken.
Ein anderes Beispiel: Im Falle einer Ost-West-Auseinandersetzung ist die BRD laut NATO-Plänen als "Kampfboden" vorgesehen, auf den die erste Menge der Kurz- und Langstreckenraketen gerichtet sind. Da aber nun die westdeutsche Bevölkerung nicht nach Westen fliehen soll, da sonst "unlösbare Versorgungs- und Verkehrsprobleme" für Frankreich z.B. auftauchen würden, gibt es in England und Frankreich Pläne, in einem solchen Fall einen breiten Gürtel chemischer Kampfgase an die deutsche Westgrenze zu legen, wo keine Zivilpersonen durchkommen. Diese Beispiele zeigen das wahre Gesicht derjenigen, die von Friede, Freiheit und Sorge um das Volkswohl reden.
Im Anschluß an den Vortrag machte sich bei allen große Resignation und lähmendes Entsetzen breit; es waren alles Ärzte, die natürlich den Widerspruch merkten, einerseits als Arzt Krankheiten zu heilen, andererseits aber in solche Dinge miteinbezogen zu werden. Aber Einzelnen konnte anschließend in der Diskussion doch klargemacht werden, daß eine solche Resignation zu nichts führt, daß man stattdessen den Kampf dagegen offensiv führen muß. Gerade an diesem Vortrag ließ sich die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere anknüpfen. Auch konnte deutlich gemacht werden, daß es z. B. in Bezug auf die hier gelagerten A-Bomben richtig ist, zu verlangen, daß alle fremden Truppen aus Westdeutschland abziehen müssen und daß Westdeutschland aus allen imperialistischen Militärbündnissen heraus muß. Diese Einsichten waren zum Teil in der Lage, die Resignation zu bekämpfen und eine Kampfperspektive aufzuzeigen.
(Der Abdruck dieses Artikels erfolgt auf Verlangen ohne Unterzeichnung.)

PROZESSE GEGEN STREIKRECHT

Delmenhorst. Am 10. April fand vor dem Langericht Oldenburg eine Verhandlung gegen den ehemaligen Ersatzdienstleistenden Michael Müller statt. In dieser Verhandlung wurde das von der vorhergehenden Instanz festgelegte Strafmaß von 14 Tagen Gefängnis auf zwei Jahre zur Bewährung bestätigt. Müller hatte Mitte Januar 1972 zusammen mit 18 weiteren Ersatzdienstleistenden aus dem evangelisch-lutherischen Wichernstift Delmenhorst einen Streik durchgeführt, der sich gegen die eindeutig aus politischen Gründen erfolgte Versetzung eines ihrer Kollegen richtete.

U.H., Delmenhorst

"VERWIRRUNG AM KASERNENTOR"

Die Bundeswehr bereitet sich auf den Einsatz bei Demonstrationen vor. Das zeigt das folgende Beispiel.

Husum (lno). Die Lage schien ernst: Jugendliche Demonstranten belagerten gestern in Husum das Kasernentor des leichten Kampfgeschwaders/41 in Husum, entrollten Transparente und beschimpften mit derben Sprüchen die wachhabenden Soldaten. Die Uniformierten gingen hinter den schnell geschlossenen Toren in Deckung. Und als schließlich Polizeikräfte anrückten, wunderten sich zumindest die Demonstranten: junge Soldaten, die sich auf Geheiß ihrer Führung in Räuberzivil hatten werfen müssen, um die ahnungslosen Wachhabenden zu testen, wie sie auf eine Protestaktion gegen die Bundeswehr reagieren würden. Der Wirbel löste sich schnell in Wohlgefallen auf, nachdem der diensthabende Oberst zum Abmarsch geblasen und den Bluff aufgedeckt hatte. Die soldatischen Geheimpläne waren nur deshalb durchkreuzt worden, weil ein aufmerksamer Angestellter wegen der Zusammenrottung vor der Kaserne die Polizei alarmiert hatte. Trotz des Zwischenfalls war der Kommodore zufrieden: 'Die Wache hat den Test bestanden!' (Aus: "Quickborner Tageblatt" vom 4. April).

Kinder demonstrieren

300 KINDER WOLLEN EINEN BOLZPLATZ

Dortmund. Viele Scharnhorster werden sich gewundert haben: Das darf doch nicht wahr sein, die Blagen demonstrieren. Ein Zug von mehreren Hundert Kindern zog brüllend durch die Wohnblocks: "Wir wollen einen Spielplatz! Kommt alle mit!"
Jedesmal, wenn die Kinderdemonstration an einem der elenden Gerüste, die die Neue Heimat "Spielplätze" nennt, vorbeikam, wurde der Zug länger, immer mehr Kinder schlossen sich an; auch einige Erwachsene.

Die meisten Kinder wissen nicht – genau wie die Jugendlichen – was sie machen sollen. Wo sollen sie in dieser Betonwüste spielen? Da bleibt kaum mehr als Rumlungern und Unsinn machen. **Ein richtiger Bolzplatz muß her!** Ein Spielplatz, auf dem man sich ordentlich austoben kann.
Dieses Problem ist keineswegs neu in Scharnhorst. Der evangelische Pfarrer Schröter wurde zu 700 DM verdonnert, weil er in einem satirischen Kindermanifest in der "tpz" (Schalom-Gemeinde) auf die miserable Situation der Kinder hinwies. Er wollte provozieren, Widerspruch erregen, aber vorerst erntete er eine saftige Geldstrafe. Er sollte bestraft werden, weil er sich für die berechtigten Interessen der Scharnhorster Bürger eingesetzt hatte. Durch dieses Urteil wurde aber genau das Gegenteil erreicht: Die Scharnhorster Bevölkerung nahm regen Anteil an dem Prozeß, das Problem der Kinder in Scharnhorst wurde immer mehr Leuten auch weit über Scharnhorst hinaus bewußt.

Am Samstag, 6.4., hatte die Initiative "Wohnen in Scharnhorst" zu der Besetzung des einzigen noch nicht bebauten großen Grundstücks in der Betonwüste aufgerufen. An dieser Stelle will ein reicher Makler ein Hochhaus bauen lassen. Um das zu verhindern, waren einige Hundert Kinder auf den Platz gekommen, um zu zeigen, daß sie sich nicht alles gefallen lassen.
Es wurden über 500 Unterschriften von Kindern für die Nutzung des Platzes als Bolzplatz gesammelt. Aber die Kinder wollten nicht nur den Platz besetzen; einige drängten darauf, eine Demonstration zu machen, damit alle Kinder in Scharnhorst und die Erwachsenen Bescheid wußten. So zogen sie zunächst durch das Einkaufszentrum und dann durch die Wohnblocks. Als sie schließlich wieder an dem besetzten Platz ankamen, kam der Scharnhorster Sherrif an:
"Das geht nicht, eine Kinderdemonstration! Das ist verboten! etc."

Als er einen jungen Erwachsenen, der mitmarschiert war, dingfest machen wollte, weil er ihn für verantwortlich hielt, brüllten die Kinder: "Wir wollen einen Bolzplatz! Wir wollen einen Bolzplatz!" Gegen die Übermacht der Kinder konnte der Sheriff nichts machen und zog ab. Die Kinder aber wollten sich mit dieser einmaligen Protestaktion nicht zufriedengeben.

Es ist jetzt unsere Aufgabe, den Bau des Hochhauses zu verhindern und die Errichtung eines Bolzplatzes durchzusetzen. Wir dürfen den Protest und die Empörung der Scharnhorster Kinder und Jugendlichen nicht untergehen lassen.

–H.M., Dortmund–

Brutale Hausräumung

ÜBER 1 200 MENSCHEN DEMONSTRIEREN

Freiburg, 9. April. Kaum 4 Stunden, nachdem auf Befehl der Stadtverwaltung ein vierstöckiges, von 34 Personen besetztes Haus durch die Polizei geräumt und kurz danach abgerissen worden war, wurde der Bürgermeister im Rathaus dafür von empörten Menschen zur Rechenschaft gezogen. Am selben Abend noch demonstrierten 1 200 Menschen, und auf der Abschlußkundgebung rund 1 500 Menschen, gegen einen ungeheuerlichen Akt von Wohnraumvernichtung. Was war geschehen.

An diesem Dienstag morgens um halb sechs Uhr hatten 450 Polizeibeamte das ganze Areal umstellt, um das seit einem Jahr von 34 Lehrlingen, Schülern und Studenten besetzte Haus Hummelstraße 6 zu räumen. Alle Zugangsstraßen wurden hermetisch abgeriegelt, daß ja keiner sehen sollte, was hier passiert: Die Türen wurden eingeschlagen, die 34 Bewohner aus dem Schlaf heraus aus dem Haus gekündigt. Zu den Gründen für die Räumung heißt es, daß der Bau des Autobahnzubringers Freiburg-Mitte sowie die Erweiterung der Schule den Abriß des Hauses notwendig mache. Tatsächlich soll noch das ganze Viertel abgerissen werden, Wohnungen für 350 bis 400 Menschen sollen verschwinden. Stattdessen sollen dann Luxusappartements gebaut werden, die kein Arbeiter bezahlen kann.



Polizisten bewachen den Abriß des Freiburger Wohnhauses.
Polizisten bewachen den Abriß des Freiburger Wohnhauses.

trieben, in Gefängniswagen verfrachtet und abtransportiert. Sofort werden die Fenster herausgeschlagen, wenig später ist eine Abriß-Kolonne da, die unter dem Schutz der Polizei (die in einer wegen Ferien geschlossenen Schule nebenan ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat) beginnt, das Haus abzureißen (siehe Bild). Am Abend steht von dem Haus nur noch aufgerissene Stockwerke, am nächsten Tag nur noch ein Trümmerhaufen. Lediglich das Mobiliar hat die Stadt "retten" lassen – so sozial sind diese Herren. Räumung und Abriß vollzieht sich unter den genugtuenden Blicken hoher Vertreter der Stadt, z.B. Stadtrechtsrat Burger, der es sich nicht nehmen ließ, in aller Frühe sein Werk zu bewundern. Damit alles "rechtlich einwandfrei" zugeht, hat dieser Herr eine Räumungsverfügung unterschrieben, die den Bewohnern mit dem Polizeiknüppel "überbracht" worden war. Darin wird den Bewohnern eine Klage wegen Hausfriedenbruchs angedroht.

Gegen diese volksfeindliche Politik der Stadtverwaltung protestierten 150 Menschen bereits wenige Stunden später vor dem Rathaus. 25 von ihren stellten den Bürgermeister Kiefer zur Rede. Der lehnte jede Stellungnahme ab, er zeigte sich jedoch bereit, 6 Abgeordnete zu empfangen am Nachmittag. Schließlich ließ er das Rathaus räumen mit Polizeigewalt. Die Polizei ging brutal vor: Ein Demonstrant wurde durch eine Glastür geschleudert; er erlitt Schnittverletzungen. Ein weiterer wurde mit dem Kopf gegen eine Steinwand geworfen, einer flog gegen eine Holztüre, mehrere wurden die Treppe runtergestoßen und geschlagen. Daraufhin kam es abends erneut zu einer großen Demonstration und Kundgebung, an der sich 1 500 Menschen beteiligten. Das war seit dem 1. Mai 1973 die größte Demonstration in Freiburg.

Nach einem Bericht von B.H.,
Ortsgruppe Freiburg

BREMEN

Wohnraum zerstörung

Bremen. In Bremen-Seehausen und Bremen-Hasenbüren, die gegenüber der Klöckner-Hütte liegen, herrscht große Unruhe unter der Bevölkerung. Der Grund: Die SPD-Regierung in Bremen will das Gelände dem Erdboden gleichmachen, um neue Industrie anzusiedeln.
Jetzt weiß man auch, warum das Gewerbeaufsichtsamt der Klöckner-Hütte "höhere Lärm-Grenzwerte eingeräumt (hat), als es sonst möglich gewesen wäre." (Bremer Nachrichten, 2.4.74)

Schon im Jahre 1967 wurde das Wohngebiet Seehausen/Hasenbüren, in dem auch Bauern ihre Felder bestellen (viele Bauern haben wegen der immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten den größten Teil ihrer Ländereien an den Staat verkaufen müssen) als Industriegebiet vorgesehen. Hafenerweiterung für Container-Schiffe, ein neues Kraftwerk (für 1978 ist die Inbetriebnahme des ersten Kraftwerkblocks geplant), eine neue Müllverbrennungsanlage sind jetzt geplant.

Da der bürgerliche Staat "seinen Bürgern nur Gutes will", soll das jetzige Wohngebiet also zerstört werden, denn es muß ein "Schutzabstand" von 2 km zwischen Industrie und Wohngebiet sein.
Wenn man einmal am Weserdeich gestanden und die schwarzen Rauchschwaden aus den Klöckner-Schornsteinen gesehen hat, dann fragt man sich, was eine Schutzzone von 2 km für einen Sinn hat:
In Seehausen existiert seit einigen
In Seehausen existiert seit einigen Jahren eine "vollbiologische Kläranlage". Aber wenn man daran vorbeigeht, dann kann man die Realität schon riechen. Auch an dem Abfluß, der direkt in die Weser geht, sieht man die "nackten Tatsachen". Von vollbiologischer Klärung keine Spur, denn das würde zu viel Geld kosten. Da leitet man den Dreck lieber in die Weser, da ist das Baden sowieso verboten.
In Seehausen/Hasenbüren sammelt jetzt eine Bürgerinitiative Unterschriften gegen die Industrieansiedlung, sprich: Wohnraumzerstörung. Dem SPD-Ortsverein und den Herren im Senat soll "kräftig eingeheizt" werden.
Da wittert natürlich die CDU ihre Chance. Sie will jetzt auch Unterschriften sammeln und der SPD eine Schlappe bereiten.

DKP wirbt für Millionäre

MILLIONEN VON DEN MONOPOLEN FÜR DIE DKP

Die DKP, die in der Auseinandersetzung mit kommunistischen Organisationen mit Vorliebe behauptet, diese seien vom Monopolkapital und vom Verfassungsschutz bezahlte Provokateure, hat zu ihrer Finanzierung ein UZ-Messemagazin herausgegeben, das zu 3/4 aus Anzeigen besteht. Anzeigen bedeutender Konzerne der Bundesrepublik wie Salzgitter AG, Salamander, Preussag, Mauser Werke, Degussa, Enka Glanzstoff, Oetker, Triumph, Underberg und auch Coca Cola. Erscheinen tut das Magazin zur Leipziger Messe. Die Anzeigenleitung des UZ Magazins wirbt mit der "Gelegenheit durch Inserate zu den Leipziger und anderen Messen des RGW (Comecon)-Raums einen interessanten und stabilen Markt zu erfassen, der sich von Westeuropa bis nach Moskau erstreckt". In 280 000 Exemplaren wird das Magazin als einziger Werbeträger aus der Bundesrepublik bei der Leipziger Messe verkauft. Weitere 120 000 werden von den Behörden der DDR und anderer Institutionen der RGW-Länder gekauft. 50 000 sollen an Kiosken in Westdeutschland verkauft werden. 2 DM kostet ein Exemplar. Der Verkaufserlös wird ungefähr 1 Million DM betragen. Der Erlös aus den Anzeigen selbst wird ungefähr weitere zwei Millionen DM betragen. Eine ganzseitige Anzeige in dem 100 seitigen Anzeigenteil kostet zwischen 14 500 und 29 680 DM. So kommt die DKP durch das Werbemonopol für die Leipziger Messe, das ihr die DDR-Behörden eingeräumt haben, an die Millionen der Monopole. Doch geht es ihr nicht nur ums Geld. Ich erinnere mich noch an eine Wahlveranstaltung in Mannheim, wo die DKP für die Ostpolitik einzig und allein mit dem Argument warb, der Osten sei ein Meer des Absatzes, – ein Argument, mit dem man freilich Kapitalisten gewinnen kann. Auf diesem Weg befindet sich auch die DKP als Agentur der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und der DDR.

Als bürgerliche Partei zeigt die DKP jetzt ihr wahres Gesicht. Als Werbeträger für das RGW-Kapital im Westen wie auch als Werbeträger für das Westkapital in den RGW-Staaten. Der Propagandavers ihrer Zeitung UZ "Mit den Millionen, gegen die Millionäre" ist jetzt für jeden verständlich. Er soll heißen: "Mit den Millionen – der Millionäre – für Millionäre – in Ost und West".

–bb–

Fahrpreiserhöhung geplant

ÖTV-KOLLEGEN PROTESTIEREN

Ende Mai sollen in Frankfurt die Fahrpreise erhöht werden. Diese Absichten der Stadt sind in der Bevölkerung auf große Empörung gestoßen. Der KBW hat inzwischen begonnen, den breiten Widerstand der Frankfurter Bevölkerung gegen die volksfeindlichen Maßnahmen zu unterstützen und zu organisieren. In verschiedenen Stadtteilen gibt es Komitees. Diese Komitees verleihen dem Protest der Bevölkerung Ausdruck und organisieren den Kampf zur Abwehr der Fahrpreiserhöhungen.

Frankfurt. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe Universität am 3.4. wurde u. a. über die geplante Fahrpreiserhöhung in Frankfurt für den städtischen Nahverkehr diskutiert. Einhellig war die Empörung der ca. 40 anwesenden Kollegen über die ungeheuerliche Preissteigerung bis zu 230 %.
Nur Frolinde Balser, ihres Zeichens wissenschaftliche Bedienstete, die im Monat weit über 2 000 DM mit nach Hause bringt, und die bei den sozialdemokratischen Frauen den rechtesten Flügel vertritt, verteidigte den Beschluß des Magistrats, dem sie selbst als gewählte "Volksvertreterin" angehört. Mit einem Argument, das selbst in rechtesten Gewerkschaftskreisen selten ist, versuchte sie die 'notwendige' Preissteigerung damit zu begründen, daß die ÖTV von der Stadt nach der Tariferhöhung auch noch ein Urlaubsgeld fordere. "Mann kann doch nicht auf der einen Seite von der Stadt mehr Geld fordern und auf der anderen Seite gegen die Fahrpreiserhöhung sein." Dieses unverschämte Gegeneinanderausspielen der berechtigten Lohnforderungen gegen die Ablehnung der erweiterten Ausplünderung durch die Fahrpreiserhöhung stieß auf den geschlossenen und wütenden Protest der anwesenden ÖTV-ler. Als die Kollegen ihr entgegenhielten, daß man doch nur deshalb mit den Verkehrsmitteln fahren müsse, um seine Arbeitskraft auf den Markt zu tragen und man dafür jetzt auch noch erneut zur Kasse gebeten würde, entgegnete sie rotzig, daß sie niemanden und erst recht nicht hier (gemeint ist die ÖTV-MV) verantwortlich sei. Ihr Verhalten ist der typische Ausdruck der korrupten bürgerlichen "Volksvertreter", die niemanden verantwortlich sind, als ihrem Gewissen und das schlägt meist da, wo das Geld ist.

ÖTV-Mitglieder der BG
Uni Frankfurt

Keine Eingemeindung

GEGEN NEUGLIEDERUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Schloß Neuhaus bei Paderborn. Über 50 % der Bevölkerung (ca. 10 000 Einwohner) hatten sich gegen einen Anschluß an Paderborn ausgesprochen, weil damit eine Reihe von Nachteilen für die Bevölkerung dieser Stadt verbunden wären (z. B. Straßenbau, höhere Beiträge für Strom, Wasser usw.). In dieser Bewegung haben sich die lokalen Größen der bürgerlichen Parteien (CDU, SPD, FDP) an die Spitze gesetzt, weil sie sonst das Vertrauen der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt hätten und weil damit auch günstigere Bedingungen für die örtlichen Kleinkapitalisten (z. B. ist der Bürgermeister Möbelfabrikant) gefährdet wären (z. B. ihre Posten im Stadtrat, günstigere Steuern usw.).
Nun aber, als bekannt wurde, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beschlossen hat, Schloß Neuhaus an Paderborn anzugliedern, kippen diese "Spitzenpolitiker" um. Da erklären sie plötzlich, man müsse, "da man gegen den Beschluß nichts mehr machen kann" (Bürgermeister Hunstig, CDU, in der örtlichen Presse) dafür sorgen, "möglichst günstige Bedingungen für uns herauszuschlagen" (Hunstig). Dagegen erhoben sich die Proteste der Bevölkerung, die sich natürlich verschauckelt sieht. Die Bevölkerung machte die Erfahrung, daß diese Politiker die Interessen des Volkes gar nicht vertreten wollen, sondern es ihnen darauf ankommt, ihr Schärflein ins Trockene zu bringen.

Kommunistische Arbeiterinitiative
Paderborn, D.P.

Koch und Kellner

BÜRGERLICHE PARTEIEN PLÜNDERN STADTKASSE

Offenbach. In der KVZ konnte man bereits mehrfach nachlesen, daß die Bundestagsabgeordneten sich selbst einmütig enorme Diätenerhöhungen zugeschanzt haben (KVZ Nr. 2,3,7). In Offenbach wurde nun auf der letzten Haushaltssitzung des Stadtparlaments vom 29.3. folgender "Knüller" bekannt: Ein "Dringlichkeitsantrag aller drei Fraktionen des Hauses" wurde gleich zu Anfang angekündigt und auch gleich verabschiedet, wonachden Fraktionen entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke "Fraktionsassistenten" bewilligt werden sollen. Die Assistenten sollen in der höchsten Gruppe des Bundesangestelltentarifs entlohnt werden, d. h. mindestens 50 000 DM Gehalt beziehen. Ihre Bezüge sollen außerdem noch den "tariflichen Personalkostensteigerungen angepaßt werden". Für die insgesamt 6 Assistenten werden also jährlich 300 000 DM aus Steuergeldern aufgewendet und dies, wo der Haushalt der Stadt Offenbach mit 12 Millionen Defizit abgeschlossen wurde. Empörend ist, wie hier die Parteien einmütig aus der Staatskasse schöpfen, um sich durch Asssistenten das Leben noch mehr zu erleichtern und wie sie ihr Interesse klammheimlich als "Dringlichkeitsantrag" durchzogen, von dem nicht einmal die immer sensationslüsterne Presse vorher erfuhr.

J.F., OAG Offenbach

Nordhorn

REGIERUNG: ABWURFPLATZ SOLL BLEIBEN

Hannover. Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Kubel (SPD), stellte jetzt zur Forderung nach Aufhebung des Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range fest:
"Nordhorn-Range kann nicht ersatzlos aufgehoben werden; für die Bundes- und Landesregierung geht es jetzt in erster Linie darum, die Auswirkungen des Fluglärms auf die Bevölkerung soweit wie möglich zu verringern.
Diese eindeutige Lage habe ich am 30.8.1973 den Vertretern der betroffenen Bevölkerung klar geschildert, weil ich es für falsch halte, in der Politik mit Illusionen zu arbeiten und unerfüllbare Hoffnungen zu wecken."
(Neue Osnabrücker Zeitung, 5.4.74)
Mit dieser Feststellung beantwortete Kubel den Brief des Pastors Rautenberg aus Sievershausen (Kreis Burgdorf). Die Antwort ist ein einziges Dokument der Volksfeindlichkeit der niedersächsischen Landesregierung. Denn was ist illusionär und unerfüllbar an der Forderung nach Aufhebung des Bombenabwurfplatzes? Die Bevölkerung von Nordhorn und Klausheide hat sich im vergangenen Jahr für diese Forderung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eingesetzt und den Kampf mit großer Geschlossenheit geführt (wir berichteten in der KVZ Nr.1/73 darüber).
Geschehen ist seitdem nichts, Bomben werden nach wie vor abgeworfen, der Lärm ist genauso stark wie früher. Nur ein großer Teil der Menschen, die damals gekämpft haben, sind unter Anklage gestellt worden.
Wie man hört, werden die Prozesse vorbereitet. Spätestens nach den niedersächsischen Landtagswahlen werden sie beginnen. Die Verfolgung und Anklage der Bewohner von Nordhorn und Klausheide – das sind die einzigen Taten der Bundes- und der Landesregierung!

130 Lehreranwärter abgelehnt

DURCH SPARMASSNAHMEN WIRD DIE SCHULAUSBILDUNG WEITER VERSCHLECHTERT

Stuttgart. Am 4.April hat das Kultusministerium von Baden-Württemberg 130 Bewerbern für die Zulassung zum Referendardienst an Gymnasien eine Absage erteilt. Ihnen wurde mitgeteilt, daß es ". . die zur Verfügung stehenden Plätze in einigen Fächern nicht erlaubten, allen Anträgen zu entsprechen". Genauer wurde die Ablehnung nicht begründet. Es wird den Bewerbern lediglich empfohlen, eine Zulassung ". . . anderswo zu beantragen, am besten in dem Bundesland, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben oder vor der Verlegung nach Baden-Württemberg hatten".

Die Ausbildung der Lehrer geschieht ausschließlich durch staatliche Institutionen. Wenn die Kultusminister jetzt ablehnen, die Ausbildung durchzuführen und zu gewährleisten, dann heißt das für den Lehreranwärter, daß er seine Ausbildung nicht beenden kann und auf der Straße sitzt.
Wenn aber die Lehrer nicht ausgebildet werden, dann heißt das, daß die Lage in den Schulen sich nicht verbessern wird. In den Schulen aber ist die Lage so, daß Lehrer fehlen, daß deswegen der Unterricht teilweise ausfällt, daß die Klassen überfüllt sind. Die großen Pläne der bürgerlichen Parteien über die Reform des Ausbildungswesens zerplatzen wie Seifenblasen.
Ziel der Maßnahmen der Kultusministerien ist, Steuergelder freizubekommen für andere Ausgaben, die die Regierungen des Bundes und der Länder für dringlicher erachten. Was sind das für Ausgaben? In Baden-Württemberg zum Beispiel soll mit den Geldern, die dem Ausbildungsbereich entzogen werden, der Polizeiapparat ausgebaut und aufgerüstet werden! In den "Grundsätzen für die Aufstellung des Entwurfs des Staatshaushaltsplans" steht es nämlich klar und deutlich: spätestens ab 1976 soll der "unabweisbare Mehrbedarf" an Stellen zur "Durchführung des Sicherheitsplanes" auf Kosten der Stellen im Bildungsbereich gewährleistet werden! Folgende einfache Tatsache müssen wir bedenken: Wenn der Staat die Ausbildung verschlechtert, dann ist das gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet. Wenn der Staat den Polizeiapparat aufrüstet und ausbaut, dann ist das gegen die Arbeiterklasse und das Volk gerichtet, weil er diesen Polizeiapparat einsetzt gegen die Arbeiterklasse und das Volk, um die Unterdrückungs- und Ausbeuterordnung und die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und das Volk zu sichern.

P.S., Heidelberg
Red.

Kündigung unwirksam

NIEDERLAGE DER SCHULBEHÖRDE GEGEN C. HUTH

Hamburg. In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 5/74 wurde über den Kampf der Bevölkerung aus Eimsbüttel gegen die Kündigung der Lehrerin Christiane Huth berichtet. Neben den politischen Erfolgen kann jetzt auch ein juristischer Erfolg verzeichnet werden. Das Arbeitsgericht Hamburg verkündete am 10. April, daß die Kündigung der Lehrerin unwirksam ist.
Der gesamte Ablauf des Verfahrens hatte noch einmal den Skandal dieser Kündigung offengelegt. Genau wie die Schulbehörde sich geweigert hatte, der Lehrerin, den Eltern und Schülern und dem Fernsehen eine Begründung zukommen zu lassen, kämpfte sie vor Gericht vor allem darum, keine Kündigungsgründe angeben zu müssen, da die Lehrerin sich noch in der Probezeit befunden habe.
Nachdem das Gericht deutlich gemacht hatte, daß es von der Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes ausgeht (d.h. die Schulbehörde muß Kündigungsgründe vortragen und beweisen), antwortete die Schulbehörde mit 12 (!) Seiten voller "Kündigungsgründe". Dabei bediente sich der Verdrehungen und Halbwahrheiten.
So sollte eine Unterschriftenliste der Schüler Ergebnis der massiven Beeinflussung durch ihre Lehrerin sein.
Zwei Eltern, die gegen die Lehrerin eingestellt sind, wurden dafür herangezogen, daß die Lehrerin die Vertrauensbasis zwischen Eltern und Kindern zerstört habe (Kein Wort von den über 25 Eltern, die auch heute noch durch Unterschrift zum Ausdruck gebracht hatten, daß sie für die Lehrerin sind).
Daß die Lehrerin an die Öffentlichkeit getreten sein, statt den Rechtsweg zu beschreiten (auf dem ihr die Schulbehörde dann allerdings mit der Behauptung entgegentrat, sie brauche keine Kündigungsgründe zu benennen), sollte ein Kündigungsgrund sein.

Doch die Schulbehörde kam damit nicht durch. Mehr noch, das Gericht entschied ohne Beweisaufnahme, d.h. es ging davon aus, daß alle von der Schulbehörde vorgetragenen "Tatsachen", selbst wenn sie wahr wären, nicht zur Kündigung ausgereicht hätten.

– E.R., Hamburg –

HURRLE MUSS EINGESTELLT WERDEN!

Freiburg. G.Hurrle hat im Februar dieses Jahres sein Examen gemacht und sich danach für die Einstellung in den Schuldienst beim Oberschulamt Südbaden als Hauptschullehrer beworben.
Die bisher einzige Antwort auf seine Bewerbung war eine Vorladung auf das Oberschulamt. Dort wurde ihm ein Brief des Innenministeriums vorgelegt. In diesem Brief wird ihm vorgehalten, daß er im Rahmen einer Schulkampf-Woche an der Pädagogischen Hochschule ein Referat gehalten hat zum Thema: Erziehung im Sozialismus. Zu diesem Brief sollte er Stellung nehmen. Er hat sich jedoch geweigert, dies mündlich zu tun, weil das Beispiel der Verhöre von Lehramtsanwärtern in Berlin gezeigt hat, daß sie einzig und allein dem Zweck dienen, über solche Verhöre mehr Material zusammenzubekommen, um endgültig ein Berufsverbot für den öffentlichen Dienst aussprechen zu können. Deshalb hat er schriftlich geantwortet. Seither hat er vom Oberschulamt nichts mehr gehört; anscheinend wird weitergeschnüffelt.
Wir fordern: G.Hurrle muß unverzüglich in den Schuldienst übernommen werden.

B.H., Freiburg

Das gleiche fordern wir für W. Mohl aus Heidelberg, der uns schreibt:

Anstelle meiner Einstellung in den Schuldienst als Beamter zur Probe erhielt ich vom Oberschulamt Karlsruhe die Aufforderung, eine Stellungnahme zu Feststellungen des Innenministeriums abzugeben, um die Zweifel an meiner Gesinnung (Schieß-Erlaß § 2,4) auszuräumen. Diese Feststellungen betreffen Kandidaturen auf der Wahlplattform der Kommunistischen Hochschulgruppe und der ehemaligen Basisgruppe zum Studentenparlament der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.
Diese neuerliche Anwendung des baden-württembergischen Schieß-Erlasses stellt den Versuch dar, die Studenten einzuschüchtern, d.h. sie an der Bildung einer eigenen Meinung zu hindern und sie zu veranlassen, auf entsprechende Kandidaturen zu verzichten.
Dieser Praxis des Oberschulamts kann meines Erachtens nur entgegengetreten werden, wenn die Betroffenen ihr Recht, sich politische zu betätigen, nehmen. Darüberhinaus meine ich, daß derartige Festlegungen der Kultusbehörden, wie sie sich ihre Lehrer wünschen, offengelegt werden müssen.

Wolfgang Mohl, Heidelberg

Erfolg gegen Beugehaft

BREITE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG FÜHRT ZUR AUFHEBUNG EINES HAFTBEFEHLS GEGEN 2 STUDENTEN

Kiel. Am Abend des 1. April und am 2. April morgens wurden 2 Studenten der Kieler Universität, Walter Schäfer und der ehemalige AStA-Vorsitzende Rainer Oellerich, verhaftet. Sie sollten bis zum Beginn eines weiteren politischen Prozesses gegen Studenten in Kiel am 25. April in Beugehaft gehalten werden, da sie zu einem Termin am 28. Februar als Angeklagte nicht erschienen waren.
Angeklagt sind sie in einem Prozeß, der zurückgeht auf das Wintersemester 1972/73, in dem breite Teile der Studentenschaft einem erneuten gezielten Angriff von reaktionären Professoren und Rektorat auf die politische Bewegungsfreiheit der Studenten durch Prüfungsterror und Verschärfung des Leistungsdrucks entgegentraten. Dieser Prozeß ist nicht der einzige dieser Art. Schon in mehreren anderen ist es stets darum gegangen, Studenten, die aktiv den Kampf gegen politische Disziplinierung führen, aus der Masse der Studenten herauszugreifen und durch die staatlichen Büttel in den schwarzen Roben zu kriminalisieren. Herausgegriffen aus einer breiten studentischen Bewegung, sollen R. Oellerich und W. Schäfer jetzt exemplarisch abgeurteilt und damit insgesamt alle fortschrittlichen Studenten eingeschüchtert und von ihrem Kampf zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen abgehalten werden. Hinzu kam in diesem Prozeß, wie in einigen anderen in diesem Jahr, daß er in den Semesterferien abrollen sollte. Damit unternahm die Klassenjustiz den Versuch, eine breite Solidarität und Unterstützung der Angeklagten zu verhindern, die Angeklagten zu isolieren und sie als "Kriminelle" abzustempeln.
Dieser Versuch wurde von beiden vereitelt. Sie haben sich dem Verhalten anderer Angeklagter angeschlossen, zu Prozessen, die auf die Kämpfe der Studenten gegen Prüfungsterror und Verschärfung des Leistungsdruckes zur politischen Disziplinierung an der Hochschule zurückgehen, grundsätzlich in den Semesterferien nicht zu erscheinen. Gleichzeitig haben sie aber **unmißverständlich öffentlich** erklärt, daß sie zu einem Termin **im Semester jederzeit** erscheinen. Nachdem es der bürgerlichen Justiz nicht gelungen war, dieses Ziel der Angeklagten zu durchkreuzen, obwohl die Polizei beim 1. Prozeßtermin schon um 6 Uhr morgens in den Wohnungen erschien, um die Angeklagten beim Prozeß vorzuführen, wurde durch den zuständigen Richter Nowatki Haftbefehl erlassen und die Angeklagten sollten für dreieinhalb Wochen hinter Gittern verschwinden.
Vom AStA und den Roten Zellen (Massenorganisation unter den Kieler Studenten der Ortsaufbaugruppe Kiel des KBW) wurde sofort eine breite Solidaritätsbewegung unter den Studenten und Aufklärungsarbeit in der Kieler Bevölkerung begonnen. Unterschriftensammlungen, eine spontane Demonstration zum Gericht und in die Stadt von etwa 350 Studenten, Protestresolutionen der nationalen Studentenverbände und anderer ASten in der BRD, die breite Informationsarbeit unter der Kieler Bevölkerung durch Stände, Flugblätter und Diskussionen und das entschiedene Eintreten des Anwalts der Angeklagten führten am Freitag, den 5. April, zur Haftentlassung.

m., Kiel

GEW-VORSTAND UND DKP WOLLEN BERUFSVERBOTE-KOMITEE AUFLÖSEN

Bochum. Auf einer Ortsversammlung der GEW Bochum versuchten GEW-Vorstand, rechte GEW-Mitglieder und DKP-Mitglieder per Beschluß das Komitee gegen die Berufsverbote der GEW Bochum aufzulösen. Als Grund gab im Einverständnis mit den anderen DKP-Mitglied Jakob an, daß das Komitee nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehe und "gewerkschafts- und verfassungsfeindliche Aktivitäten" betrieben habe.
Der wahre Grund liegt darin, daß das Komitee es mehrheitlich ablehnte, ein Bekenntnis zum Grundgesetz zur Voraussetzung der Unterstützung von abgelehnten Bewerbern im Öffentlichen Dienst zu machen. Es zeigte sich in Bochum, daß die DKP ihren Kampf nicht gegen die Berufsverbote, sondern gegen angebliche Verfassungsfeinde führte.

Solidarität

GEGEN DIE VERFOLGUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

LESERBRIEF DER KLASSE A 2a DES HUMBOLDT-GYMNASIUMS KARLSRUHE

Wir sind enttäuscht, daß Grundrechte wie freie Meinungsäußerung und Organisationsfreiheit eingeschränkt werden.
Hier zeigt sich ein Widerspruch zwischen dem Versprechen der Verfassung und der Handhabung des Beamtenrechts durch das Oberschulamt. Unser Anliegen ist die Wahrung von Grundrechten. Es ist die Aufgabe aller Lehrer, uns dazu zu erziehen, daß wir uns dieser Rechte bedienen. Wie können sie das aber, wenn sie selbst an deren Gebrauch gehindert werden?
Es ist kennzeichnend, daß in allen Anklagepunkten gegen Güde sein Unterricht überhaupt nicht erwähnt wurde; daraus läßt sich leicht ersehen, daß es sich nicht um eine Verletzung der Amtspflichten handelt, sondern um den Versuch der Behörde, auch das Privatleben der Beamten lückenlos zu kontrollieren.
Das Grundrecht der Meinungsfreiheit brauchen wir Schüler ebensogut wie die Lehrer, deshalb lehnen wir jeglichen Angriff auf dieses Recht ab. Deshalb werden wir uns wehren.
22 von 23 Schülern der Klasse A 2a des Humboldt-Gymnaisums Karlsruhe

"Die Klasse A 3a des Humboldt-Gymnasiums wendet sich entschieden gegen das Vorermittlungsverfahren gegen Herrn Güde. . .
Es wäre ein großer Verlust für uns Schüler, wenn Lehrern wie Herrn Güde die Möglichkeit genommen wird, an öffentlichen Schulen zu unterrichten. Er hat den Unterricht wirklich interessant gestaltet, und er hat uns zum kritischen Denken angeregt, ohne zu versuchen, uns in eine bestimmte Richtung zu drängen."
13 Schülerinnen und Schüler unterschrieben den Brief.

LEHRER

Kiel:
Der AjLE Kiel wandte sich gegen die Maßnahmen gegen die Lehrer Offergeld und Güde:
Die Resolution wurde am 27. März einstimmig von 40 AjLE-Mitgliedern beschlossen.
Im Auftrag unterzeichnete: R. Grässner, AjLE-Vorsitzender.

In einer Resolution protestierte der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher im Kreisverband der GEW Wolfsburg gegen die Verfolgungsmaßnahmen. Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

Frankfurt:
Weitere Unterschriften wurden auf verschiedenen GEW-Veranstaltungen und in Schulgruppen gesammelt. Mit ihren Unterschriften wandten sich die Kollegen gegen den Maßregelungsversuch und die politische Unterdrückung gegenüber Fritz Güde und die Entlassungsabsicht des bayerischen Kultusministeriums gegenüber dem Lehrer Rüdiger Offergeld. Die Unterzeichnenden sind alle als Lehrer, Referendare, Lehrer zur Anstellung oder Studienräte tätig.
Snigler (Name unleserlich / Ellinghoff / V.P. Aigenmann / Schlüter / H.J. Jaschob / E. Sommer / E. Skesallek / J.Wirsig / Bredemann / Reinecker / Drecker / Iser (Name unleserlich) / Opitz / Becker / I. Gaffga / Groß / Helm / Lind / Hilbig / Eiermann / H. Eckert / Janehlen (Name unleserlich) / Mühlhaus / M. Eiermann / Marx / Detzel / Waltemathe / D. Cromm / Sternberg / C. Aigenmann / Diez / E. Kisch / A. Föhl / Neumann / Grimer / K. Waldmann / R. Kunte / H. Faudert / K. Swoboda / R. Titsch / D. Scherr / T.W. Schütz / J. Greimek / M. Dommermuth / K. Müller / A. Scheer / W. Bartels / J. Scheer / W. Bonn / I. Neß / R. Nagel / C. Fischer-Walther / W. Pietschmann / M. Brühl / M. Strasser / G. Mieth / U. Rzehn.
Mosbach/Odenwald:
G. Niedderer / U. Gerstner / H. Mengel / K. Hoffmann / J. Schröter.
Wiesbaden.
Wilhelm, Gesamtschule Brückköhel / Pötzsch, Berufsschule Wiesbaden / Wagner, Grundschule Wiesbaden / Burck, Grundschule / Burck, Gesamtschule / O.Mayr, Erzieher / D. v. Meerendonk, Lehrerin.

Gießen: H.v.Massow, Lehrbeauftragte / H.Steinhauser, Fachlehrerin / H.Meub, Lehrbeauftragter / W.Roth, Lehramtskandidat / P.Gries, Lehramtsreferendar / J.Bredtmann, Studienrat z. A.

Die Wilhelmshavener Lehrer und Erzieher: D.Lisse / F.Nelius / G.Kläne / B.Schneidewind / H.P. Paulsen (Lehrerstudent) / H.Heidemann (Lehrerstudentin) / W.Büsing / E.Marth / H.Lipskoch / I.Klann-Saß (öffentl.Dienst) / G.Toben (öffentl.Dienst) / E.Matzen

Braunschweig. Weitere 33 Unterschriften wurden an die KVZ geschickt. Darunter: M.Papendorf, Lehrer / I.Pahl, Lehrerin / B.Franke, Lehrerin, / G.Franke, Realschullehrer /
Viernheim:
H. Eckert / Hilde Albesser / A. Wozelka-Orth.
Bremen:
17 Studienreferendare und GEW-Mitglieder unterschrieben eine Protestresolution.
Nijmegen. Aus den Niederlanden erreichte uns eine Solidaritätserklärung für F.Güde und Christiane Huth von der Socialisties Onderwijs Front, einer Organisation von sozialistischen Schülern und Lehrern.

Verbesserung zu KVZ Nr.6/74
P.Bosse, Darmstadt, wurde fälschlicherweise unter Lehrer aufgezählt. Er ist Lehramtskandidat.

SOLIDARITÄTSSCHREIBEN

der Schüler(innen) der Luisenschule Mühlheim/Ruhr
(. . .) Wir wenden uns damit gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Oberschulamtes in Karlsruhe und aller staatlichen Behörden, die gegen fortschrittliche Menschen angewandt werden, und keineswegs einer freiheitlichen Grundordnung entsprechen. Viele von uns Schülern werden später ebenfalls die Beamtenlaufbahn als Lehrer einschlagen, und wir beginnen schon heute den Kampf für alle politischen Rechte und gegen staatliche Repressionen, durch unsere Unterschrift:
M.Lippen / U.Weber / A.Behmenburg / B.Schwenzer / K.Lücker / A.Hüppe /S.Fuchs / D.Lücker / V.Herzogenwath / S.S. (Name unleserlich) / S.Lensing / H.Schubert / E.Grinzel / U.Hensinger / A.Leners / U.Urbasch / V.Winkler / S.Koemer / A.Sch. (Name unleserlich) / K.Schröder / L.Jansen / S.Reif / B.Tadenskewski / G.Schardt / C.Dietrich

Seesen. Die Kommunistische Schülergruppe (KSG) Seesen/Gandersheim führte mit dem Seesener Teil der Ortsaufbaugruppe Clausthal-Zellefeld/Seesen eine Solidaritätsaktion mit dem Lehrer Fritz Güde durch. In diesem Zusammenhang diskutierten wir den "Güde-Artikel" aus der KVZ Nr. 4 in den Klassen während des Unterrichts und einen Teil der demokratischen Forderungen aus dem Programm des KBW. Weiterhin sammelten wir 87 Unterschriften in der Schule und im Bekanntenbereich. Die Lehrer am Gymnasium Seesen wurden aufgefordert, Stellung zu beziehen und einige erklärten sich bereit, in der GEW-Ortsgruppe den Fall Güde zu diskutieren und an die Redaktion der KVZ eine Stellungnahme zu schicken. KSG-Seesen

69 Schüler des Hessenkollegs Wetzlar unterschrieben eine Unterschriftenliste:

FACHHOCHSCHÜLER

Münster:
"Das Studentenparlament der Fachhochschule Münster verurteilt aufs Schärfste das Vorgehen des Oberschulamtes Karlsruhe im CDU-regierten Baden-Württemberg gegen den Lehrer Fritz Güde. Wir verwehren uns gegen jegliche Art der politischen Disziplinierung und gegen die vom Oberschulamt praktizierte Gesinnungsschnüffelei."
Esslingen:
An der Fachhochschule für Sozialwesen wurde eine Resolution erarbeitet und in der Unterrichtsveranstaltung "Öffentlichkeitsarbeit" eingebracht. Von den anwesenden 19 Studenten und Dozenten unterschrieben 9:
S. Bayer / U. Metzger / H. Cremer / S. Gfengtinger (Name unleserlich) / H. Groß / H. Sigloch / M. Klingler / T. Mittag / S. Krebs.
Weiter unterschrieben die Resolution:
E. Sieber, Heimerzieherin / Kubin, Lehrer / R. Freier, Buchhändlerin / C. Roasl, Sozialarbeiter / K. Rohne, Sozialarbeiter-Praktikantin / L. Pampel, Lehrling / H.U. Aller (Name unleserlich), Drucker / G. Bayha, Schüler / U. Hickel, Lehrerin.

ANGESTELLTE AN HOCHSCHULEN

Darmstadt:
"Wir, Bedienstete der Technischen Hochschule Darmstadt, protestieren gegen die Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Lehrer Fritz Güde.
B. Daum / G. Weber / I. Edel / H. Pelkner / H. Müller.
Stuttgart:
M. Kienzle, Wiss. Angestellter / R. Döhl, Akad. Oberrat / D. Mende, Wiss. Assistent / P. Weke, Wiss. Hilfskraft / T. Rothschild, Wiss. Angestellter / I. Kühnel, Wiss. Assistent / H. Glaser, Wiss. Assistent / L. Letsche, Student / U. Schüler, Wiss. Angestellter / S. Braun, Lehrerin.

C. Raiser / C. Rüsch / J. Bianchi / A. Klüsche / G. Bronder / G. Steinvorth / D. Gering / A. Scheunemann / H. Bott / H. Swoboda / R. Grübling / M. Does (alle Fortbildungsdozenten); E. Wiederhold / M. Jansen (GEW) / C. Rutkowski (IGM) (alle Studenten); R. Kastorff-Viehme, Diplomingenieur / L. Schröder, Sozialarbeiter / K. Kölmel, Arzt (ÖTV) / H. Berns, Wissenschaftlicher Bediensteter / Y. Berns, Studentin / P. Hut, Studienreferendar.

Hildesheim. In der Stadt und im Buchladen wurden 87 Unterschriften gesammelt.

Wiesbaden. In Wiesbaden wurden 120 Unterschriften gesammelt. Darunter: Angestellte, Arbeiter, Studenten, Schüler.

Braunschweig. Weitere 34 Unterschriften von Schülern, Studenten, Angestellten wurden an die Redaktion geschickt.

Am 2. April fand in Weinheim eine Veranstaltung statt zum Noten- und Lernmittelerlaß des Baden-Württembergischen Kultusministeriums und zur Solidarität mit dem Lehrer Fritz Güde. Auf dieser Veranstaltung wurde eine Resolution verabschiedet und Unterschriften gesammelt. Die Unterschriften – insgesamt 44, darunter 4 Lehrer – stammen zum Teil auch von den Informationsständen in der Stadt, die am 1. und 2. April durchgeführt wurden.

Zivildienstleistende aus Göttingen:
C.H.Studthoff / U.Rathgeber / K.Bodenstein / H.Schlachter / A.Hoffmann / A.Kurock / P.Patzig / S.W. (Name unleserlich) / E.Roßler / sowie 3 weitere Zivildienstleistende

SOLIDARITÄT MIT F. GÜDE

Karlsruhe:
Die Fachabteilung "Sozialarbeit/Sozialpädagogik" in der ÖTV Karlsruhe faßte auf einer Mitgliederversammlung einstimmig am 14. März eine Resolution gegen die Verfolgung von Fritz Güde und anderen fortschrittlichen Menschen.
Die Fachabteilung unterstützt das "Komitee für freie politische Betätigung im Öffentlichen Dienst", das am 7. März in Karlsruhe gebildet wurde.

Frankfurt. (...) Im öffentlichen Dienst treten auch wir Sozialarbeiter für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ein.
S.Flotow, Praktikant / R.Rittenmaier / K.D.Schäfer

Darmstadt. 135 Unterschriften wurden auf einer Versammlung des Landesschülerrats zu den Rahmenrichtlinien am 29.3. in Darmstadt gesammelt. Darunter waren viele Schüler, Studenten, aber auch Lehrer, Ingenieure, Lehrer und Arbeiter.

Mainz:
Auf der Studentenvollversammlung des pädagogischen Instituts der Johannes-Gutenberg-Universität trat ein Mitglied der GEW Karlsruhe, der sich für eine Dozentenstelle beworben hatte, gegen den Kollegen Güde auf. Die Studenten waren aber keineswegs seiner Meinung, man dürfe seiner politischen Entrechtung nicht offen entgegentreten und selber zum Angriff übergehen. Auf einer spontan erstellten Unterschriftenliste solidarisierten sich 56 Studenten mit dem Kollegen Güde.

Hamburg, 3.4. Die unterzeichneten Mitglieder des Komitees für ein demokratisches Volksbildungswesen in Hamburg-Eimsbüttel haben von den Schwierigkeiten des Lehrers Fritz Güde mit seiner vorgesetzten Schulbehörde und dem Beschluß des Vorstandes der GEW Nord-Baden, F.Güde auszuschließen, gehört. Aus den Erfahrungen, die wir Eltern, Schüler, Lehrer und andere im Kampf gegen die Entlassung der Lehrerin Christane Huth gemacht haben, wissen wir, daß wir diese Rechte (Meinungs-, Organisationsfreiheit) unbedingt brauchen, um unsere Interessen durchzusetzen. (...) Wir erklären (...) und unterstützen insbesondere die Forderung, daß die Bevölkerung es sein muß, die bestimmt, wer Lehrer ist und wer nicht.
C.Heinrich, Schülerin / T.Lindelo, Schüler / R.Ponto, Schülerin / B.Strohkuchen, Schülerin / R.Eschner, Student / G.Benoit, Gerichtsreferendar / D.Zoetter, Student / S.Hoffmeister, Inspektoranwärterin / P.Skalewski, Student / P.S. (Name unleserlich), Schülerin / I.Heinrich, Hausfrau / H.Heinrich, Dreher / E.Wendt, Elternrat / H.Schween, Rechtsanwalt / R.Netzler, Maurer / W.Netzler, Schüler / Esmail / C.Huth, Lehrerin / D.Ketsch, Techn.Angest. / R.Ketsch, Hausfrau / A.Bohn-Breuer, Hausfrau / O.Slawikowski, Klassenelternvertr. / L.Brandscheid, Techn. Kontrolleur

Frankfurt.
K.Schmidt / L.Brix / I.Scheufele / D.Petzold / D.Großmann / H.Ehmke / Th.Diekmann / A.Schröder

Hannover. (...) Damit das Volk, die Bürger dieses Staates, sich eine möglichst objektive Meinung bilden können, sollte man allen politischen Richtungen das Recht zusprechen, ihre Ansichten zu kommunizieren. Ich bin kein Kommunist, aber es weckt Zweifel in mir an unserer Demokratie, wenn ich erfahre, daß politische Ansichten unterdrückt werden. Deshalb taucht für mich die Frage auf, ob unsere Demokratie auf so schwachen Füßen steht, daß sie fürchtet, durch die Verbreitung der KVZ ins Wanken zu geraten? E.Seidel

Mönchengladbach. Wir haben heute, Samstag, den 5.4.74, in Mönchengladbach die KVZ verkauft. Obwohl wir ständig von der politischen Polizei, von der Bahnpolizei und von der Stadtverwaltung bespitzelt und schikaniert werden, werden wir uns das Recht, die KVZ zu verkaufen, nicht nehmen lassen. (...)
P.Klug / H.Hochheimer / D.Reimer / U.Rowdze / F.Sinzenich / K.E.Arendt / G.Richter / A.Hildebrandt / J.D.Wilhelm / S.Seidel / M. Ernst-Breda / W.Ernst / I.Hock

Dortmund. Aus Dortmund erreichte die KVZ 21 Solidaritätsunterschriften von Studenten.

Hamburg:
S.Helle / A.Funke / H.J.Schleicher (angehende Lehrer und Diplomanden).

Köln. Wir alle haben die Kommunistische Volkszeitung verkauft und werden uns dieses Recht auch zukünftig nicht nehmen lassen!"
W. Fuchsenberger / M. Wiedenhöfer / J. Tausendpfund / P. Rupp / P. Rhy (Name unleserlich) / A. Schroering / K. Klein / R. Laubertz / U. Acker / B. Hintz / N. Ludwig.

Frankfurt: Ebenfalls die KVZ verkaufen die Lehrer-Studenten:
P. Feix / G. Reuther / B. v. Tolsien / M. Oeser / G. Buchsbaum / K. Schniedewind / W. Kaiser / M. Rademacher / H. Schenk / B. Wagner / W. Hausmann.

Aachen:
M. Schwabe / T. Lichtenstein / U. Keurentz / H. Erren / C. Werl (Name unleserlich) / M. Jansen / I. Venne / M.L. Hecker / B. Wagner / A. Nortens (Name unleserlich) / W. Scholz / Name unleserlich / L. Ciebel / M. Gertz (alle Lehrerstudenten).

Braunschweig: Die Pädagogik-Studenten M.Janssen / C.Barteczko.

Paderborn. Die Kommunistische Arbeiterinitiative hatte am Samstag, dem 16.3. einen Stand in der Stadt aufgebaut, auf dem sie auf die Entrechtung im öffentlichen Dienst und insbesondere auf die Disziplinierung des Lehrers Fritz Güde aufmerksam machte. Insgesamt konnten wir bis jetzt 108 Unterschriften sammeln. Davon sind 52 Schüler, 4 Lehrer, 20 Studenten, 11 Arbeiter, 9 Angestellte, 4 Soldaten und 8 Rentner und Hausfrauen.

Die Jugendzentrumsbewegung wird immer breiter

WESTBERLIN: ABRISS DES JUGENDZENTRUMS "PUTTE"

Westberlin. Am 4. April wurden im westberliner Stadtteil Wedding zwei Straßenzüge vollständig abgesperrt und in ein Heerlager der Polizei verwandelt. Niemand durfte die an den Enden der Straßen aufgestellten Gitterwände passieren außer einigen älteren Leuten, die beweisen konnten, daß sie hier wohnten. Der Zweck dieses Manövers war der Abriß des Jugendzentrums "Putte". Dieses Jugendzentrum war von einer Bürgerinitiative selbständig eingerichtet und verwaltet worden. Sie hatte einen monatelangen Kampf gegen das Bezirksamt Wedding geführt. Das Haus war vom Bezirksamt aufgekauft worden, um es abzureissen.

Nach dem Abriß soll das Grundstück bis 1981 leerstehen! Die Mieter wurden nach und nach aus dem Haus gesetzt. Weil es aber im Wedding kaum Orte gibt, wo Jugendliche und Kinder unbehelligt zusammenkommen können, nahmen die Jugendlichen sich die leerstehenden Räume und gründeten eine "Bürgerinitiative Wedding e. V.". Es wurden ein Schülerladen, ein Abenteuerspielplatz neben dem Haus, ein Jugendtreffpunkt und eine Wohngemeinschaft für Minderjährige eingerichtet, die kein anderes Zuhause hatten.



3 500 Menschen demonstrierten nach der Schließung der "Putte"

Immer wenn das Volk seine eigene Initiative entfaltet und sich selbst organisiert, um für seine Rechte zu kämpfen, muß der bürgerliche Staat sein wahres Gesicht zeigen. Er versuchte zunächst mit allen Mitteln, die Putte-Initiative zu spalten (Auseinanderreissen der verschiedenen Projekte), danach wurde mit Räumung gedroht. Diese Drohung erreichte aber nur, daß die Solidarität mit den Putte-Leuten wuchs. Eine Demonstration mit ca. 4 000 Teilnehmern fand statt. In den Räumen der Putte wurde eine Ausstellung mit Gemälden z. B. von Käthe Kollwitz und Marc Chagall organisiert mit Gesamtwert von ca. 20 000 DM, um die Räumung zu erschweren. Jeden Tag verlegten politische Gruppen, Komitees usw. ihre Sitzungen in die Putte. Aber am 4. April schlug das Bezirksamt doch zu.
Obwohl der Protest zunächst kaum organisiert werden konnte, kamen spontan etwa 500 Menschen aus allen Teilen der Stadt zusammen und formierten sich zu einer spontanen Demonstration zum Bezirksamt, drangen aber nicht durch wegen der Polizeiabsperrungen. So wurden schnell Trupps organisiert, die an verschiedenen Punkten des Weddinger Bezirks mit der Bevölkerung diskutierten, eine Unterschriftensammlung durchführten, in der der verantwortliche Stadtrat Sötje zur öffentlichen Rechtfertigung aufgefordert wurde. Im Nu waren mehrere hundert Unterschriften zusammen. Außerdem wurde zu einer Demonstration für den nächsten Tag aufgerufen. Die Empörung war groß. Viele sahen, daß dieses Vorgehen des Bezirksamtes sich gegen alle Weddinger Werktätigen richtet, denn es ist in großem Umfang geplant, Altbauten abzureissen, ohne daß neue Bebauungspläne vorhanden sind.

Am nächsten Tag fand eine Demonstration mit ca. 3 500 Teilnehmern zum Bezirksamt Wedding statt. Das Bezirksamt glich einer umlagerten Festung, hunderte von Polizisten, Stacheldrahtzäune, Wasserwerfer, Flutlichtanlagen usw. Direkt vor den Polizeiketten wurde die Abschlußkundgebung abgehalten. Sprechchöre riefen minutenlang "Sötje – wir fordern Rechenschaft" und "Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei". Am Schluß wurde das Einheitsfrontlied gesungen.

W.S., H.S., Westberlin

GABY KÖHN DARF NICHT ENTLASSEN WERDEN!

Bockum-Hövel. Die Demonstration am Samstag, 6.4., war der vorläufige Höhepunkt des Kampfes der Bockum-Höveler Jugendlichen gegen die Kontrolle und Bevormundung durch die Stadt und für ein freies Jugendzentrum. Seit dem letzten Jahr gibt es in Bockum-Hövel ein Jugendzentrum. Wie überall, so sind auch hier die Wohnungen zu klein und die Kneipen zu teuer. Das Jugendzentrum war nötig.
Ein Sozialarbeiter und später noch eine Mitarbeiterin (Gaby Köhn) wurden eingestellt. Gaby Köhn soll jetzt entlassen werden. Der Kampf entbrannte erneut. Die Stadt hatte es abgelehnt, den befristeten Arbeitsvertrag von Gaby Köhn im Jugendzentrum zu verlängern. Sie hätte "mangelndes Engagement" gezeigt, so später Dr. Masannek (CDU), 1. Beigeordneter der Stadt. Die Jugendlichen sahen das anders. Sie waren über das Vorgehen der Stadt vorher nicht einmal informiert worden. Ihre Empörung war deshalb am Freitag (29.3.) groß. Sie sammelten spontan Pappkartons, berieten Forderungen und schrieben Plakate für eine Demonstration.
In der Nacht von Freitag auf Samstag hatten dann einige Jugendliche ebenso spontan Parolen mit grüneFarbe an das Rathaus, das Gebäude der Bockum-Höveler Zeitung und andere Geschäfte gemalt ("Gaby muß bleiben", "Das Jugendzentrum ist unser Haus", "Wir wollen den Vertrag für Gaby", "Dr.Masannek ist ein Heuchler").
Derart aufgescheucht kam am Samstag abend Dr.Masannek ins Jugendzentrum. Er hatte Gaby den Vertrag verweigert, unterschrieb aber nun eine Unterschriftenliste, auf der gefordert wurde: "Gaby muß bleiben". 350 Jugendliche unterschrieben ebenfalls. Hinterher sagte Masannek, seine Unterschrift sollte nur ein Witz (!) sein.
Montags fand im Jugendzentrum eine Vollversammlung der Jugendlichen statt, auf der die Durchführung einer Demonstration am Samstag, 6.4. beschlossen wurde. Inzwischen hieß es von der Stadt, über Gaby's Weiterbeschäftigung sei ja noch nicht entschieden, man würde das auf der nächsten Ratssitzung besprechen. Andererseits setzte die Stadt eine Belohnung von 500 DM "zur Ergreifung der Täter" (damit waren die Parolenschreiber gemeint) aus, die Polizei verhörte einen Jugendlichen nach dem anderen. Auf der Zeche Radbod ließ Bürgermeister Pytlik (SPD), der dort in der Ausbildungsabteilung sitzt, viele Lehrlinge und Jungarbeiter antanzen und versuchte sie auszufragen.
Obwohl die meisten Jugendlichen das Bemalen von Häusern für ein falsches Mittel hielten, stellten sie die Forderung auf: "Die Strafanträge müssen zurückgezogen werden!". Damit wehrten sie sich richtig gegen die Kriminalisierung ihrer Forderungen, die die Stadt durch ihr Vorgehen vertuschen wollte.
100 bis 120 Jugendliche nahmen dann an der Demonstration teil.

J.T., KAJB Hamm

Keine Massregelung!

Wuppertal. Die Stadtverwaltung hat der Jugendreferentin der Volkshochschule jede weitere Tätigkeit untersagt (s. KVZ Nr.6/74). Dagegen haben 26 Jugendbildungsreferenten des Deutschen Volkshochschulverbandes und des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben protestiert. Sie schreiben unter anderem:
"...Welche Gründe hat die Stadt Wuppertal, gegen Ingrid Wawrzyniak in dieser Weise vorzugehen? Wie es ausdrücklich in dem Kündigungsschreiben heißt, liegen die Gründe nicht in der Tätigkeit von Ingrid Wawrzyniak als Jugendbildungsreferentin an der Volkshochschule, sondern sie sollen darin bestehen, daß Ingrid Wawrzyniak vorbestraft ist und dies bei ihrer Einstellung verschwiegen hat. Tatsache ist, daß das polizeiliche Führungszeugnis von Ingrid Wawzryniak, das ihr von der Staatsanwaltschaft ausgestellt worden ist, keine Eintragungen aufweist und sie folglich auch nicht vorbestraft ist. Warum aber verbietet ihr die Stadt das Betreten städtischer Räume, besonders die der Volkshochschule und will, daß Ingrid Wawzryniak ihren fristlose Entlassung stillschweiged hinnimmt? Offensichtlich, damit die wahren Gründe nicht an das Tageslicht kommen.
Was war vorgefallen?
In der Stadt Wuppertal fordern die Jugendlichen seit langem, wie in vielen Städten der Bundesrepublik, ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Die Forderung nach einem Jugendzentrum hat in der Bevölkerung breite Unterstützung gefunden. Die Forderung vird von vielen Jugendgruppen unterstützt.
Die Verantwortlichen der Stadt sind auf die Forderung der Jugendlichen nicht eingegangen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, besetzten die Jugendlichen für eine kurze Zeit ein leerstehendes Haus. Die Antwort der Stadt war Polizeieinsatz, mehr als 100 Prozesse und der Versuch, die Bevölkerung gegen die Jugendlichen aufzubringen, indem sie die Jugendlichen als Kriminelle und politisch Verhetzte abstempelte.
Auf diesem Hintergrund, wurde im Rahmen des Jugendprogramms der Volkshochschule, für das Ingrid Wawrzyniak zuständig war, eine Diskussionsveranstaltung zum Thema – Selbstverwaltetes Jugendzentrum – angesetzt, zu der alle Jugendgruppen Wuppertals, die Gewerkschaften, die Eltern der Jugendlichen und alle interessierten Menschen eingeladen waren.
Der Oberstadtdirektor wollte die Veranstaltung absagen, allein taktische Gründe bewegten ihn nach eigener Aussage dazu, dies nicht zu tun. Ingrid Wawrzyniak gegenüber kündigte er die Bereitstellung von Polizei an und drohte offen mit ihrem Rausschmiß.
Ingrid Wawrzyniak hat sich nicht gebeugt und die Veranstaltung fand statt. Drei Tage später erhielt Ingrid Wawrzyniak ihr Beschäftigungsverbot. Das Kündigungsschreiben enthält kein Wort über den wahren Sachverhalt."

Jetzt hat der Deutsche Volkshochschulverband, der eigentliche Dienstherr, die Jugendreferentin vor die Wahl gestellt, entweder einer Verlängerung ihrer Probezeit um drei Monate zuzustimmen, oder mit Ablauf der sechsmonatigen Probezeit gekündigt zu werden.

Sofortige Aufhebung des Beschäftigungsverbotes!
Keine Maßregelung von Ingrid Wawrzyniak!

Brutal geräumt

JUGENDLICHE KRANKENHAUSREIF GESCHLAGEN

Frankfurt. Im Jugendhaus Frankfurt–Bonames fand am Samstag, den 30.3. ein Fest zum 11-jährigen Bestehen des Jugendhauses statt. Um 22.30 Uhr erschienen 2 Polizisten und forderten die Jugendlichen auf, die Musik leiser zu stellen, da Beschwerden aus der Nachbarschaft vorlägen. Daraufhin wurde die Musik leiser gestellt. Eine Stunde später erschienen 4 Polizisten und forderten die Jugendlichen auf, das Fest zu beenden.
Darüber empört, versuchten einige Jugendliche mit den Polizisten zu diskutieren, worauf die Polizisten mit den Worten: "Wir sind bedroht worden" das Haus verließen. Obgleich nun das Fest beendet wurde und sich nur noch einige zum Aufräumen im Jugendhaus aufhielten, tauchte um 24 Uhr ein Überfallkommando auf und räumte das Haus unter Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas. Als die Beamten den "Einsatzort" verlassen wollten, kehrten einige Jugendliche ins Jugendhaus zurück, worauf die Polizei das Haus erneut stürmte und die Jugendlichen aus dem Haus prügelte. Danach mußten 3 Jugendliche ins Krankenhaus gebracht werden.
Dieser Polizeieinsatz war anscheinend schon lange geplant. Indizien dafür sind die Äußerungen von Polizeibeamten, die eine Räumung schon seit einiger Zeit angedroht haben. Weiterhin sollen schon den ganzen Abend in den nahegelegenen "Niddawiesen" Einsatzwagen bereits gestanden haben.
Auf diese Räumung führten die Jugendlichen am darauffolgenden Samstag eine Protestversammlung im Jugendhaus durch. Sie hatte u. a. zum Ergebnis, daß ein Komitee gegründet werden soll, um die Forderung "Für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung" zu unterstützen.

D.C., Frankfurt

DAS PUB IST WIEDER OFFEN POLIZEI PROVOZIERTE

Wiesbaden. Am 1. April wurde das Jugendzentrum PUB wieder geöffnet. Sofort fand eine Vollversammlung statt, auf der sich zeigte, daß jetzt ein Mitbestimmungsmodell von der Zeitung angestrebt wird, um die Jugendlichen vom Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung abzubringen. Natürlich versuchte auch die Polizei wieder mitzumischen. Sie will nach wie vor mit ihren Spitzeln die Funktion des Provokateurs übernehmen, um die Jugendlichen einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Dieses Mal verhaftete sie einen Jugendlichen vor dem PUB. Die Vollversammlung zog daraufhin geschlossen vor das Polizeipräsidium und forderte die sofortige Freilassung des Jugendlichen.

Für ein unabhängiges Jugendzentrum

Hannover. Am 30. März besetzten Jugendliche aus dem Stadtteil Oststadt-List nach jahrelangen vergeblichen Verhandlungen mit der Stadt einen Bunker. Hier wollten sie ein unabhängiges Jugendzentrum aufbauen, in dem sie selbst bestimmen können, was sie in ihrer Freizeit machen.
Im Stadtteil Oststadt-List gibt es zwar ein Freizeitheim. Hier wird aber nicht nur vorgeschrieben, was man macht, sondern auch wie und wie lange (um 22 Uhr wird geschlosen). Das ist nicht im Sinn der Jugendlichen. Aus dieser Situation heraus bildete sich eine Aktionsgruppe Unabhängiges Jugendzentrum (UJZ).
Am 4. April ließ die Stadt durch die Polizei den Bunker räumen. Dabei wurden zum ersten Mal in Hannover mobile Einsatzkommandos der Polizei eingesetzt. Nach tagelanger Bespitzelung des Bunkers, nach andauernden Drohungen diesen gewaltsam zu räumen, ging das Einsatzkommando, obwohl sich niemand wehrte, brutal gegen die Jugendlichen im Bunker vor und zerstörte das von der Bevölkerung gespendete Mobiliar. Dann verhaftete sie die Besetzer und mauerte den Eingang des Bunkers zu.

Die Bundesvermögensstelle als Besitzerin des Bunkers erhob Anzeige gegen die Jugendlichen im Bunker wegen Hausfriedensbruch, unerlaubter Abnahme von elektrischem Strom und Sachbeschädigung.

Noch am selben Tag der Räumung fand eine Demonstration statt, auf der ungefähr 400 Jugendliche gegen die Maßnahmen der Stadt und die Strafanzeigen gegen die Jugendlichen im Bunker protestierten. Es zeigte sich, daß auch die Bewohner anderer Stadtteile dem Vorgehen und Verhalten der Jugendlichen zustimmten!

SA, ES, Hannover

Weg mit dem Paragraph 218 !

FRISTENLÖSUNG UND INDIKATIONSLÖSUNG BEDEUTEN WEITER KNEBELUNG

Noch in diesem Monat soll im Bundestag über die Änderung des § 218 entschieden werden.
Seit langem ist die Frage des Abtreibungsparagraphen Streitpunkt der Herren Volksvertreter im Bundestag. Worum geht es bei diesem Streit? Die einen treten ein für die sogenannte Indikationslösung, nach der bei genereller Beibehaltung der Strafbarkeit der Abtreibung in besonderen Fällen (Gefährdung der Gesundheit von Mutter bzw. des Kindes, Vergewaltigung, soziale Notlage) nach Überprüfung durch ein staatliches Gremium abgetrieben werden darf. Die anderen befürworten die Fristenlösung, die beinhaltet, daß in einer bestimmten Frist – nämlich 3 Monaten –, nach medizinischer Beratung die Abtreibung erlaubt ist. während sie hinterher wieder unter Strafe gestellt ist.

Es zeigt sich sehr schnell, daß die Auseinandersetzungen nicht um die Beseitigung der staatlichen Bevormundung geht, sondern darum, wie der § 218, der heute schon täglich über 1 000mal durchbrochen wird, aufrechterhalten werden kann. Es geht ihnen darum, wie der Staat seine angeschlagene Autorität hier wieder aufrichten kann. Denn in einem sind sich die Vertreter der verschiedenen "Lösungen" völlig einig: daß nämlich die Frage der Abtreibung weiterhin vom Staat kontrolliert werden soll, daß der staatliche Daumen draufbehalten werden soll.
Hier müssen wir ansetzen, wenn wir nicht dem Fortschrittsgetön auf den Leim gehen wollen. Was nützt z. B. die Indikationslösung einer Arbeiterin, die nach einem Achtstundentag einen Arzt suchen muß, der bereit und fähig ist, eine Abtreibung vorzunehmen, dann einen weiteren Arzt finden muß, der mit ihren Lebensverhältnissen besonders vertraut ist, und schließlich sich mit einem Berater und einem behördlichen Gremium auseinandersetzen muß? – denn genau diese Mühle sieht die Indikationslösung bei der sogenannten Notlagesituation vor. Es nützt ihr nichts – sie wird entweder das Kind zur Welt bringen, obwohl ihre Familie schon vorher kaum mit dem geringen Lohn zurechtkommen konnte, oder sie wird zu einem Kurpfuscher gehen und ihr Leben riskieren.

WIR SIND FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES § 218

Wenn wir sagen, daß wir für die Abschaffung des § 218 sind, so richten wir uns damit gegen die Versuche des bürgerlichen Staates, den § 218 als ein Bevormundungs- und Unterdrückungsinstrument in anderer Form weiterhin aufrechtzuerhalten. Wir stellen diese Forderung mit der Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat, der nicht zulassen kann, daß die Menschen ihre Angelegenheiten selbstätig in die Hand nehmen, der sie, wenn irgend möglich, in Unmündigkeit halten will, um selbst die Entscheidungen in allen gesellschaftlichen und öffentlichen Angelegenheiten treffen zu können, und zwar in seinem Interesse.

Diese Forderungen stellen wir ohne Einschränkungen, ohne "Fristen", nicht weil wir dafür wären, daß zu jedem beliebigen Zeitpunkt abgetrieben wird; nicht, weil uns medizinische Bedenken nichts kümmern, sondern weil jede Einschränkung als staatliches Bevormundungsinstrument sich gegen die freie Entscheidung der Menschen richtet, und weil wir meinen, daß der Staat den Betroffenen da nichts reinzureden hat; und weil wir schließlich darauf vertrauen, daß die Menschen von allein, ohne Bevormundung und ohne Kontrolle, selbst den medizinisch verantwortbaren Zeitpunkt für den Schwangerschaftsabbruch wählen werden.
Wenn wir sagen, daß die Betroffenen selbst entscheiden sollen, so muß herausgestellt werden, wer die Hauptbetroffenen sind. Es sind nicht primär bürgerliche Individuen, die auf ihre individuellen Freiheiten und ihre individuelle Selbstverwirklichung pochen – denn sie können allemal eine teure, nicht gesundheitsgefährdende Abtreibung im Ausland vornehmen. Die Betroffenen sind die Frauen und Männer des Volkes, deren Situation gekennzeichnet ist durch ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen und die es sich nicht leisten können, eine teure, medizinisch verantwortbare Abtreibung vorzunehmen. Die Tatsache, daß Frauen und Männer des Volkes betroffen sind, ist denjenigen entgegenzuhalten, die aus dem Kampf gegen den § 218 eine reine Frauensache machen wollen, die ihn allein führen als einen Kampf für die Emanzipation der Frau.

Trifft es den Familienvater einer 5-köpfigen Familie nicht ebenso, wenn ein viertes Kind zur Welt kommt? Ist der Lehrling im 1. Lehrjahr nicht auch hart getroffen, wenn seine Freundin ein Kind erwartet? Die Beispiele zeigen, daß der § 218 oder die Lösungsmöglichkeiten, die jetzt im Bundestag diskutiert werden, Knebelungsparagraphen für Mann und Frau sind, auch wenn die Frau in besonderer Weise betroffen ist. Da das so ist, muß der Kampf auch gemeinsam geführt werden als ein Kampf des ganzen Volkes gegen die Bevormundung durch den bürgerlichen Staat.

WIR SIND NICHT FÜR DIE ABTREIBUNG

Wenn wir sagen: wir sind für die Abschaffung des § 218, so treten wir damit nicht für die Abtreibung ein, meinen wir nicht, daß es gut sei.

Eine Arbeiterfamilie, die sich heute entscheidet, ein Kind abzutreiben, tut das nicht, weil sie die Abtreibung an sich für richtig hält, sondern weil sie die Verhältnisse dazu zwingen, weil sie z. B. nicht weiß, wo sie das Kind während der Arbeitszeit unterbringen und wie sie es aufziehen soll.

WIR SIND FÜR VERHÄLTNISSE, UNTER DENEN DAS VOLK SEINE KINDER OHNE NOT AUFZIEHEN KANN

Da es die Verhältnisse sind, die die Menschen zur Abtreibung zwingen, muß der Kampf für eine Veränderung der Verhältnisse geführt werden. Umfassend werden sich die Verhältnisse erst nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ändern, doch gilt es auch schon jetzt, den Kampf für bessere Lebensbedingungen aufzunehmen, die es z. B. einer Arbeiterfamilie ermöglichen, ohne Opfer Kinder aufzuziehen.

Wir müssen kämpfen für die Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Geburt bei voller Lohnfortzahlung. Für unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung. Der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden. An allen Arbeitsstätten müssen unentgeltlich Kindergärten und Kinderkrippen unter Kontrolle des Betriebsrates eingerichtet werden. Während der Arbeitszeit muß die Möglichkeit bestehen zur ausreichenden Betreuung der Kinder durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seiner Arbeitszeit auf 6 Stunden. Ein Elternteil muß bezahlten zusätzlichen Urlaub erhalten, wenn eins der Kinder krank ist.
Diese Forderungen sind unrealistisch nur für den Kapitalisten, für den unser Leben nur soviel bedeutet, wie unsere Arbeit ihm Profit bringt. Für die Lohnabhängigen sind diese Forderungen realistisch, weil sie das brauchen. Für diese Forderungen, die der KBW in seinem Programm aufstellt, müssen wir jetzt kämpfen – und wir müssen diesen Kampf führen mit dem Ziel, die Gesamtheit der menschenfeindlichen kapitalistischen Ausbeuterordnung zu beseitigen, um eine Gesellschaft aufzubauen, die nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen geordnet ist – den Sozialismus.

A.S., Heidelberg



Unterschriftensammlung in Köln. In Frankfurt wurden ebenfalls 5 000 Unterschriften in kurzer Zeit für die ersatzlose Streichung des § 218 gesammelt.

Erfolgreiche Veranstaltung

Am Samstag, den 6. April, wurde bundesweit von verschiedenen Frauengruppen und anderen Organisationen eine breite Informations- und Aufklärungsarbeit gegen den § 218 durchgeführt. Aktueller Anlaß für diese Aktionen ist die geplante letzte Lesung der Reform des Paragraphen am 25. April. Auch in Köln gingen wir mit Ständen, Zeitungen, Plaketten, Liedern und Puppenspiel in 8 Stadtteile und sammelten dabei in kurzer Zeit über 3 000 Unterschriften.

Obwohl die beteiligten Organisationen (KBW, Frauenbefreiungsaktion, Sozialistisch-Feministische Aktion, Puppenspieler "Wohin in Nippes Kinder") grundsätzlich z.T. sehr verschiedene Anschauungen haben, konnten wir uns zu dieser gemeinsamen Aktion zusammenfinden und gemeinsam in der Kölner Bevölkerung unsere Forderungen diskutieren und verankern:
Ersatzlose Streichung des § 218
Aufhebung aller Gesetzesbestimmungen, welche die Gleichberechtigung der Frau einschränken
Abtreibung und alle Verhütungsmittel auf Krankenschein
Übergabe des Gesundheitswesens an eine einheitliche Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen selbst gewählt wird.
Die Gespräche, die wir geführt haben, zeigen, daß der Unterschied zwischen einer gesetzlichen Regelung, und der ersatzlosen Streichung des § 218 vielen Menschen klar war und unsere Forderungen breite Zustimmung fanden.
Das große Interesse der Kölner Bevölkerung an diesem Problem zeigte sich nicht zuletzt an dem guten Besuch der gemeinsamen Veranstaltung am 10.4.. Über 500 Menschen, jung und alt, waren gekommen, um mit uns all die Probleme, die der § 218 aufwirft, zu diskutieren. In der Diskussion über die Weiterführung des Kampfes gegen den § 218 und für die aufgestellten Arbeiterschutzforderungen nach: Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 12 Wochen vor und nach der Niederkunft, bei anschließender Freistellung eines Elternteils für die Dauer von 15 Monaten; Fortzahlung des vollen Lohnes durch die Versicherungen; der Arbeitsplatz muß wieder zur Verfügung gestellt werden; Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kindergärten wurde herausgestellt, daß diese Forderungen von uns am 1. Mai vorgebracht werden müssen. Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse und des Volkes für ihre Rechte, werden wir auch unter diesen Forderungen demonstrieren. Als kurzfristige Aktion zur Vorbereitung aller weiteren Schritte und als Zusammenfassung der schon breiten Bewegung ist noch eine Demonstration am 20. April in Köln geplant.

KBW-Ortsgruppe Köln

Mordparagraph 218

BERICHT AUS EINEM KÖLNER KRANKENHAUS

Korrespondenz eines Kölner Medizinstudenten über seine Famulatur an der gynäkologischen Universitätsklinik.
Das reaktionäre Abtreibungsverbot treibt viele ungewollt schwangeren Frauen in die Hände von Wucherärzten und fachunkundigen Scharlatanen – darüber schriebt Ihr in der letzten KVZ. In der letzten Woche konnte ich als geburtshilflicher Praktikant aus äußerster Nähe die Folgen solcher unsachgemäßer Abtreibungen erleben. Da die Gefahren für Leben und Gesundheit der Frauen durch die gegenwärtige Abtreibungspraxis in der BRD immer noch vielfach verharmlost werden, möchte ich Euch die Geschichte von 2 Frauen mit einem septischen Abort (einem Abort, der eine bakterielle Allgemeininfektion auslöste) schildern.
Die erste Patientin gab erst im Angesicht äußerster Lebensgefahr zu, daß sie eine Abtreibung hinter sich hatte, so groß war die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung. Sie war bei einem älteren "Herrn" gewesen, der vorgab, vor dem letzten Weltkrieg Arzt gewesen zu sein; er hatte ihr anscheinend mit einer langen stumpfen Nadel Seifenlauge in die Gebärmutter gespritzt. Wahrscheinlich war die Gebärmutter durchstoßen worden und damit ein Infektionsweg in die Bauchhöhle eröffnet worden. Auf jeden Fall hatte die Frau jetzt eine beginnende Bauchfellentzündung mit großer Schmerzhaftigkeit des Bauches und hohem Fieber. Trotz hoher Lebensgefahr konnte die Patientin gerettet werden.
Zwei Tage später starb eine andere Patientin an den Folgen eines Abtreibungsversuches, den sie selbst mit Stricknadeln und heißer Salzlösung vorgenommen hatte. In welch auswegloser Lage muß eine Frau sein, um zu derartigen Manipulationen zu greifen! Als sie nachts eingeliefert wurde, machte der Krankheitsverlauf noch keinen allzu dramatischen Eindruck. Doch schon am nächsten Morgen war das Gerinnungssystem völlig aus dem Gleichgewicht geraten, das Blut quoll ihr aus dem Mund, der ganze Körper war von blau-violetten Flecken übersät. Nachdem das noch im Uterus befindliche Kind (7. Monat) geholt worden war, wurde die Patientin auf die internistische Intensivstation verlegt. Dort starb sie nach einem Tag.
Um in der Klinik die Gefährdung derartiger Patienten rechtzeitig auch nachts erkennen zu können, muß eine Laborbereitschaft eingerichtet werden! Die rechtzeitige Erfassung des Gerinnungsstatus hätte bei dieser Patientin wahrscheinlich ein frühzeitigeres und erfolgversprechenderes Eingreifen möglich gemacht.
Während meiner Praktikantenzeit gebar eine Frau ihr zehntes Kind. Schon nach der fünften Geburt wollte sie keine Kinder mehr. Sie verträgt die Pille nicht; einen Antrag beim Gesundheitsamt auf Erlaubnis einer Tubensterilisation verweigerte ihr Frauenarzt mit der Begründung: "Sie sind noch gesund und können noch viele Kinder bekommen!"
Heute hat sie 10 Kinder und arbeitet sich mit ihrem Mann zusammen halb zu Tode.

Am 20.3. konnte man es im Radio hören: die BRD liegt an der Spitze der Säuglingssterblichkeit in Westeuropa! Nach UNO-Statistiken sterben hier von 1 000 Säuglingen 22,5, andere Zahlen sagen 29, vor Vollendung des ersten Lebensjahres.

GERICHT ENTSCHIED: 37JÄHRIGE FRAU MUSS IHR 8.KIND ZUR WELT BRINGEN

"Ihr achtes Kind muß eine 37-jährige Frau aus Oberhausen zur Welt bringen, obwohl sie es nicht will. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf lehnte gestern ihren Antrag ab, mit dem der Gutachterausschuß der Ärztekammer Nordrhein gezwungen werden sollte, seinen Spruch gegen einen Schwangerschaftsabbruch aufzuheben. Die Voraussetzungen für eine Unterbrechung lägen nicht vor, stellte das Gericht fest, weil nach den Aussagen des sachverständigen Zeugen keine ernsten Gefahren für die Gesundheit der Frau bestünden.
Die 37-jährige zierliche Frau hat bereits sieben lebende Kinder, außerdem ist ein Kind gestorben, zudem hatte sie noch zwei Fehlgeburten."
(Ruhr-Nachrichten vom 21.3.74)

Die bürgerlichen Gerichte setzen sich über das Wohl des Volkes hinweg. Ja, durch Urteile wie dieses, tragen sie zur Verschlechterung der Lage des Volkes bei. Sie dienen der Entmündigung und Entrechtung der Volksmassen, weil sie den Menschen das Recht, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, vorenthalten.
Was den Schwangerschaftsabbruch betrifft, so ist klar, daß nur die Frau selbst, in Absprache mit ihrem Mann, in der Lage ist, zu entscheiden, ob sie die Verantwortung für ein Kind übernehmen kann. Der "Gutachterausschuß der Ärztekammer", vor dem jede Frau ihren Antrag auf Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen muß, hat im oben genannten Verfahren deutlich seinen Charakter aufgezeigt: er urteilt von seinem bornierten "medizinischen Standpunkt" aus, ohne die soziale und wirtschaftliche Lage überhaupt zu berücksichtigen, und arbeitet Hand in Hand mit der bürgerlichen Justiz.

N.C., Castrop-Rauxel

Kritik an der Redaktion

LESERBRIEF: "GEFÄHRLICH FALSCHER UNTERTITEL"

In der Nummer 8 hatten wir einen Abtreibungsfilm des katholischen Volkswartbundes angegriffen und dabei den Fehler gemacht, nicht das Filmdokument als schweinisch zu bezeichnen, sondern pauschal die kirchlichen Moralhüter Schweine genannt. Die Redaktion stimmt der Kritik zu.

In der Nr.7/74 der KVZ habt ihr einen Artikel gegen 'die schmutzige Moral der Kirchenfürsten' mit einem gefährlich falschen Untertitel versehen. In diesem Untertitel nennt ihr die kirchlichen Moralhüter 'Schweine'. Ich bin der Meinung, daß solche Ausdrücke schädlich sind, weil sie nur Verwirrung stiften und nichts an Kenntnissen verbreiten; diese Schimpfworte und Beleidigungen wirken abstoßend und verletzend. Daß es im Kampf gegen die Religion (und auch gegen deren Vertreter) aber immer um das Verbreiten von Kenntnissen geht, hob Lenin schon in seiner Rede auf dem 1. Gesamtrussischen Arbeiterinnenkongreß am 19. November 1918 hervor: "Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muß man außerordentlich vorsichtig vorgehen; großen Schaden richtet dabei an, wer in diesem Kampf das religiöse Gefühl verletzt. Der Kampf muß auf dem Wege der Propaganda, der Aufklärung geführt werden. Wenn wir den Kampf mit scharfen Methoden führen, können wir die Massen gegen uns aufbringen; ein solcher Kampf vertieft die Scheidung der Massen nach dem Religionsprinzip (Gut und Böse, A.M.), während unsere Stärke doch in der Einigkeit liegt. Die tiefsten Quellen religiöser Vorurteile sind Armut und Unwissenheit; eben diese Übel müssen wir bekämpfen." (Lenin Werke, Bd.28, S.176)

A.M., Heidelberg

WAS WÄHREND EINES STREIKS NOCH ALLES ERLEDIGT WERDEN KANN

Bremen. Während des Streiks mußten die Kollegen von VFW-Fokker auf dem Weg zum Streiklokal am "Haus der Kirche" vorbeigehen. Sie unterhielten sich über die Kirche und ihnen fiel ein, daß diese ihnen noch nie etwas genutzt hatte. Die Kirche ist eine völlig überflüssige Institution, in der es völlig unsinnig ist, Mitglied zu sein. Sie traten in das besagte Haus ein und erklärten ihren Austritt.

Betriebszelle VFW-Bremen

Grundlegende Änderung der Stellung der Frau

NEUORGANISATION DER HAUSARBEIT UND VERÄNDERUNG DER FAMILIENBEZIEHUNGEN IN CHINA

Während in der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung die Befreiung der Frauen in China und ihre Beteiligung an der Revolution und am Aufbau des Sozialismus beschrieben wurden, soll hier, ebenfalls anhand des Buches "Die Hälfte des Himmels" (C.Broyelle) noch ein anderer Aspekt beleuchtet werden: die Veränderung der Familienbeziehungen und die Neuorganisation der Hausarbeit.

GLEICHBERECHTIGUNG DER BEIDEN GESCHLECHTER IN DER EHE

Mit der Teilnahme der Frauen an der Revolution und dem Sturz der Ausbeuterklassen änderte sich die Stellung der Frauen in der Familie radikal. Die ehelichen Beziehungen wurden durch ein neues Gesetz geregelt, das die freie Wahl der Partner, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und kostenlose Scheidung festlegte. Das Konkubinat und die Bigamie (Heirat mehrerer Personen) wurden verboten. Ebenfalls verboten wurden Kinderverlobungen, Einspruch gegen Wiederheirat von Witwen, Ansprüche auf Geld oder Geschenke bei der Eheschließung und andere feudale Sitten. Die alleinstehenden Frauen konnten selber Land erhalten, um nicht mehr wirtschaftlich von den Männern abhängig zu sein. Nachdem das neue Ehegesetz in Kraft getreten war, ließen sich Tausende von Frauen von ihren Männern scheiden, viele in den Familien niedergehaltene Frauen erhoben das Haupt und schlossen sich den gesellschaftlichen und politischen Tätigkeiten an.

Um weitere Mißhandlungen von Frauen durch ihre Männer zu verhindern, wurden überall von den Frauen "Wachsamkeitstrupps" gegründet. In Fällen, in denen die Frau schlecht behandelt wurde, griffen diese "Wachsamkeitstrupps" sofort ein. C.Broyelle berichtet vom Beispiel der Frau des Bauern Man-tsang:

"Als sie von einer Versammlung des Frauenverbandes nach Haus kam, schlug ihr Mann sie und schrie: 'Ich werd Dir das Zuhausebleiben noch beibringen! Ich werd Dir Deine Mucken austreiben!' Aber Man-tsangs Frau überraschte ihren Herrn: Sie klagte ihren Mann beim Sekretär des Frauenverbandes an. Es wurde eine Versammlung einberufen, zu der mindestens ein Drittel der Frauen erschienen. Vor dieser Versammlung entschlossener Frauen wurde die Forderung gestellt, daß Man-tsang sich rechtfertigen solle. Man-tsang kam, arrogant und uneinsichtig. Er sagte, daß er seine Frau geschlagen habe, weil sie zu den Versammlungen ging. 'Sie geht bloß deshalb dahin, damit sie frei herumflirten und sich verführen lassen kann.' Diese Sätze riefen den wütenden Protest der versammelten Frauen hervor. Die Frauen stürzten sich auf ihn: 'Willst Du sie nochmal schlagen? Willst Du sie schlagen um uns alle zu verleumden? Du Hurensohn! Vielleicht wird Dir das eine Lehre sein!' Dabei schlugen




Die Frauen nehmen an den gesellschaftlichen Bewegungen teil

sie auf ihn ein, bis er kaum noch atmen konnte.

Der Mann versprach in höchster Panik, nie mehr seine Frau zu schlagen. Von diesem Tag an nannte man sie im ganzen Dorf nach ihrem Mädchennamen Ch'eng Ai-lien und nicht mehr einfach Man-tsangs Frau wie vorher."

Zu derartigen Maßnahmen waren die Frauenverbände gezwungen, um ein Minimum an Sicherheit für die Frauen zu gewährleisten, die am Befreiungskampf teilnehmen wollten. Die Männer lernten so sehr schnell, ihren Frauen behutsamer gegenüberzutreten, auch wenn sie nicht mit deren gesellschaftlichen Aktivitäten einverstanden waren.

FAMILIENPLANUNG UND SPÄTE HEIRAT

Gegenwärtig wird in ganz China die späte Heirat (mit 25 bis 28 Jahren) propagiert, den Familien wird empfohlen, nicht mehr als zwei Kinder zu haben. Diese Maßnahmen sind nicht nur für eine planmäßige Zunahme der Bevölkerung wichtig, sondern dienen dem Schutz der Interessen von Mutter und Kind. Die späte Heirat gewährleistet, daß die Frauen ebenso wie die Männer selbständig heranwachsen, sich in den verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen, dem Klassenkampf, der Produktion und dem wissenschaftlichen Experimentieren stählen können und lernen, politische Verantwortung zu übernehmen. Diese Frauen werden niemals mehr freiwillig an den Hausherd zurückkehren, sie werden sich niemals wie früher dem Mann unterordnen.

Die Beschränkung auf zwei Kinder wird vor allem auch deshalb angeregt, weil eine Frau mit vielen Kindern nur unter größten Schwierigkeiten an der kollektiven Produktion teilnehmen kann und auch ihre politische Tätigkeit und Schulung wird dadurch beeinträchtigt. Das muß sich ungünstig auf ihre Stellung in der Gesellschaft und der Familie auswirken.

Verhütungsmittel werden an alle Familien kostenlos abgegeben. Die Abtreibung ist völlig frei und praktisch kostenlos, sie berechtigt zu zwei Wochen Krankenurlaub, die wie bei jeder anderen Krankheit zu 100 % vergütet werden.

NEUE FAMILIENBEZIEHUNGEN

Die neue chinesische Familie muß in Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Umwälzung gesehen werden, in der sie ihren Platz hat. Anstatt sich abstrakt eine Chinesin vorzustellen, muß man eine Frau wie Ma Yü-yin, von der Straßenfabrik Tschao Yan in Peking, vor Augen haben, die mit vollem Bewußtsein am Aufbau eines neuen Lebens teilnimmt, eine Frau, die jeden Morgen in die Fabrik geht, um "die Revolution zu machen". Die chinesische Frau kämpft Schulter an Schulter mit dem Mann in der Revolution und spielt ihre Rolle als "andere Hälfte" beim Aufbau des Sozialismus. Im Familienleben sind kameradschaftliche Beziehungen an die Stelle der Autorität des Mannes in der Familie getreten. Mann und Frau achten und helfen sich gegenseitig und verrichten gemeinsam die Hausarbeit, die von den gesellschaftlichen Einrichtungen noch nicht übernommen worden ist.

KINDERKRIPPEN 24 STUNDEN AM TAG

Eine Voraussetzung für die gesellschaftliche Produktionstätigkeit der Frau ist es, daß die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Dazu gehört vor allem, daß es genügend Kinderkrippen und Kindergärten gibt. Diese befinden sich meistens direkt am Arbeitsplatz oder in der Nähe und in den Wohnvierteln. Dort werden Kinder im Alter von 56 Tagen bis zu 7 Jahren aufgenommen. Stillenden Müttern werden täglich bei der Arbeit zwei Stillpausen gewährt, die voll bezahlt sind. Die Kinderkrippen haben 24 Stunden am Tag Dienst, damit die Eltern abends gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten nachgehen können, bzw. auch den Arbeiterinnen der Nachtschichten gedient wird. Die Eltern können ihre Kinder zu sich nehmen, wann sie wollen.

DIE NEUE ORGANISATION DER HAUSARBEIT IM WOHNVIERTEL

Neben den Kantinen in der Fabrik und an den verschiedenen Arbeitsplätzen ist das "Volksrestaurant", das sich in jedem Viertel befindet, der Ort, wo die meisten Menschen ihre Mahlzeiten einnehmen. Die private Küche und Hausarbeit hat dadurch erheblich an Bedeutung verloren. Aber nicht nur das Kochen, auch Nähen, Flicken, Putzen werden mehr und mehr von öffentlichen Werkstätten übernommen. Die Arbeiter der Nähwerkstatt eines Schanghaier Wohnviertels zum Beispiel gehen morgens von Wohnung zu Wohnung, um die reparaturbedürftigen Kleidungsstücke einzusammeln. Dann kehren sie in die Werkstatt zurück und machen sich an die Arbeit. Die fertigen Kleider werden wieder in den Wohnungen abgeliefert, zu einem Preis, der kaum mehr als die Materialkosten deckt. Entsprechende Dienstleistungen gibt es für Wäschewaschen, Bügeln, Schuhreparaturen, Ausbessern der Bettwäsche sowie Maßschneiderei.

Diese Arbeitstrupps wurden von den Frauen ins Leben gerufen, aber heute sind daran auch andere Personen beteiligt, zum Beispiel Rentner und Jugendliche außerhalb des Studiums. Die Arbeiter dieser Werkstätten arbeiten drei bis vier Stunden täglich. Sie werden von der Verwaltung der Wohnviertel aus dem Städtischen Fonds bezahlt.

DER KAMPF IST NOCH NICHT ZU ENDE

Die tausendjährige Unterjochung und Unterdrückung der chinesischen Frau ist abgeschlossen. Der Aufbau des Sozialismus hat der völligen Befreiung der Frau den Weg gebahnt. Aber:

"Die Überreste der alten Ideen, in denen sich das alte System widerspiegelt, verbleiben unvermeidlich für eine lange Zeit im Kopf der Menschen und weichen nicht leicht." (Mao Tsetung)

Die von der Doktrin der Sklavenhalter-Philosophen Konfuzius und Menzius stammende und seit 2 000 Jahren bestehende alte Denkweise, daß der Mann überlegen und die Frau unterlegen ist, ist in China noch nicht restlos beseitigt und die alten Sitten und Gebräuche hemmen in gewissem Grade die Entwicklung der Sache der Befreiung der Frau. Die chinesischen Frauen, genau wie die Männer, setzen sich in der gegenwärtigen Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ein und betrachten diese als Schritt für ihre völlige Befreiung.

—R.W., Heidelberg—

C.Broyelle: Die Hälfte des Himmels. Frauenemanzipation und Kindererziehung in China. 173 Seiten. Nr. 49 der Reihe "Politik" des Verlags Wagenbach. Preis: DM 7,50; zu beziehen über: "Buchvertrieb Offenbach" (vorläufiger Name), 605 Offenbach, Bieberer Str. 82, Tel. 0611/888 928

Familienplanung in China

DIE FAMILIEN DISKUTIEREN, WELCHE ALS NÄCHSTE EIN KIND BEKOMMEN SOLL

Im heutigen China ist die Familienplanung eine unsichtbare, aber unaufhörliche und sehr wirksame Bewegung. Sie stützt sich auf besondere Beauftragte: Komitees auf jeder Ebene, von der kleinen Produktionseinheit und ihren unteren Kadern bis zum Rat für Familienplanung des Gesundheitsministeriums.

Aber auf keiner chinesischen Straße, in keinem Dorf wird man je ein Plakat oder eine Parole für die Geburtenkontrolle finden, wie etwa in Indien. "Am Anfang haben wir das gemacht, aber die Menschen waren schockiert, und es führte zu Feindseligkeiten", sagte mir ein Funktionär. In Yunnan wird mir gesagt, daß die Frauen noch immer diese öffentliche Diskussion der Frage ablehnen würden, aber sehr bereit sind, sie auf Versammlungen zu diskutieren.

Es gibt keine "Überbevölkerung". Aber es wird betont, daß die Zeit gekommen ist, mit dem Ende der Kulturrevolution, um dieser Frage Beachtung zu schenken. In den Provinzen und in jedem Kreis ist es der Parteisekretär, der verantwortlich für die Bewegung zur Geburtenkontrolle ist; das weist auf die Bedeutung dieser Aufgabe hin. "Die Rolle der barfüßigen Ärzte ist in der Geburtenkontrolle ziemlich beschränkt; es sind die weiblichen Kader, die den Volksmassen besser bekannt sind, die Einfluß ausüben können."

In den großen Städten wie Peking, Schanghai und Tientsin hat jede Fabrik, jede Organisation, Abteilung, jedes Ministerium, Büro, jede Werkstatt ihre Familienplaner und ihre Familienplanungszelle und -programm.

Wiederum sucht die Bewegung die vollständige Teilnahme der Massen, und seit der Kulturrevolution ist dies fast eine eingefleischte Gewohnheit geworden, denn die Massen sind weit bereiter für die Diskussion und Debatte als sie es jemals waren. In jeder Straße gibt es ein Nachbarschaftskomitee, das aus zwei oder mehr Frauen der Straße besteht; sie sind in jedem Viertel mit einer Klinik, mit einem Hausarzt und fünf oder sechs Krankenschwestern verbunden, die alle ebenfalls mit der Familienplanung zu tun haben.

Vor einigen Monaten wurden in der ganzen Bevölkerung von Peking Fragebögen verteilt, um die vergangenen und künftigen Geburten zu erfassen. Jeder Block hielt daraufhin "Versammlungen" ab, um über die Zahl der Babies zu diskutieren, die jeder im nächsten Jahr bekommen wollte. Die Familien müssen sich untereinander einigen, wer und wer nicht an der Reihe ist, ein Baby zu bekommen. So würde in einem Haus mit vier Familien die Familie A., die frisch verheiratet ist, das erste Anrecht auf ein Baby im Jahre 1973 haben, die Familie B., die bereits vier Kinder hat, würde dafür gewonnen werden müssen, keine Kinder mehr zu bekommen, und für die Sterilisierung der Frau, die Vasektomie des Mannes oder die Geburtenkontrolle mit anderen Mitteln "mobilisiert" werden – alle Verhütungsmittel werden umsonst verteilt und auch alle Operationen sind umsonst. Die Familie C. hatte ein Problem: sie hatte zwei kleine Mädchen und wünschte sich ein Drittes, einen Jungen; sie wurden aber gebeten, bis 1974 zu warten. Die Familie D. hatte nach sieben Jahren Ehe noch kein Kind; die Frau wurde in eine Klinik zur Behandlung von Sterilität geschickt.

In allen Institutionen findet der gleiche massenhafte Prozeß der persönlichen Beteiligung und Entscheidung nach gemeinsamer Diskussion statt. Eine Freundin sagte mir, daß sich in ihrer Organisation alle Frauen entschlossen haben, nicht mehr als zwei Kinder zu bekommen. Unglücklicherweise wurde eine Frau schwanger, ohne es zu wollen und außer der Reihe; sie nahm damit einer anderen Frau die Möglichkeit, ein Kind zu bekommen, die noch keins hatte und gern eins haben wollte. "Um ihre Nachbarin nicht zu behindern, hat diese Frau daraufhin abtreiben lassen, obwohl sie nur zwei Mädchen hatte und sich einen Jungen wünschte. Das war kollektiv von ihr gedacht." Kollektives Denken, Zurücktreten der eigenen Person, eine Solidarität von Frau zu Frau, wird auf diese Weise in allen Straßen gefördert und in die Geburtenkontrolle eingebracht.

In jeder Fabrik gibt es auf der Ebene der Produktionsabteilung Familienplaner, die die männlichen und weiblichen Arbeiter erziehen. In einer Fabrik, wo einige der älteren Arbeiter aus einer anderen Stadt kommen, erhalten sie Verhütungsmittel, wenn sie zurückgehen.

Die Geburtenrate in den Städten ist gefallen. Im Gebiet Peking mit einer Bevölkerung von 7, 8 Millionen gab es 1972 140 000 Geburten und 53 000 Sterbefälle, d. h. die Bevölkerung wuchs um 1,17 %. Das Ergebnis von Schanghai ist noch beachtlicher: nur 0,6 % Bevölkerungsnachwuchs im Jahr 1972.

Die nationalen Minderheiten praktizieren keine Geburtenkontrolle, was eine weitere Konzession an menschliche Gefühle darstellt.

"Die Minderheiten wollen alle mehr Kinder haben. Wir dürfen sie nicht zwingen; sie waren in der Vergangenheit so unterdrückt." Daher gibt es die Bewegung zur Geburtenkontrolle nur im Han-Volk (93 % der Gesamtbevölkerung von China).

Han Juyin (aus New York Times)

Spendenliste

VOM 18. MÄRZ BIS ZUM 4. APRIL

Spender	Betrag
G.R., Heidelberg	1 000,00 DM
H.O., Saarbrücken	100,00 DM
Mitgliederversammlung der KSO Gießen	130,00 DM
W.K., Delmenhorst	30,00 DM
W.A.G., Bremerhaven	103,00 DM
Kommunistische Schülergruppe Herne	170,00 DM
K.H., Friedrichshafen	130,00 DM
Spendensammlung Buchladen Frankfurt	250,00 DM
W.S. und A.P., Frankfurt	150,00 DM
J.E., Reutlingen	20,00 DM
O.M., Kiel	1 000,00 DM
Gruppe Augsburger Kommunisten	140,00 DM
Sammlung Buchladen Hildesheim	30,00 DM
Zelle Slavistik des KSB Göttingen	50,00 DM
G. und W., Kiel	50,00 DM
Zelle Theologische Fakultät des KSB Göttingen	50,00 DM
W.G. und J.R., Kassel	200,00 DM
Kohl- und Pinkel-Fahrer, Bremen-Nord	68,00 DM
Th.H., Sobernheim	50,00 DM
Spende R.Z. Münster	50,00 DM
Sammlung Ortsgruppe Göttingen	40,00 DM
F.H. und K.V., Göttingen	35,00 DM
H.S., Heidelberg	50,00 DM
W.M., Greven	50,00 DM
K.G., P.W., A.M., Mainz	120,00 DM
E.L., Freiburg	100,00 DM
A.S., München	65,00 DM
W.M., Heidelberg	50,00 DM
Spendensammlung Buchladen Göttingen	220,00 DM
K.N., Kassel	20,00 DM
ehemaliges Wohnkollektiv Schumannstraße, Frankfurt	53,33 DM
Zelle Math/Physik des KSB Braunschweig	110,00 DM
E.G., Freiburg	500,00 DM
VKI, Göttingen	680,00 DM
Spendensammlung Buchladen Wolfsburg	100,00 DM
Zelle Jura des KSB Göttingen	75,00 DM
W.S., Heidelberg	100,00 DM
G.J., Heidelberg	30,00 DM

Die Revolution in Oman wächst

BERICHT DER PFLOAG ÜBER 8 JAHRE BEFREIUNGSKAMPF

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 7 veröffentlichten wir einen Aufruf der Volksfront für die Befreiung Omans und des arabischen Golfs (PFLOAG), mit dem sie alle Freunde und fortschrittlichen Menschen aufforderte, die materielle Unterstützung für den Befreiungskampf des Volks von Oman zu verstärken. Bereits wenige Tage nach der Veröffentlichung gingen beim Nahost-Komitee in Heidelberg die ersten Spenden und Anfragen nach Lebensmittel- und Medikamentenlisten ein. 3 000 DM und zahlreiche Pakete mit Kleidung und Medikamenten können bereits an die PFLOAG weitergeleitet werden. Das kann nur der Anfang sein. Um noch ein genaueres Bild zu geben von der Lage in den befreiten Gebieten, den Errungenschaften und Gefahren für die Revolution in Oman, drucken wir die folgende Übersetzung aus dem Organ der PFLOAG "Neunter Juni" vom Juni 1973 ab (am 9. Juni 1965 begann in den Bergen von Dhofar der bewaffnete Aufstand gegen die britischen Kolonialisten und ihren Handlanger, den Sultan Quabus von Oman. Anm. der Red.):

Die Revolutionäre sind von Anfang an davon ausgegangen, daß nur die Massen die Geschichte gestalten und daß die Massen das Rückgrat der Revolution sind. Insbesondere nach dem 2. Kongreß der PFLOAG 1968 konzentrierte sich die Arbeit der Front auf die Aufklärung der Volksmassen und die Festigung der Verbindung der Kämpfer mit dem Volk.

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STRUKTUR DHOFARS

Die Dorfgemeinschaft in Dhofar gründet sich auf rückständige Stammesverhältnisse. Die Mehrzahl der Bevölkerung sind Viehzüchter. Sie leben in Hütten aus Baumzweigen oder in Höhlen. Ein kleines Dorf besteht aus durchschnittlich zehn Hütten. Die Stammes- und Sippenzugehörigkeit übt einen großen Einfluß auf das gesellschaftliche und ökonomische Leben aus. Die Dorfgemeinschaft gründet sich auf Kollektiveigentum an Acker, Weideflächen und Wasserquellen. Wegen oft blutiger Stammesfehden sind die meisten Mitglieder eines Stammes bewaffnet.

Die britische Kolonialmacht hat bewußt durch Gesetze diese rückständigen Verhältnisse im Dorf aufrecht erhalten. So werden z.B. keine Steuern erhoben für den Erwerb von Waffen, dagegen sind Steuern in Höhe von 100 % zu zahlen beim Erwerb einer Wasserpumpe. Es gibt keine Schulen, keine Verkehrswege, keine Krankenhäuser.

DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER REVOLUTION

Die Zerschlagung der Stammesstrukturen

Nach dem zweiten PFLOAG-Kongreß 1968 wurden "Komitees zur Lösung der Volksprobleme" gegründet, deren Aufgabe es ist, die Bevölkerung aufzuklären und die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Stämmen und Sippen zu schlichten, so z.B. Streitigkeiten um Erbschaften, Wasserquellen, Weideflächen und auch andere soziale Probleme.

Es gelang der Revolution durch die

Es gelang der Revolution durch die Herstellung der Verbindung zwischen der Volksbefreiungsarmee und den Massen sowie zwischen den Problemen des Einzelnen und dem nationalen Befreiungskampf, die Stammesstrukturen zu sprengen und neue soziale Verhältnisse herzustellen. Diese neuen Verhältnisse beruhen auf dem gemeinsamen nationalen Interesse, der gegenseitigen Respektierung des Einzelnen und der Gleichberechtigung aller. Die Sklaverei wurde verboten und die Sklaven befreit. Die Weiden und Wasserquellen, die jahrhundertelang Ursache für blutige Stammesfehden waren, wurden zu Volkseigentum. Auf dem Kongreß von Rachjut 1971 wurde das Stammeseigentum zu Volkseigentum erklärt. Dies wurde gesetzlich verankert, nachdem das Volk darüber entschieden hatte.

Die Beseitigung des Analphabetentums

Das hundertprozentige Analphabetentum in den Dörfern wurde bewußt vom Sultan und den britischen Kolonialisten aufrechterhalten. In den Dörfern gab es keine einzige Schule. Auch in den Städten wurde jeweils nur eine einzige Volksschule gegründet. Das Analphabetentum ist für ein Volk, das eine neue Gesellschaft aufbauen will, ein großes Hindernis.

Die Volksbefreiungsarmee z.B. setzt sich zusammen aus Dorfbewohnern, die Analphabeten sind. Die PFLOAG betrachtete es als wichtige Aufgabe, den Soldaten Lesen und Schreiben beizubringen. Denn der Kampf des Volkes ist nicht nur ein Kampf mit der Waffe, sondern auch ein ideologischer Kampf. 75 % der Volksarmee können heute lesen und schreiben.

Für das Volk wurden überall Kurse eingerichtet, so in den Krankenlagern, in den Armeelagern usw. Im Westteil Dhofars wurden Zentren gebildet für die Beseitigung des Analphabetentums. Bemerkenswert ist, daß die Frauen das größte Interesse dafür zeigten. 1969 wurde das "Revolutionslager" gegründet. Es dient der politischen und militärischen Ausbildung und der Beseitigung des Analphabetentums. Trotz der beschränkten materiellen Möglichkeiten sind bis heute mehrere Gruppen erfolgreich dort ausgebildet worden.

Die Revolutionsschulen

Am 1. April 1970 wurde in den befreiten Gebieten die erste Volksschule gegründet. Im ersten Jahr wurden dort 60 Kinder, Kinder gefallener Kämpfer, ausgebildet. Auf Wunsch der Bevölkerung wurde die "Lenin-Schule" vergrößert. 1972 wurde die erste weiterführende Schule ("Neunter-Juni-Schule") gebaut. In beiden Schulen zusammen sind ca. 1 000 Schüler und Schülerinnen. Da es der Revolution an Kadern fehlt, die die Ausbildung leiten können, müssen die

Kinder der Oberstufe bei der Ausbil-

Kinder der Oberstufe bei der Ausbildung der Unterstufe mithelfen. "Kritik und Selbstkritik" und "politische Ausbildung" sind neben Arabisch, Mathematik, Geschichte usw. die wichtigsten Unterrichtsfächer. Mit Hilfe von Kritik und Selbstkritik wird versucht, die pädagogischen Fehler zu beheben, um eine neue revolutionäre Generation auszubilden, die ihr Wissen und Können im Dienste der Revolution und der Massen einsetzt.

Die Landwirtschaft

Durch die Politik der Isolierung, die die Kolonialisten betrieben, wurde die Rückständigkeit der Dörfer verstärkt. Die Dörfer waren total angewiesen auf die Städte. Nach der Revolution wurden die Dörfer befreit und die Massen verbündeten sich mit den Kämpfern. Quabus und die britischen Kolonialisten versuchten daher, die Dörfer zu zerstören. Quabus verbot den Dorfbewohnern, in die Städte zu gehen. Er ließ die Städte mit Stacheldrahtverhauen umgeben. Mit der Isolierung der Dörfer von den Städten versuchte er eine Hungersnot unter den Dorfbewohnern zu provozieren, damit sie sich ergeben. Deshalb widmete die PFLOAG der Entwicklung der Landwirtschaft in den befreiten Gebieten besondere Aufmerksamkeit. Um das Prinzip der Selbstversorgung durchzusetzen, wurden landwirtschaftliche Komitees gegründet, die die Bevölkerung aufforderten, das Land zu bebauen. Auch die Mitglieder der Volksarmee müssen in ihrer Freizeit beim Bebauen des Bodens mithelfen. Mit Hilfe der Komitees wurden kleine Staudämme gebaut, um das Regenwasser zu sammeln. Diese Staudämme sind heute oft die Ziele der britischen Luftwaffe.

Die Bewohner der befreiten Gebiete sowie die Kämpfer erhalten am Tag nur eine einzige Mahlzeit, meistens eine unvollständige. **Die Hilfe unserer Freunde ist sehr dringend notwendig, um uns wenigstens eine Mahlzeit am Tag zu sichern.** Auch der Protest gegen die kriminellen Taten des Quabus-Regimes, das den Dorfbewohnern verbietet, Nahrungsmittel in den Städten einzukaufen und Vieh und Land bombardiert, ist die Aufgabe aller fortschrittlichen und friedliebenden Menschenund aller humanitären und internationalen Organisationen und des Roten Kreuzes. Die PFLOAG versucht mit allen ihren Kräften die Produktion zu entfalten, aber uns **fehlen landwirtschaftliche Berater, Produktionsinstrumente, Spritzpumpen, chemische Mittel, mechanische Pflüge und Erntegeräte.** Unsere Revolution muß unter den schwersten Bedingungen kämpfen, aber wir glauben fest an die Fähigkeit der Massen, zu kämpfen und zu siegen.



Die PFLOAG betrachtet es als wichtige Aufgabe, den Soldaten Lesen und Schreiben beizubringen.

Befreiung der Frau

Die Frauen auf den Dörfern haben gegenüber ihren Schwestern in den Städten eine bessere Stellung. Denn sie beteiligen sich aktiv an der Produktion, haben das Recht auf Eigentum und brauchen keinen Schleier zu tragen. Aber auch sie sind unterdrückt, so wie die Volksmassen insgesamt in den Dörfern. Sie leiden zusätzlich unter der rückständigen Behandlung der Frau, die als Ware gehandelt wird. Je nach Stammeszugehörigkeit wurden sie von ihren Vätern billiger oder teurer an ihre Ehemänner verkauft.

Der zweite Kongreß der PFLOAG 1968 betonte, daß die Beteiligung der Frau am Kampf eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung der revolutionären Veränderung der Gesellschaft ist. Alle Gesetze, die die Freiheit der Frau einschränken, wurden abgeschafft. Die Frauen dürfen ihre Ehemänner selbst wählen und haben die gleichen Rechte in der Ausbildung und der Teilnahme am Kampf. Der nationale Befreiungskampf ist sowohl der Rahmen für die Mobilisierung der Frau als auch die Bedingung ihrer Emanzipation. 1969 wurden im "Revolutionslager" auch Frauen politisch und militärisch ausgebildet. An der Front sind zahlreiche Kämpferinnen gefallen.

Die Volksräte

1971 wurden die ersten Volksräte in den befreiten Gebieten gebildet. Diese Räte sind ein Schritt, um die Volksdemokratie zu verankern. Die Volksräte werden aus der Mitte der Dorfbewohner gewählt. Sie regeln die öffentlichen Angelegenheiten.

Komitees für das Gesundheitswesen

Durch die Vernachlässigung des Gesundheitswesens während der Kolonialzeit sind sehr viele Krankheiten unter dem Volk verbreitet. Dazu kommt noch der Vernichtungskrieg, den die britischen Kolonialisten und ihre reaktionären Helfershelfer gegen unser Volk führen:

Ermordungen, Verletzungen, Verwundungen, Verbrennungen, Vergiftungen von Hunderten von Menschen;

die Vernichtung von Lebensressourcen und die Blockade führen zu Unterernährungskrankheiten wie z.B. Malaria, Ruhr, Drachoma (Augenkrankheit), Tuberkulose; besonders ältere Menschen, schwangere Frauen und Kinder sind dadurch gefährdet. Die Sterblichkeitsrate unserer Kinder ist in der letzten Zeit erheblich gestiegen.

Diese Schwierigkeiten werden immer unüberwindbarer, je stärker die barbarischen Angriffe des Feindes werden. Viele der verwundeten Genossen sind gestorben, weil unsere medizinische Versorgung so unzureichend ist. Die PFLOAG hat folgende Maßnahmen ergriffen, um eine minimale medizinische Versorgung zu sichern: Eine Gruppe aus der Volksbefreiungsarmee wurde für Erste Hilfe ausgebildet und in den befreiten Gebieten eingesetzt.

Ende 1972 gründete man Komitees für Gesundheitsdienste mit folgenden Aufgaben:

- Erste Hilfe für Verwundungen, Verbrennungen und Vergiftungen;
- die Behandlung von Krankheiten;
- die Bewachung des Gesundheits-
- die Bewachung des Gesundheitsdienstes.

Im Krankenhaus "Habuk" (benannt nach einem gefallenen Genossen) werden die schweren Fälle von einem zuständigen Arzt behandelt. Die Schwierigkeiten, auf die wir stoßen, sind:

Mangel an Ärzten und Arzthelfern,

Mangel an medizinischen Apparaturen, an Medikamenten,

Vernichtung der Gesundheitszentren durch die englische Luftwaffe. Trotz allem wird die PFLOAG alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die grundlegende medizinische Versorgung zu gewährleisten. **Dabei rechnet sie fest mit der Unterstützung ihrer Freunde.**

Palästina: Kampf in den besetzten Gebieten

DAS PALÄSTINENSISCHE VOLK KÄMPFT UM SEIN RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG

Der Kampf des palästinensischen Volkes in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten geht unvermindert weiter. Ja er hat sogar seit dem Oktoberkrieg einen großen Aufschwung genommen. Herausragende Beispiele dafür sind der Wahlboykott im arabischen Teil Jerusalems, wo 92 % der arabischen Bevölkerung die Wahlen zum israelischen Parlament boykottierten.

Den Supermächten USA und SU, die die Sicherung des israelischen Kolonialistenstaates und die Einkreisung und Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung anstreben, ist dieser Kampf ein Dorn im Auge.

In den von Israel besetzten Gebieten westlich des Jordan hat sich die Bevölkerung zum Kampf gegen diese Pläne der Imperialisten in einer breiten Einheitsfront zusammengeschlossen, in der Palästinensischen Nationalen Front (PNF). In der PNF sind Menschen aus allen Schichten und Klassen des Volkes vereint: Männer und Frauen, Arbeiter und Bauern, Schüler, Studenten, Intellektuelle und Priester.

Im Dezember 1973 organisierte die PNF den Wahlboykott in Jerusalem unter den Parolen:

Jeder, der wählt, ist ein Verräter der arabischen Sache!

Unser einziger Vertreter ist die PLO!

Das war eine deutliche Absage an alle Versuche der israelischen Besatzer, Jerusalem in Israel einzugliedern. In allen Teilen der besetzten Gebiete gehen tausende von Schülern und Studenten auf die Straße. Sie demonstrieren gegen die miserablen Schulverhältnisse und gegen die ständige Schließung ihrer Ausbildungsstätten unter dem Vorwand, es seien 'Unruheherde'. Die Lehrer demonstrieren gegen die Preissteigerungen und gegen die höheren Steuern. Das zionistische Regime trägt die Kosten des Oktoberkrieges auf dem Rücken der israelischen und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aus: Steuererhöhungen um 35 % und Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln bis zu 75 % bei gleichzeitigem Lohnstopp für alle Araber.

All diese Demonstrationen bleiben jedoch nicht bei Teilforderungen stehen. Sie entfalten sich durch das Eingreifen der PNF zu Kundgebungen gegen das israelische Kolonialregime unter der Parole: "Vereinigen wir uns, kämpfen wir gemeinsam für die Vertreibung der Besatzer, für das Selbstbestimmungsrecht und die Errichtung der nationalen Herrschaft auf allen palästinensischen Gebieten". Bei einigen dieser Aktionen werden die Palästinenser auch bereits von fortschrittlichen Israelis unterstützt. Gemeinsam haben sie das Rathaus von Nablus eine Woche lang besetzt, um gegen die Besiedlungspläne der zionistischen Regierung zu protestieren. Diese Pläne sehen die Vertreibung von palästinensischen Bauern aus den fruchtbarsten Gebieten um Nablus und die Errichtung von Wehrdörfern dort vor, um den Widerstand der Bauern zu brechen.

Die Bevölkerung nutzt alle Mittel, die ihrem Kampf dienen, aus. So werden die Minarette der Moscheen eingesetzt, um für Demonstrationen und Versammlungen aufzurufen.

Hand in Hand mit diesem politischen Kampf geht der bewaffnete Kampf weiter. Die Fedayyin führen Operationen gegen wichtige Industrieanlagen des Feindes durch, wie z. B. die Bombardierung der Erdölraffinerie von Aschdod und der Eisenbahnlinie Tel-Aviv – Jerusalem. Anschläge gegen israelische Banken am Westufer und gegen die israelischen Arbeitsbüros. Diese Arbeitsbüros sind richtige Zentralen für Menschenhandel. Ihre Funktion ist es, den israelischen Kapitalisten billige arabische Lohnsklaven gegen Gebühr' zu vermitteln. Denn der arabische Arbeiter aus den besetzten Gebieten erhält nur 1/3 von dem Lohn eines israelischen Arbeiters und hat keinen Anspruch weder auf Unfall- noch auf Sozialversicherung. Gewerkschaftlich organisieren darf er sich auch nicht!

Der Aufschwung der Kämpfe macht die israelischen Besatzer immer nervöser. Das drückt sich aus in einer noch größeren Brutalität gegen die Bevölkerung: Acht Führer der PNF wurden nach Jordanien ausgewiesen; fortschrittliche Journalisten werden gekidnappt, wie z. B. der Chefredakteur der Jerusalemer Zeitung 'al-Fdjr'; Bewohner ganzer Dörfer erhalten Ausreise- und Besuchsverbot. Ganze Häuserblocks werden gesprengt unter dem Vorwand, daß die Besitzer Widerstandskämpfer versteckt hätten. Die israelischen Besatzer nennen das "Vergeltungsaktionen". So haben sie erst wieder in der vergangenen Woche auf libanesischem Gebiet 24 Häuser zerstört. "Vergeltung" sei das für ein Himmelfahrtsunternehmen einer sektiererischen Gruppe, die nicht der PLO angehört und in ein israelisches Wehrdorf eingefallen war. Unter dem gleichen Vorwand werden ganze Familien in die KZs verschleppt. Die vorhandenen Gefängnisse reichen längst nicht mehr aus. Im Gaza-Streifen und in der Sinai-Wüste mußten neue KZs gebaut werden.

Doch jede Unterdrückung und Grausamkeit, die sich die Besatzer ausdenken, kann den Kampf des palästinensischen Volkes nicht aufhalten. Unsere Aufgabe ist es, diesen Kampf hier in der BRD, der fast völlig totgeschwiegen wird von der bürgerlichen Presse, verstärkt bekanntzumachen und zu unterstützen.

Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes!
Für den Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten! G.B.,Nidal/Red.

Das BRD-Kapital und die Junta

WESTDEUTSCHEN KAPITALISTEN ZUFRIEDEN MIT NEUEN MACHTHABERN IN CHILE

Lateinamerika war für die reaktionärsten Elemente in der deutschen Geschichte stets ein vielbesuchter Zufluchtsort, wenn ihre Herrschaft in Deutschland gefährdet oder gestürzt wurde. Sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Weltkrieg flüchteten sie bevorzugt nach Brasilien, Bolivien und Chile, wo sie zahlenmäßig bedeutende Kolonien errichteten, über riesige politische und finanzielle Macht verfügen und Stützen des BRD-Imperialismus und der reaktionären Militärdiktaturen dieser Länder sind. Sowohl in Brasilien 1964, Bolivien 1971 und Chile 1973 konnte ihnen aktive Mithilfe bei den faschistischen Staatsstreichen nachgewiesen werden.

"Bei uns herrscht der Geist der alten deutschen Wehrmacht" – bezeichnete der deutschstämmige Oberst Ackerknecht – auch Kommandeur der Provinz O'Higgins, in der die größte Kupfermine der Welt, el Teniente, liegt – die Zustände in Chile. Die deutschsprachige Zeitung Santiagos "Condor", auf deren Kopf der Mercedesstern abgedruckt ist, präzisierte diesen "Geist", indem sie ein Gedicht aus der deutschen Kolonie "Deutsch-Nienhof" abdruckte. Darin heißt es:

"Sie (die Militärs) wecken Lust zur Arbeit
Versprochen wird nicht viel
Sie wissen, viel Gerede
Führt nicht zum rechten Ziel..."

Diese faschistische Ideologie verschleiert die wirklichen Zustände bis ins Unkenntliche. Im Klartext heißt das: die "Lust zur Arbeit" wird mit standrechtlichen Erschießungen bei gewerkschaftlicher Betätigung "geweckt"; "Viel Gerede" wurde durch das Verbot der Parteien und jeglicher demokratischer Rechte unmöglich gemacht; "versprochen" wurden riesige Profite für die Kapitalisten aller Herren Länder.

Indem diese faschistischen deutschen Kolonialisten poetische Lobeslieder auf die Junta singen, haben sie nicht bloß in Chile eindeutig Stellung bezogen. Wie der Mercedesstern auf ihrer Zeitung bereits andeutet, sind sie der Außenposten des westdeutschen Imperialismus in Chile, der ein großes Interesse hatte an dem Sturz der Regierung Allendes. Was bei den Deutsch-Chilenen poetisch verbrämt wird, lautet in der Sprache des Hoechst-Konzerns: "Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind ... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein." (aus einem Brief der Geschäftsleitung der Hoechst-Filiale in Santiago an die deutsche Zentrale)

Nicht nur Hoechst wird die faschistische Junta zur Sicherung seiner Ausbeutung des chilenischen Volkes benutzen; auch seine beiden Monopolkonkurrenten Bayer und BASF sehen ihr Kapital und die damit betriebene Ausbeutung des chilenischen Volkes wieder gesichert. Nachdem allein im Jahr 1971 westdeutsches Kapital in der Höhe von 96 Mio. DM aus Chile abgezogen wurde, was wesentlich zur Schaffung des wirtschaftlichen Chaos beitrug, geht jetzt, wo die Ausbeuterordnung wieder gesichert erscheint, der Strom des ~~Kapials~~ in die entgegengesetzte Richtung. Die Bundesregierung hat in ihrer Funktion als Regierung des westdeutschen Imperialismus dadurch entsprochen, daß sie wieder Garantien für westdeutsches Kapital in Chile ausstellt.

Rechnet man die Kredite zusammen, die allein von nordamerikanischen Banken und internationalen Institutionen wie etwa des Weltwährungsfonds bis Ende November 1973 an die Junta vergeben wurden, so kommt man zu der Zahl von 400 Mio. US-Dollar. Von westdeutschen Banken erfährt man keine Zahlen. Passagen im 'Handelsblatt' vom 10.4.: "...auch aus der Bundesrepublik werden Bankvertreter erwartet..." machen jedoch klar, daß das westdeutsche Finanzkapital dem US-imperialistischen nicht nachstehen wird.

Der Preis für eine Aktie der Bank von Chile betrug am 11.8.1973 2,35 Escudos, am 19.3.1974 120 Escudos! Im gleichen Zeitraum stiegen die Aktienpreise einer Papierfabrik von 0,9 auf 40 Escudos, einer Schokoladenfabrik von 0,16 auf 18.

Während also auf der einen Seite die Bank- und Industriemonopole die Terrorherrschaft in Chile längst schon für ihre Expansion benutzen, macht sich die politische Reaktion in der BRD daran, die Junta ins rechte Licht zu rücken. Die Empörung, die die Verbrechen der Junta in der BRD spontan auslösten, zwang diese Gestalten, in ihren Löchern zu bleiben. Jetzt, wo sie meinen, daß die Verbrechen ihrer Freunde in Vergessenheit zu geraten beginnen, kommen sie aus ihren Löchern hervor und beginnen, die Propagandatrommel für die Junta zu rühren.

Zu diesem Zweck wurde der 1965 gegründete "Deutsch-chilenische Freundeskreis" wieder reaktiviert. Diesem Kreis gehören u. a. an: Heinrich Gewandt, Präsidiumsmitglied, CSU-Mitglied, Vorsitzender der Konrad Adenauer-Stiftung, die die Wahlkämpfe der Christdemokratischen Partei Chiles, deren Führer aktiv am Putsch mitarbeiteten, finanzierte; K.von Kühlmann-Stumm, Präsidiumsmitglied, CDU-Mitglied, Besitzer eines Großgrundbesitzes in Chile; Erich Mende, CDU-Mitglied; zahlreiche Industrielle, Kaufleute und Ministerialbeamte. Die Mitgliedschaft von 20 Offizieren und ehemaligen Offizieren der Bundeswehr, unter ihnen Generalleutnant a.D. Schnez als Gründungsmitglied und der derzeitige Inspekteur der Marine, Vizeadmiral H.Kühnle, macht deutlich, daß auch in den oberen Rängen der Bundeswehr starke Sympathien für die Gesinnung und das politische Handeln der chilenischen Offiziers vorhanden sind.



CDU-Mitglied Gewandt (Hamburg) bedankt sich bei den Junta-Generälen für die außerordentlichen Profitchancen in Chile.

Die Propagandatrommel für die Junta zu rühren, ist ein Ziel dieses illustren Parasitenhaufens. Sie tun dies mit Sätzen wie: der Putsch sei "ein erforderlicher Akt der Notwehr" gewesen (Gewandt) oder: "Ein freundlicher Umgangston herrscht wieder überall in Chile". Sie erweisen damit der Junta den gleichen Gefallen wie die Gedichtsschreiber von Deutsch-Nienhof. Ein anderes Ziel ist die Sammlung von Geld für, wie sie es nennen, den Wiederaufbau der chilenischen Landwirtschaft. Was ein Großgrundbesitzer in Chile wie Kühlmann-Stumm darunter versteht, ist klar: Den Wiederaufbau der alten Ausbeuterordnung, die es ihm erlauben, die Landarbeiter auf seinem Besitz mit 2 DM täglich abzuspeisen, wie es in Chile seit Jahr und Tag auf den Großgrundbesitzen der Fall ist. P.F., Heidelberg

Chile-Kongress dient nicht der Solidarität

STELLUNGNAHME DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND ZU EINER "INTERNATIONALEN WESTEUROPÄISCHEN CHILEKONFERENZ" IN FRANKFURT VOM 23.-27.APRIL

Verschiedene westeuropäische politische Organisationen und Chile-Solidaritätskomitees führen in Frankfurt eine Chilekonferenz durch. Zwischen dem 23.4. und dem 26.4. findet eine nicht-öffentliche Arbeitstagung statt. Am 26.4. und 27.4. werden Diskussionsforen veranstaltet, am 27.4. eine Demonstration, sowie eine Solidaritätsveranstaltung. Auf der Arbeitstagung werden fünf Themen behandelt:

1. Verschärfung der Klassenkämpfe unter der Allende-Regierung
2. Aufstand der Bourgeoisie und bewaffnete Auseinandersetzung
3. Strategien des Übergangs zum Sozialismus in Chile
4. Bedeutung der chilenischen Erfahrung für Westeuropa
5. Formen der Unterstützung des chilenischen Widerstands

Ziel des Kongresses ist es, die Vereinheitlichung der "Westeuropäischen Linken" zu fördern und die Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk zu stärken.

Zur Vorbereitung dieses Kongresses haben verschiedene Treffen stattgefunden. An einigen haben auch Vertreter des Kommunistischen Bundes Westdeutschland teilgenommen.

Warum hat der Kommunistische Bund Westdeutschland beschlossen, an der Arbeitstagung nicht teilzunehmen und zu dem Kongreß nicht aufzurufen?

Der Kommunistische Bund hat das beschlossen, weil er eine Vereinheitlichung der "westeuropäischen Linken" "aus Anlaß der chilenischen Erfahrungen" für ein völlig verfehltes Unterfangen hält und weil er der Auffassung ist, daß die Solidarität mit Chile für einige der Initiatoren des Kongresses ein Vorwand für ganz andere Zwecke ist. Was soll eine geschlossene Arbeitstagung von Organisationen teilweise grundsätzlich verschiedener Auffassungen zur Vereinheitlichung der "westeuropäischen Linken" beitragen und was ist diese "westeuropäische Linke" überhaupt? Dem Kommunistischen Bund Westdeutschland geht es nicht um die Vereinheitlichung einer "westeuropäischen Linken", sondern um die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und die Einheit des internationalen Proletariats. Diesem Ziel können nicht irgendwelche Arbeitstagungen von allen möglichen "linken" Organisationen dienen, sondern nur die offene und öffentliche Auseinandersetzung um richtig und falsch und die entschiedene Zurückweisung aller falschen Standpunkte in aller Öffentlichkeit. Eine solche öffentliche Auseinandersetzung um richtig und falsch schließt Aktionseinheiten für die Durchsetzung bestimmter und begrenzter Ziele mit Organisationen, von denen uns grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten trennen, keineswegs aus. Der Chilekongreß in Frankfurt jedoch, dient weder der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen richtig und falsch, noch dient er der Herstellung der Aktionseinheit der Massen in einem bestimmten Kampf für bestimmte, fest umrissene Ziele.

Sowohl auf den Vorbereitungstreffen als auch in Gesprächen mit einzelnen beteiligten Organisationen hat der Kommunistische Bund Westdeutschland immer wieder auf diese Tatsache hingewiesen.

Er hat vorgeschlagen, die bombastische und falsche Zielsetzung des Kongresses fallenzulassen und ihn auf einen einzigen Tagesordnungspunkt zu beschränken:

"Die gegenwärtige Lage in Chile und die Aufgaben der internationalen Solidaritätsbewegung".

Er hat vorgeschlagen, zu diesem Tagesordnungspunkt Referenten zu benennen und ihn in öffentlichen Veranstaltungen zu behandeln. Dieser Vorschlag hat sich nicht durchsetzen können. Stattdessen wurde der alte Plan aufrechterhalten, "aus Anlaß" der chilenischen Erfahrungen mittels des Kongresses, die Vereinheitlichung der "westeuropäischen Linken" voranzutreiben und eine Unmenge von "papers" in die Welt zu setzen, zwecks "Strategiedebatte". An einem Unterfangen mit verfehltem Zweck und ohne jede praktische Bedeutung, kann sich der Kommunistische Bund Westdeutschland nicht beteiligen.

Wir stellen fest: In der Unterstützung des chilenischen Widerstandes wie in jeder anderen Frage des internationalen Klassenkampfes sind wir wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft bereit, Aktionseinheiten für bestimmte Zwecke zu bilden, wie wir unabhängig vom Zustandekommen solcher Aktionseinheiten unsere selbständige Unterstützung des chilenischen Widerstandes fortsetzen.

So wird sich unsere Ortsgruppe an der Demonstration am 27.4. beteiligen und zu dieser aufrufen.

Mitglieder unserer Organisation werden weiter wie bisher in verschiedenen Chile-Solidaritätskomitees mitarbeiten und der Kommunistische Bund Westdeutschland insgesamt wird die Arbeit dieser Komitees unterstützen. Nebulöse Vereinheitlichungsversuche der "westeuropäischen Linken" unter Ausnutzung der großen Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk werden wir auch in Zukunft nicht unterstützen.

Letzten Endes dienen diese nur den Zwecken einiger mehr als zweifelhafter Kongreßstrategen, die auf der Welle der Solidarität mit dem chilenischen Volk an unbekannte Ufer zu schwimmen versuchen. Ein solcher Kongreßstratege ist z. B. Dieter Esche, der für die Rundbriefe des Vorbereitungskomitees verantwortlich zeichnet und einem am Schluß dieser Briefe regelmäßig "schöne rote Grüße" entbietet. Es wird gut sein, wenn die Solidaritätsbewegung mit Chile solchen Gesellen möglichst bald ein herzliches, aber entschiedenes "Lebewohl" zuruft.

Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des KBW

CHILE-SOLIDARITÄTS-VERANSTALTUNG IN

Heilbronn. Das Komitee "Solidarität mit Chile" veranstaltete vom 18. bis 24. März eine Chile-Solidaritätswoche.

Höhepunkt einer Veranstaltungsreihe waren der Film "Das Volk erwacht" und einem Diskussionsveranstaltung mit einem chilenischen Genossen. Bei jeder Veranstaltung hatten wir eine Photoausstellung mit Photos aus Chile aufgestellt. In den Diskussionen mit dem Chilenen bestätigte sich unsere Einschätzung. Denn Jorge (der Chilene) sagte, daß Reformismus und Revisionismus weder in Chile noch in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zum Sieg des Sozialismus geführt haben, sondern immer zur vorübergehenden Niederlage der Arbeiterklasse, verbunden mit riesigen Opfern. Am besten könne man den chilenischen Widerstand mit breiter materieller Solidarität unterstützen. bg, Mitglied des Komitees "Solidarität mit Chile", Heilbronn

Weitere US-Soldaten nach Phnom Penh

Täglich berichtet die Presse von Angriffen der nationalen Befreiungsarmee Kambodschas auf noch von den US-Söldnern besetzte Kreisstädte, Militärstützpunkte und Truppentransporte. So wurde z. B. am 18. März die alte Hauptstadt Udong angegriffen und inzwischen erobert; die Stadt Kambot und der einzige Hochseehafen, Sihanoukville, ist umkämpft.

Mit diesen Angriffen verfolgt die Befreiungsarmee das Ziel, Teile der US-Söldnerarmee, die sich in Phnom Penh einzuigeln versucht, aus der Stadt zu locken und zu vernichten, um die Front um Phnom Penh selbst zu entlasten. Tatsächlich hat sie mit dieser Strategie in den letzten Wochen auch große Erfolge erzielt. Wichtige Verbände Lon Nols eilten zur Verstärkung der Garnison nach Udong und wurden dabei vernichtet. Während so die Söldnerarmee der US-Imperialisten immer mehr zerstört wird, verfügt die Befreiungsfront über die ganzen Reserven des kambodschanischen Volkes und Landes. Nachdem die Söldnerarmee der USA immer mehr zerstückelt wird, übernehmen zunehmend wieder US-Soldaten auch direkt die Kampfführung. Derzeit befinden sich schon etwa 3 500 US-'Berater' in Phnom Penh, nach Nixons Plänen sollen es bis Jahresende mindestens 10 000 sein.

Die französische Zeitung 'Le Monde' von 30.3.1974 berichtete, daß in den US-Basen auf Okinawa, Japan, eine Operation "Adlernest" vorbereitet wird. Das 165. Helikopter-Schwadron, Marineeinheiten der Basen "Camp Hansen" und "Camp Schwab", Artillerie-Einheiten von "Camp Hague" und B-52-Bomber, die in Japan und Thailand stationiert sind, machen sich zu einer erneuten Invasion Kambodschas durch US-Truppen bereit.

In Kambodscha regiert die US-Botschaft den "Regierungsapparat" der Marionetten, sie ernennt die "Provinzgouverneure" und setzt sie wieder ab, sie befiehlt die Unterdrückungsoperationen und Massaker gegen die Bevölkerung. Sie veranlaßt den Banknotendruck und die Verteilung der Lebensmittel in den von ihr besetzt gehaltenen Gebieten.

Die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) und die Nationale Einheitsfront (FUNK) rufen alle Völker der Welt auf, dem kambodschanischen Volk zu helfen, die USA zur Einstellung ihrer verbrecherischen Angriffe zu zwingen und den Krieg einem raschen siegreichen Ende zuzuführen.

VORWÄRTS IN DER SOLIDARITÄT MIT DEM KAMBODSCHANISCHEN VOLK! H.L., Heidelberg

Spendet Schreibmaschinen!

für den Kampf des Volkes von Guinea-Bissao und der Kapverdischen Inseln zum Aufbau der Verwaltung und des Erziehungswesens in den befreiten Gebieten.

Diese können geschickt werden an: E. Ferreira, 69 Heidelberg, Weberstr. 10. Informationen über Schreibmaschinen, oder wer diese umrüsten kann, wende sich an: Komitee Südliches Afrika (KSA), 69 Heidelberg, Postfach 2184. Spendenkonto KSA: Volksbank Heidelberg, Kto.Nr. 29 940.

Lissabon. Der gemeinsame Kampf der afrikanischen Befreiungsorganisationen gegen den portugiesischen Kolonialismus findet auch breite Unterstützung durch Organisationen, die in Portugal aktiv den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufgenommen haben.

Jüngstes Beispiel: Am Dienstag (7.4.) zerstörten zwei Bomben den portugiesischen Truppentransporter "Niassa" im Hafen von Lissabon und verhinderten so dessen Auslaufen in die Republik Guinea-Bissau. Von den 1 000 an Bord befindlichen Soldaten wurden 4 leicht verletzt; die Munition und sonstiges militärisches Ausrüstungsmaterial gingen in den Flammen auf. Die "Organisation der revolutionären Brigaden", die für diese Aktion verantwortlich ist, hatte diese zuvor vor Auslandskorrespondenten und portugiesischen Behörden angekündigt. 1973 hatte diese Organisation einen kompletten Satz von Militärkarten über die portugiesischen Stützpunkte in den Kolonien aus dem militärischen Photozentrum in Lissabon entwendet und den Befreiungsbewegungen übergeben.

B.R., Heidelberg

Protest gegen Sonderbehandlung in Haft

VERTEIDIGERAUSSCHLUSS GEPLANT

Die Kirchliche Bruderschaft im Rheinland fordert in einem offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Justizminister Posser, daß Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof wie Untersuchungsgefangene behandelt werden und sofort aus dem "toten Trakt" der Justizvollzugsanstalt Köln Ossendorf verlegt werden sollen. Sie fordert die Gleichstellung politischer Gefangener mit anderen Inhaftierten. Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft stellte fest, daß Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof "einer Behandlung ausgesetzt sind, die ihre körperliche und seelische Gesundheit zerstören muß". Und sie verweist auf die Fälle Astrid Proll und Katharina Hammerschmidt. Astrid Proll erlitt aufgrund der Haftbedingungen eine schwere Kreislaufschädigung, Katharina Hammerschmidt ist während der Haftzeit an einem Krebsleiden erkrankt, das unheilbar geworden ist, weil sie monatelang trotz offensichtlicher und schwerer Krankheitssymptome nicht behandelt wurde.

140 Persönlichkeiten forderten jetzt die sofortige Verlegung der Gefangenen aus dem toten Trakt in einem Schreiben an den Justizminister Posser und protestierten gegen die Folter von politischen Gefangenen und die Zerstörung ihrer Persönlichkeit in der Isolierhaft. Unter ihnen namhafte Schriftsteller und Professoren aus dem In- und Ausland. 10 Angehörige der Gefangenen traten in einen Hungerstreik. Auch der Starjurist Josef Augstein, Bruder des Spiegelherausgebers, protestierte gegen die überlange Untersuchungshaft der RAF-Mitglieder und dagegen, daß der Prozeßtermin hinausgeschoben werde, weil für den Prozeß ein besonderes Gerichtsgebäude unmittelbar neben dem Stuttgarter Gefängnis gebaut werden soll. Dieses Gebäude, in dem der Prozeß als abgeschirmter Schauprozeß stattfinden soll, wird über 15 Millionen DM kosten. Die Bedingungen der Isolationseinzelhaft werden im Hamburger Universitätskrankenhaus Eppendorf an "Freiwilligen" aus der Bundeswehr "wissenschaftlich getestet". In einer sogenannten "camera silens" wird dabei getestet, wie die Widerstandskraft von Gefangenen gebrochen werden kann durch totale Geräuschisolation, akustische Anlagen und Medikamente. Ähnliche Bedingungen bestehen bereits in den Zellen im "toten Trakt" von Köln Ossendorf, in die keine Geräusche von außen eindringen, in denen die Fenster mit dickem Fliegendraht gegen Tageslicht abgeschirmt sind, und in denen Tag und Nacht Neonlicht brennt. Die Wände sind ausschließlich mit weißer Lackfarbe gestrichen. Seit 1971 waren diese Zellen nur von drei Gefangenen belegt, Astrid Proll, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof – und zwar jeweils nur von einer der Frauen. Kontakt besteht dort nur mit dem Schließer und dem Anstaltspsychiater Götte, der das Folterexperiment leitet. Nach den Krankheitsfällen und den breiten Protesten, die auch die bürgerliche Presse nicht mehr verschweigen konnte, sind für Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof Erleichterungen der Haftbedingungen eingeräumt worden. Sie haben gemeinsamen Hofgang und dürfen zwei Stunden am Tag gemeinsam in einer Zelle eingeschlossen werden.

Die staatlichen Verfolgungsorgane der Justiz versuchen nun massiv das Recht der Angeklagten, sich ihre Verteidiger selbst auszusuchen, aufzuheben. Durch das offene Auftreten der Verteidiger sind die besonderen Haftbedingungen erst ans Licht gebracht worden. Fast jeder Verteidiger wurde daraufhin mit Verfahren wegen Begünstigung verfolgt, die jedoch auf keinerlei Beweise sich stützen konnten. Bei Besuchen müssen sie sich entwürdigenden Untersuchungen unterziehen. Die Justiz zielt darauf, die Verteidiger einzuschüchtern, ihre Rechte aufzuheben, und wenn möglich, die Verteidiger selbst für die Ausübung ihres Berufes vor Gericht zu stellen.

Dieses Vorgehen hat Tradition. In der Weimarer Republik wurden Verteidiger von Kommunisten entweder wegen Verdachts der Beteiligung am Hochverrat von der Verteidigung ausgeschlossen oder für ihre Verteidigung anschließend wegen Hochverrat vor Gericht gestellt. Viele von ihnen wurden später in den Konzentrationslagern des Hitler-Faschismus ermordet.

In den letzten drei Jahren wurden die Verteidiger Ströbele, Eschen, Becker, Laubscher und Schily von der Verteidigung von vermuteten Angehörigen der Baader-Meinhof Gruppe und des Sozialistischen Patientenkollektivs ausgeschlossen. Zuletzt wurde die Rechtsanwältin Marie-Luise Becker von der Verteidigung ihres Mannes ausgeschlossen, der am 4.2. verhaftet wurde, unter dem Verdacht, Mitglied einer "Nachfolgeorganisation der Baader-Meinhof-Gruppe" zu sein.

Die Kampagne gegen die Rechte der Verteidiger wird derzeit gezielt geführt nach der Methode, etwas wird von den Vorwürfen, auch wenn sie haltlos sind, in der Öffentlichkeit schon hängen bleiben. Ziel der Kampagne ist die Durchsetzung eines Gesetzes, das generell der Justiz erlaubt, Verteidiger auszuschließen, wenn sie nur den Verteidiger verdächtigt, an der "Tat des Angeklagten" beteiligt zu sein oder sie zu begünstigen.

Die Bundesregierung hat bereits einen Gesetzesentwurf erstellt, der die Aufhebung der Verteidigungsrechte auf eine rechtliche Grundlage stellt. "Wenn dies Gesetz zum Verteidigerausschluß verabschiedet wird, wird es bei politischen Strafverfahren bald keine Verteidigung mehr geben, die diesen Namen verdient." (Rechtsanwalt Hannover)

– Red., nach Korrespondenzen aus Bremen, Hamburg, Heidelberg –

DEMONSTRATIONSVERBOT ERNEUT DURCHBROCHEN

Frankfurt. Eine für den 6. April ordnungsgemäß angemeldete Demonstration der "Studentenföderation der Türkei in Deutschland" (ATÖF) wurde einen Tag vorher von der Frankfurter Polizei verboten. Die Begründung dafür war, daß auf derselben Route eine zweite Demonstration angemeldet worden sei und die Sicherheit nicht zu gewährleisten sei. Anmelder dieser zweiten Demonstration war eine Tarnorganisation des türkischen Geheimdienstes und des türkischen Konsulats, ein sogenannter Gebets- und Kulturverein e. V.

Das einzige Ziel dieser faschistischen Organisation war, die ATÖF-Demonstration zu verhindern. Als der ATÖF-Sprecher das Ausfallen der Demonstration den Menschen bekanntgab, die sich zu dem angegebenen Zeitpunkt an dem angegebenen Ort eingefunden hatten, formierten sie sich spontan zu einem Demonstrationszug gegen das Verbot und durchbrachen erneut das Demonstrationsverbot in Frankfurt.

POLIZIST ERSCHIESST JUGENDLICHENVON HINTEN

Umkirch/Freiburg. Am Dienstag, den 26.März wurde in Umkirch der 19-jährige R.W. von der Polizei wegen Verdacht auf Diebstahl frühmorgends aus dem Bett verhaftet. Man brachte ihn nach Bötzingen, wo man ihn verhörte. Für den Nachmittag wurde in seiner Anwesenheit eine Hausdurchsuchung angeordnet. Diese Gelegenheit benutzte R.W., um zu fliehen. Zwei anwesende Polizisten nahmen sofort die Verfolgung auf. Mitten in Umkirch, auf einem belebten Bauernhof, hatte der Jugendliche bereits 43 Meter Vorsprung. Einer der beiden Polizisten des Polizeipostens Hugstetten schoß aus dieser Entfernung dem Jugendlichen nach angeblichem Warnruf in den Hinterkopf. Auf dem Hof befanden sich noch weitere Personen in unmittelbarer Nähe des Jugendlichen, die diesen kaltblütigen Mordversuch mitansehen mußten. Ein Schlepperfahrer war sogar nur 15 Meter in der Verlängerung der Schußlinie und damit aufs höchste gefährdet. Innerhalb von 10 bis 15 Minuten wimmelte es auf dem Hof von ca. 30 Polizisten, die den Hof hermetisch abriegelten. Große Teile der Umkirchner Bevölkerung verurteilten diesen Schuß auf einen wehrlosen Jugendlichen auf das Schärfste.

Dieser Mordversuch war nun kein unglücklicher Unfall, wie es und die "Badische Zeitung" weismachen wollte.

Durch solche Lügen und Verschleierungen soll verschwiegen werden, daß sich solche brutalen Terroreinsätze gegen die Bevölkerung richten.

KBW-Sympathisanten
Umkirch bei Freiburg

Bilder für die Kartei

WAS NÜTZT ES DEN BERUFSVERFOLGERN, WENN BALD DAS GANZE VOLK AUF IHREN FILMEN IST?

Krefeld. Nachdem in einigen Städten Westdeutschlands in den letzten Monaten sogenannte Mobile Einsatzkommandos geschaffen wurden, wurde nun auch der "Einsatzzug der Krefelder Polizei gegen denkbare Ausschreitungen" ausgestattet (WZ vom 3.4.74). Auch die Krefelder Polizei wurde nun also mit Plastikschildern ausgerüstet, die "nach den Erfahrungen anderer Städte bei Demonstrationen konstruiert" wurden (WZ). Auch der Einsatz der 30 Krefelder Scharfschützen wird immer besser vorbereitet. Um ihnen in ihren Einsätzen Schutz zu gewähren, wurden jetzt noch zwei Schießschilde aus Stahl gekauft. Weiter wurde eine neue tragbare Fernseh-Aufnahmekamera mit Aufzeichnungsanlage angeschafft. "Mit ihr werden Demonstrationen aufgenommen und Beobachtungen durchgeführt. Der Streifen kann jederzeit gestoppt werden und liefert gestochen scharfe **Bilder für die Steckbriefkartei**". Weiter heißt es in der WZ: "Das Filmmaterial gilt vor Gericht als Beweismittel. Gehandhabt wird die Kamera vorläufig von Beamten des Erkennungsdienstes."

Diese Anschaffungen richten sich also eindeutig gegen alle Menschen, die um ihre Rechte (wie Meinungsfreiheit) kämpfen. Die Aufrüstung der Krefelder Polizei richtet sich nicht nur gegen diejenigen, die sich z. B. an verbotenen Demonstrationen und wilden Streiks beteiligen, sondern sie richtet sich **gegen alle!** Denn die Kamera soll jederzeit allgemein bei der Beobachtung von Menschen eingesetzt werden. Somit kann also in Zukunft jeder, der z. B. an einer genehmigten Demonstration teilnimmt oder auch nur an einem Informationsstand steht, damit rechnen, daß er in den Karteikarten der politischen Polizei landet, und infolgedessen weiteren Beobachtungen und auch Schikanen von Seiten des Staates ausgesetzt wird. Freilich – was nützt es den Berufsverfolgern, wenn sie bald das ganze Volk abgelichtet haben!

B.L., Krefeld

Zweierlei Recht

ERLEBNISSE EINES ARBEITERS MIT DER POLIZEI

Krefeld. Vor kurzem hatte ich folgendes Erlebnis mit der Polizei:

In einer Gaststätte wurden 20 DM geklaut. Der Wirt beschuldigte mich und 2 Kollegen. Darauf ließen wir die Polizei rufen. Auf der Wache ließen wir uns bis auf die Unterhose durchsuchen. "Ohne Erfolg!" Daraufhin wollte ich den Wirt wegen Verleumdung anzeigen. Die Polizei: "Komm wieder, wenn du nüchtern bist!" Eine Blutprobe wollten sie trotz Verlangen bei mir nicht durchführen – ich war natürlich vollkommen nüchtern. Plötzlich trat ein Beamter auf mich zu, packte mich an den Haaren, schlug auf mich ein und ein weiterer Beamter beförderte mich mit einem Fußtritt ins Freie.

Nachdem ich die beiden Polizisten angezeigt hatte, erhielt ich einen Brief von der Staatsanwaltschaft: "Ich habe das Verfahren eingestellt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß Sie sich auf der Wache unberechtigterweise aufhielten, da die Amtshandlung Ihnen gegenüber beendet war." Die Amtshandlung (Untersuchung) war zwar beendet, aber ich kann doch jederzeit Anzeigen erstatten.

"Die Beamten hatten Sie ... unter Anwendung einfacher körperlicher Gewalt nach draußen befördert. Zu diesem Verhalten waren die Beamten berechtigt." Polizisten können also laut Brief Anzeigen ablehnen und Personen, die diese machen wollen, "unter Anwendung einfacher körperlicher Gewalt" rausschmeissen.

"Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen falscher Anschuldigung gegen Sie habe ich abgesehen. Die Polizeibeamten haben übereinstimmend ausgesagt, Sie seien im Zeitpunkte des Vorfalls stark betrunken gewesen. Indem ich zu Ihren Gunsten diese Angabe als richtig unterstelle, vermag ich **Ihre Anzeige gegen 2 Polizeibeamte nur als leichtfertig erhoben** anzusehen." (Aus dem Brief der Staatsanwaltschaft)

Aber jetzt wird es noch toller: Man weist mir nach, daß nicht der Polizist mit Namen Josef, sondern ein anderer mich an den Haaren gezogen hat, daß der Beamte, der mich nach draußen beförderte, nicht 23 bis 25 Jahre alt (meine Angaben), sondern 37 Jahre alt ist usw.

Das beweise ganz eindeutig, daß ich "stark betrunken" gewesen sei. Die Polizei gibt also ihre Tat zu, weist die Anzeige aber ab, nur weil ich das Alter des einen Polizisten nicht erraten konnte usw. Das heißt, wenn man jünger aussieht als man ist, kann man ohne weiteres eine Straftat begehen, da sich der Anzeigende bestimmt im Alter irrt und dies Grund genug für die Staatsanwaltschaft ist, eine Anzeige abzuweisen. Oder ist dies nur geschehen, weil der Beschuldigte ein Polizist war?

Gegen den Bescheid der Staatsanwaltschaft konnte ich nach der Bekanntmachung Beschwerde einlegen. Der Bescheid (datiert: 23.10., Samstag) wurde mir jedoch erst am 6.11. (Datum des Poststempels) zugeschickt! So mußte ich mich wohl "zu meinen Gunsten" damit abfinden.

Ich bin einfacher Arbeiter. Ob sich die Polizei Reichen gegenüber genauso verhält?

W.W., Krefeld

»Provozieren - isolieren - mundtot machen«

MIT PSYCHOLOGIE GEGEN DEN KAMPF DER STUDENTEN

Anfang März 1974 rief die Hochschule für Technik Bremen die Hochschullehrer zu einem Fortbildungslehrgang zusammen.

Im Künstlerdorf Worpswede (bei Bremen) wurden sie von einem "Studio Z", Psychologische Unternehmens- und Behördenberatung GmbH, in den Umgang mit **"schwierigen Studentengruppen"** eingewiesen.

Mitinhaber dieses "Beratungsbüros" ist ein Hochschullehrer der Fachhochschule für Sozialpädagogik Bremen, der während seiner Vorlesungen ständig eine Pistole im Schulterhalfter trägt, wie von mehreren Mitgliedern der Hochschule berichtet wurde. Sein Name: **Zeller**, seine Tätigkeit: **Psychologe.**

Die Kosten der 3-tägigen Veranstaltung teilten sich die Hochschule und ein sogenannter "Freundeskreis der Hochschule", der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Zusammenschluß aller großen Kapitalisten Bremens und der durch Geld und Materialzuwendungen an die Hochschule seinen direkten Einfluß auf die Lehrinhalte erkauft.

Das Seminar hatte folgendes Thema: Wie können Studenten, die die Öffentlichkeit aller Prüfungen und Zulassungskonferenzen fordern, isoliert und die Forderung abgeschmettert werden? Zur Illustration wurde ein solcher Fall von Teilnehmern des Seminars dargestellt: Ein reaktionärer Hochschullehrer mimte einen "revolutionären" Studenten, ein anderer derselben Sorte "spielte" sich selbst. Den Zuschauern wurde dann die gefilmte und auf Tonband aufgenommene "Öffentlichkeitsherstellung in einer Prüfung durch schwierige Studenten" vorgeführt und von den Psychologen analysiert. Dann wurden die Lehrkräfte eingewiesen, wie man die "schwierigen", d. h. die fortschrittlichen Studenten mit psychologischen Mitteln isoliert, provoziert, ins Leere-laufen läßt, mit Arbeit und "Kompetenzen" überhäuft, in Gremien abreagieren läßt, kurz: wie man diese mundtot machen kann.

Entwickelt haben die Psychologen dieses Vorgehen übrigens in den Betrieben an Arbeitern, die sich gegen den Zwang der Verhältnisse auflehnen!

Die Entwicklung in Westdeutschland zeigt aber, daß mit der Psychologie weder die Unruhe an den Hochschulen beseitigt wird, noch die Arbeiter vom Kampf für ihre Interessen abgehalten werden können.

E.W.,Bremen/Red.

Spitzelwerbung

Wolfsburg, 10.April. Es ist Mittwoch Nachmittag. Der VW-Maschinenarbeiter L. ist auf dem Heimweg von der Frühschicht. Ein freundlicher älterer Herr stellt sich ihm in den Weg, stellt sich als Kriminaloberkommissar Bunte aus Braunschweig vor und bittet ihn, zu einem Gespräch in seinen Audi 80, wo noch ein wohl anzulernender Kollege von ihm saß.

Im Wagen läßt er dann die Katze aus dem Sack: "Die Bundesregierung ist, wie jede andere Regierung der Welt, an Informationen über gegnerische Organisationen interessiert." Er nannte den KBW, die DKP und die NPD. Bunte weiter: "Ihr beruflicher Werdegang (vom Industriekaufmann zum Maschinenarbeiter) bedeutet doch für Sie einen sozialen Abstieg. Sie können doch auch ihre politischen Aktivitäten in ihrem alten Beruf fortsetzen, Sie brauchen doch nicht an der Basis zu arbeiten. Die Schwierigkeiten, in die Sie geraten sind (Geldschwierigkeiten, der. Verf.), können doch auch durch andere Organisationen behoben werden, als durch 'ihre Freunde'. Wir wollen Sie nicht kaufen, das ist ein böses Wort, ich bin aber bereit, mich jederzeit mit Ihnen auch bei einigen Glas Bier zu unterhalten."

Als Bunte dann wissen wollte, ob L. zur Delegiertenkonferenz des KBW nach Mannheim fahre, platzte dem Kollegen der Kragen: "Ich habe weder Zeit noch Lust, Sie noch einmal zu sehen und zum Biertrinken habe **ich meine Freunde.**" **G.L., Wolfsburg**

»Notwehr oder Mord?«

WARUM ERSCHOSS DIE POLIZEI WEISBECKER? FREISPRUCH VOR DEM AUGSBURGER AMTSGERICHT

Augsburg. Am 26.3.74 fand am Augsburger Amtsgericht gegen zwei Redakteure der inzwischen eingestellten "Augsburger Jungen Presse" (AJP) ein Prozeß statt. Sie waren nach § 90 a der Verunglimpfung des Staates angeklagt.

Vor zwei Jahren, am 23.3.73, wurde in Augsburg Thomas Weisbecker von der Polizei erschossen.

Die AJP erschien daraufhin mit der Überschrift: "Notwehr oder Mord: Warum erschoß die Polizei Weisbecker?" In diesem Artikel wurde ausgeführt, daß die Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe nur als Vorwand für die zunehmende Militarisierung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes benutzt wurde. In bezug auf die Baader-Meinhof-Fahndung schrieben sie von "Polizeiterror" und davon, daß "man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, als würde die RAF (Rote Armee Fraktion) für die Polizeibürokratie die Rolle eines Pappkameraden stehen, an dem sich die Wirksamkeit neuer und brutalerer Vorgehensweisen erproben und demonstrieren läßt." Die Aussagen wurden zusammengefaßt in Forderungen wie "Wir dürfen die zunehmende Militarisierung und Willkür der Staatsmacht nicht länger tatenlos hinnehmen" und "Kampf dem fortschreitenden Abbau demokratischer Grundrechte!".

Aufgrund dieser Aussagen klagte die Staatsanwaltschaft zwei AJP-Redakteure der "Verunglimpfung des Staates" an.

Gegenstand der Verhandlung war die Erschießung Thomas Weisbeckers durch die Polizei, angeblich aus Notwehr. Keiner der aufgebotenen 13 Zeugen konnte jedoch die Notwehrsituation der Polizei bestätigen. Nur ein Zeuge sah eine Handbewegung Weisbeckers zur Hüfte. Im Verlauf der Befragung des Zeugen traten Widersprüche auf bis hin zu der Aussage, er habe bei der polizeilichen Vernehmung die Handbewegung mehrmals wiederholen müssen, bis die Polizei damit einverstanden war.

Zweifelhaft wie die "Wahrheitsfindung" des Gerichts war auch die Begründung des folgenden Freispruchs für die Angeklagten.

Sie wurden nicht etwa deshalb freigesprochen, weil ihnen ihr demokratisches Recht auf freie Meinungsäußerung zugestanden worden wäre oder weil ihre Aussagen in der Zeitung sich auch während des Prozesses als richtig erwiesen hatten, sondern deshalb, weil sie trotz eigener Bemühungen nur unvollständige Informationen erhalten hätten und somit zu falschen Schlüssen gekommen wären. Daher sei ihnen eine Böswilligkeit in ihrem Handeln nicht nachzuweisen.

–Gruppe Augsburger Kommunisten
(Symp. des KBW)–